



Plenarprotokoll (neu)

127. Sitzung

Mittwoch, 22. September 2021

Gemeinsame Beratung		Monika Heinold, Finanzministerin	9636
		Tobias Koch [CDU].....	9642
		Serpil Midyatli [SPD].....	9645
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022).....	9636	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9648
		Christopher Vogt [FDP].....	9650
		Lars Harms [SSW].....	9654, 9671
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3200		Jörg Nobis [AfD].....	9658
		Ole-Christopher Plambeck [CDU].	9659
		Beate Raudies [SPD].....	9662
		Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9664
b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022.....	9636	Annabell Krämer [FDP].....	9668
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3201		Beschluss: Überweisung der Gesetzentwürfe Drucksachen 19/3200 und 19/3201 an den Finanzausschuss.....	9673

Frauenfacheinrichtungen bedarfsgerecht finanzieren.....	9674	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3279	
Antrag der Fraktion der SPD		2. Annahme des Alternativenantrags Drucksache 19/3310.....	9690
Drucksache 19/3290			
Unterstützung und Förderung von Frauenfacheinrichtungen.....	9674	Jugendberufsagenturen.....	9690
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Bericht der Landesregierung	
Drucksache 19/3309		Drucksache 19/2811 (neu)	
Beate Raudies [SPD].....	9674	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	9691
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	9675	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	9692
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9676	Peer Knöfler [CDU].....	9693
Anita Klahn [FDP].....	9678	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9694
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9679	Anita Klahn [FDP].....	9696
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	9680	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9697
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3290		Martin Habersaat [SPD].....	9698
2. Annahme des Alternativenantrags Drucksache 19/3309.....	9682	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/2811 (neu) an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	9699
Digitale Grundausstattung verankern.....	9682	„Vision Zero - Null Verkehrstote“ - Mündlicher Bericht zur Verkehrssicherheit.....	9699
Antrag der Fraktion der SPD		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP	
Drucksache 19/3279		Drucksache 19/3213	
Digitale Grundausstattung verbessern.....	9682	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	9699
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Hartmut Hamerich [CDU].....	9701
Drucksache 19/3310		Kai Vogel [SPD].....	9703
Birte Pauls [SPD].....	9682, 9688	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9705
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	9683	Kay Richert [FDP].....	9709
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9684	Christian Dirschauer [SSW].....	9710
Dennys Bornhöft [FDP].....	9685	Jörg Hansen [FDP].....	9712
Christian Dirschauer [SSW].....	9686	Werner Kalinka [CDU].....	9713
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9687	Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/3213 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	9714
Martin Habersaat [SPD].....	9688		
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	9689		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich eröffne die 51. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Klaus Schlie, Lukas Kilian, Kathrin Bockey, Jan-Marcus Rossa und Herr Minister Claussen. Wir wünschen von hier aus gute Besserung

(Beifall)

Beurlaubt ist von der Landesregierung Herr Minister Dr. Heiner Garg am Vormittag von 11:30 Uhr bis 13:00 Uhr. Die Abgeordneten Dr. Stegner und von der Heide haben nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind. Die fraktionslose Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein hat mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Nachmittagssitzung verhindert ist.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Danke für den Hinweis, Herr Kollege. Das werden wir gebührend feiern, wenn der Abgeordnete auch anwesend ist.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 7, 10, 11, 26, 36 bis 44, 47, 49 und 50 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 6, 46 und 53.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 1, 4, 29 und 31, Regierungserklärung „Gemeinsam erfolgreich gegen die Pandemie - Schleswig-Holsteins Weg zurück in die Normalität“ und weitere Coronapunkte; 5 und 20, Gesetzentwurf über die Einführung einer pauschalen Beihilfe für gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte und weitere Anträge; 8 und 9, Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz 2022; 17 und 51, Beschulung von Kindern und Jugendlichen in Erziehungshilfeeinrichtungen; 18 und 33, Anträge zum Thema „Gendersprache“; 19 und 48, freie Gewerbeflächen landesweit und länderüber-

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

greifend auffindbar machen und Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 28 „Für gesunde Haus- und Nutztiere - Antibiotikaverbot durch die EU verhindern“, Drucksache 19/3282, wurde vom Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD zurückgezogen.

Ein Antrag zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegt nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 51. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und Freitag mit einer einstündigen Mittagspause bis circa 16 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir die Besucher und Besucherinnen auf der Tribüne. - Herzlich willkommen heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3200

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3201

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatungen und erteile der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Sehr geehrte Präsidentin! - Das wackelt hier die ganze Zeit. Es ist nur die Frage, wann das alles zusammenkracht.

(Die Abschirmung am Rednerpult wackelt)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Haben die Herren das im Griff?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Vielen Dank an die Unterstützer!

Liebe Frau Reese-Cloosters, das war eben ein kleines Vorzeichen. Wir haben gedacht: Heute machen wir das einmal ein bisschen anders. Wir haben uns verabredet, Ihnen heute Morgen alle gemeinsam ein ganz dickes Dankeschön zu sagen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Frau Reese-Cloosters, seit elf Jahren sind Sie bei diesen parlamentarischen Beratungen dabei. Dieses Mal haben Sie die große Freude, ein letztes Mal zu verfolgen, wie wir hier gemeinsam über den Haushalt debattieren. Es gab Wind, es gab Sturm. Als Seglerin haben Sie das alles gut durchgestanden. Sie waren immer gut informiert, immer kompetent, immer souverän und hatten immer die gebotene Diplomatie, die es ja braucht, wenn im Ausschuss und im Landtag so unterschiedliche Meinungen aufeinanderprallen.

Uns war es wichtig, jetzt wirklich einmal zu sagen: Ihr Team und Sie, Sie haben das super gemacht. Deshalb darf ich Ihnen gleich am Anfang dieser Debatte einen Blumenstrauß geben. Danke für elf Jahre tolle Arbeit!

(Die Ministerin überreicht einen Blumenstrauß - Anhaltender Beifall im ganzen Haus - Karin Reese-Cloosters (Finanzministerium): Frau Präsidentin! Darf ich ausnahmsweise zwei Sätze sagen? - Ganz herzlichen Dank. Ich bin völlig unvorbereitet, das habe ich auch noch nie gemacht. Ich bin völlig überwältigt, ich bin völlig überrascht. Damit habe ich überhaupt nicht gerechnet. Für mich sollte das ein ganz normaler Arbeitstag werden. Das ist er jetzt nicht mehr. Sie haben mir den Arbeitstag wirklich enorm verschönt, ich bin ganz gerührt. Ich möchte mich an dieser Stelle für die Zusammenarbeit über elf Jahre bei allen Fraktionen dieses Hauses bedanken. Ich habe mich immer ernst genommen gefühlt, ich habe mich von Ihnen auch immer geachtet und gut behandelt gefühlt. Dafür ganz herzlichen Dank. Ich hoffe, ich konnte Ihre Arbeit unterstützen. Das habe ich natürlich nicht alleine gemacht. Dabei haben mir ganz, ganz viele Kolleginnen und Kollegen in der Abteilung und nicht nur in der Abteilung, sondern auch in allen Fachressorts immer

(Ministerin Monika Heinold)

große Unterstützung geboten. Wenn ich jetzt gehe, habe ich das Gefühl, ich kann mit dem, was ich geleistet habe, ganz zufrieden sein. Sie haben mich darin bestätigt. Vielen Dank dafür. Ich will die Beratungen jetzt auch nicht weiter aufhalten. - Starker Beifall im ganzen Haus)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung stellt Ihnen heute ihren fünften Haushalt in dieser Legislaturperiode vor, der letzte in dieser Legislaturperiode. Es ist ein Haushalt einer Legislaturperiode, die erneut unglaublich große Herausforderungen mit sich gebracht hat. Es ist ein Haushalt, der sich im Vergleich zu dem, wie wir ihn eigentlich geplant hatten, deutlich verändert hat. Die Coronapandemie hat niemand vorhersehen können, sie kam überraschend und hat diese Legislatur und den Haushalt maßgeblich verändert.

In dieser außergewöhnlichen Situation waren wir fest davon überzeugt, dass wir unser Land nicht nur gut durch die Krise, sondern gestärkt aus der Krise führen wollen. Die Entscheidungen, die wir zu treffen hatten, wie Sparprogramm oder Notkredit, Arbeiten auf Sicht oder mit Fernrohr, haben dazu geführt, dass wir uns für den Notkredit und für das Fernrohr entschieden haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei waren vier Argumente ausschlaggebend:

Erstens. Wir waren uns sicher, dass ein Hineinsparen in die Krise nicht die richtige Antwort ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir wussten, dass gerade jetzt, in dieser Situation, unser Staat Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen muss, auch um Sicherheit zu geben.

Drittens. Wir waren davon überzeugt, dass es mit der Sanierung und Modernisierung unserer Infrastruktur planbar und verlässlich weitergehen muss.

Viertens. Wir hatten das Ziel vor Augen, unser Land durch qualitatives Wachstum zukunftsfest zu machen.

Für diesen Weg haben wir hier im Parlament erworben. Wir sind ihn mit großer Mehrheit mit der Notkreditemächtigung in Höhe von 5,5 Milliarden € gegangen; 2,5 Milliarden € davon waren für Infrastruktur reserviert.

Wenn wir uns jetzt die Entwicklung in unserem Land anschauen - im Bereich der Wirtschaft, im Bereich Tourismus und bei den Steuereinnahmen -,

dann bestätigt uns diese Entwicklung, dass der eingeschlagene Weg richtig war.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das Parlament hat gezeigt, dass es gemeinsam über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinaus Verantwortung übernimmt. Das war ein starkes Zeichen.

Meine Damen und Herren, Finanzpolitik ist immer Zukunftspolitik. In fünf Jahren Regierungsverantwortung hat Jamaika unser Land spürbar vorangebracht. Wir haben gezeigt, wie leistungsstark, wie innovativ, wie dynamisch unser Land sein kann. Wir haben kräftig in die Modernisierung und die Digitalisierung unseres Landes investiert und haben dabei immer darauf geschaut, dass wir die ökologische Verantwortung und die ökonomische Vernunft miteinander verbinden.

Wir haben das gemacht, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben. Wir haben das Signal ausgesendet: Politik ist Bewegung. Dieses Korsett setzen wir mit dem Haushalt 2022 fort.

Wir haben versprochen, für die Kleinsten zu klotzen, und haben geliefert. Das Kindertagesstättengesetz ist reformiert, die Mittel wurden kräftig erhöht, nämlich von 253 Millionen € im Jahre 2017 auf jetzt 610 Millionen € mit dem Haushalt 2022.

Wir haben versprochen, in Bildungsqualität zu investieren, und haben geliefert. Ein Meilenstein für Bildungsgerechtigkeit sind die Perspektivschulen. Für die Bildungsgerechtigkeit und die Chancengleichheit in 2022 planen wir dafür 10 Millionen € ein.

Insgesamt haben wir in dieser Legislatur 721 Stellen für Lehrkräfte geschaffen, haben 184 Millionen € für Schulbau bereitgestellt, haben 72 Millionen € Landes- und Bundesmittel für digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte eingeplant.

Wir haben versprochen, Forschung und Lehre zu stärken, und wir haben auch hier geliefert. Die Steigerung der Grundfinanzierung der Hochschulen um jährlich 5 Millionen € sowie die Übernahme von Tarif- und Besoldungserhöhungen sind Bestandteil der neuen Ziel- und Leistungsvereinbarung mit unseren Hochschulen.

Ein Beispiel für die Dynamik im Bereich Forschung und Lehre sind in dieser Legislatur 45 Millionen € allein für den Bereich Künstliche Intelligenz.

(Ministerin Monika Heinold)

Wir haben studentischen Wohnraum geschaffen und Mittel für die Klimaneutralität unserer Hochschulen bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben versprochen, kräftig in Infrastruktur zu investieren, und wir haben geliefert. Ob Krankenhausbau, Hochschulen, Mobilität, Digitalisierung, die Sanierung und die Modernisierung unseres Landes haben kräftig Fahrt aufgenommen. IMPULS ist dabei zum einen Motor, zum anderen aber auch Grundlage für Planbarkeit und Verlässlichkeit. Mit dem Haushalt 2022 wird die Investitionsquote mit 1,6 Milliarden € bei 10,8 % liegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Und ja, meine Damen und Herren, zusammen mit den SPD-geführten Ländern Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern haben wir auch eine Abschiebebehafteinrichtung gebaut. Aber die Alternative, Unterkünfte in anderen Ländern zu nutzen, die in Teilen in der Qualität deutlich schlechter sind, ist nicht ehrlich. Wer wirklich etwas ändern will, muss die Bundesgesetzgebung ändern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben eine gut ausgebaute und zugleich klimaschonende Mobilität versprochen und haben geliefert. Mit MOIN.SH stehen 80 Millionen € für akkubetriebene Triebwagen mit dem Ziel bereit, jährlich 20.000 t CO₂ einzusparen. Das ist eine Menge. Die ersten Züge sollen im Jahr 2023 an den Start gehen. Bei uns findet klimaschonende Mobilität in der Praxis statt - mit dem Semesterticket, mit dem Jobticket. Das ist umgesetzt.

Fünf Jahre Jamaika heißt 141 Millionen € für Schienenwege, 28 Millionen € für Radwege, 26 Millionen € E-Mobilität. Wir brauchen die Verkehrswende, meine Damen und Herren, um unsere Klimaziele zu erreichen, und wir organisieren sie Stück für Stück.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ja, auch E-Autos brauchen Straßen. Auch hier haben wir geliefert. Für das Jahr 2022 planen wir erneut rund 90 Millionen € für die Sanierung von Landesstraßen ein. Das Gute dabei ist: Die dazugehörigen Radwege werden immer gleich mitsaniert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU - Beate Raudies

[SPD]: Und so lange werden die Radwege nicht saniert, oder was?)

Meine Damen und Herren, wir haben versprochen, ökologische Verantwortung mit ökonomischer Vernunft zu verbinden, und haben geliefert. Unsere Wirtschaft ist Teil der Energiewende. Forschung und Innovation konzentrieren sich zunehmend darauf, zur Erreichung unserer Klimaziele beizutragen. Unser Tourismus lebt von der Schönheit und der ökologischen Vielfalt dieses Landes. Der Klimabericht der Landesregierung zeigt - Sie werden ihn gelesen haben -: In den Jahren 2017 bis 2022 sind fast 3 Milliarden € Bundes-, Landes- und EU-Mittel in die Bereiche Energiewende, Klimaschutz und Klimawandel geflossen oder dafür eingeplant.

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch die Förderung von Naturwäldern, von Mooren und die Artenvielfalt. Mit dem Haushalt 2022 starten wir unsere neue Biodiversitätsstrategie mit 3 Millionen € die wir dafür einbringen.

Wir haben versprochen, Schleswig-Holstein zu einer digitalen Vorzeigeregion zu entwickeln, und haben geliefert. Mit einer 53-prozentigen Glasfaserversorgung liegt Schleswig-Holstein bundesweit an der Spitze.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Weitere 19 Millionen € sind mit dem Haushalt 2022 für Breitband- und Mobilfunknetze eingeplant. Das Programm „Schulen ans Netz“ läuft wie geschnitten Brot. 808 Schulen sind bereits angeschlossen, das sind rund 85 % der Standorte. Ende des Jahres sollen von 952 Schulen knapp 900 angeschlossen sein. Ein Programm „Schulen ans Netz“ mit insgesamt 55 Millionen €

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Auch in vielen anderen Bereichen geht es mit der Digitalisierung voran - mit dem E-Government, mit dem Digitalfunk, mit dem Online-Zugangsgesetz. Aber: Mehr Digitalisierung heißt auch mehr Kosten. Mit 366 Millionen € für IT und Digitalisierung im Haushalt 2022 steigen die Ausgaben um rund 7 %, um 25 Millionen €. Natürlich ist diese dynamische Kostensteigerung für unsere Finanzplanung ein Kraftakt. Es ist nicht nur die Digitalisierung der Verwaltung, die ein Kraftakt ist, sondern es ist auch die personelle Stärkung, die wir brauchen, weil die Herausforderungen groß sind. Gerade weil die Herausforderungen gewachsen sind, insbesondere im letzten Jahr - ich schaue einmal auf das Sozial-

(Ministerin Monika Heinold)

ministerium mit einem Dank versehen -, war unglaublich viel zu tun, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich echt angestrengt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Weil wir auch diese personelle Herausforderung stemmen müssen, haben wir - anders als im Koalitionsvertrag vereinbart - nicht 2.100 Stellen abgebaut, sondern mit dem Haushaltsentwurf sind es rund 2.800 Stellen mehr im Vergleich zu vorher, 209 Stellen davon im Haushaltsentwurf. Wir planen für das Jahr 2022 inzwischen mit rund 5 Milliarden € an Personalkosten, ein Teil Beihilfe, Heilfürsorge, aber auch ein Teil - 1,4 Milliarden € - Versorgungskosten, und auch diese Kosten werden steigen.

In den kommenden Jahren wird uns rund ein Drittel der Landesbeschäftigten verlassen, in den Ruhestand gehen. Wir gönnen das allen, Frau Reese-Cloosters, von Herzen,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

aber wir müssen uns auch so aufstellen, dass wir wiederbesetzen können. Wir brauchen junge Menschen für den öffentlichen Dienst. Wir müssen im Wettbewerb um die Fachkräfte bestehen. Wir müssen uns anstrengen, gerade in der jetzigen Situation für Nachwuchs zu sorgen. Ein handlungsfähiger Staat ist Grundlage unserer Demokratie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Mit unserem Koalitionsvertrag haben wir eine leistungsfähige Polizei und eine Stärkung der Justiz versprochen und haben geliefert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das Polizeipaket - Sie kennen es - umfasst rund 500 neue Stellen. 320 Stellen sind schon geschaffen, 180 Stellen werden mit den Haushalten 2022 und 2023 geschaffen.

Das Justizpaket umfasst 68 Stellen im Rahmen des Pakts für den Rechtsstaat und 77 Stellen für die entsprechenden Serviceeinheiten. Mit der Personalbedarfsanalyse im Bereich Justizvollzug haben wir auch hier eine Grundlage für die Stärkung gelegt und sind erste Schritte gegangen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Aber es reicht nicht aus, Stellen zu schaffen. Wir müssen sie auch besetzen können. Ein handlungsfähiger Staat muss attraktive Arbeitsplätze haben.

Wir haben versprochen, die Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten - so hatten wir es im Koalitionsvertrag formuliert - auch für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen. Auch hier haben wir geliefert. Die Tarifabschlüsse sind und werden übernommen, weitere strukturelle Verbesserungen sind auf den Weg gebracht, unter anderem die einprozentige zusätzliche Besoldungserhöhung.

Mit dem Haushalt 2022 sind weitere strukturelle Verbesserungen vorgesehen, insbesondere natürlich, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen: 45 Millionen € sind für die Vorsorge eingeplant.

Ja, die Gewerkschaften fordern mehr. Auch SPD und SSW haben immer wieder betont, dass sie zurück zum alten Weihnachtsgeld wollen. Aber auch hier gilt: Wir können nur das auf den Weg bringen, was dauerhaft finanzierbar ist. Das Notwendige muss mit dem Machbaren verbunden werden. Das gilt für alle Bereiche.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Am Ende müssen die Fäden in jedem Haushalt zusammengebunden werden.

Wir haben versprochen, unsere Kommunen fair zu behandeln, und wir haben geliefert. Der kommunale Finanzausgleich ist neu justiert, im Jahr 2022 gehen rund 1,96 Milliarden € in den Finanzausgleich. Wir haben kommunale Infrastrukturprogramme aufgelegt, und wir haben mit dem Notkredit 425 Millionen € für unsere Kommunen reserviert, damit auch sie gut durch diese schwierige Zeit der Pandemie kommen. Das Geld ist für die Kompensation von Steuermindereinnahmen sowie für die wichtigen Infrastrukturmaßnahmen Mobilität, Bildung und Klimaschutz eingeplant.

Meine Damen und Herren, die Kommunen sind aber nicht nur auf uns als Land als zuverlässiger Partner angewiesen, sondern natürlich auch auf den Bund. Hier sage ich sehr klar: Wenn der Bund Programme wie das Gute-KiTa-Gesetz auf den Weg bringt, muss er das auch dauerhaft finanzieren. Wir müssen die Reihen schließen, gemeinsam an einem Strang ziehen und dafür Sorge tragen, dass der Bund auch zukünftig zahlt.

(Ministerin Monika Heinold)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, Serpil Midyatli [SPD] - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, das wird schwierig, Frau Midyatli.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Das freut mich außerordentlich, weil ich aus eigenen Debatten weiß, wie schwierig es ist. Natürlich schaut die Bundespolitik ein wenig anders darauf. Aber deshalb müssen wir die Reihen schließen und sagen, dass wir dafür gemeinsam kämpfen. Wenn Sie das schon organisiert haben, Frau Midyatli, dann freut mich das, und ich hoffe, Sie haben mit allen Kandidatinnen und Kandidaten gesprochen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Heiterkeit CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen - und wir müssen sie erreichen -, dann müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam kräftig investieren.

Es ist eine große Kraftanstrengung, und es muss schnell gehen. Die Zeit läuft uns davon.

Politik ist Bewegung. Jamaika hat in fünf Jahren Regierungsverantwortung unglaublich viel bewegt. Wir haben die Finanzierung der Landwirtschaftskammer auf neue Füße gestellt und die Förderung erhöht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Unruhe - Zuruf: Fünf Jahre Jamaika! - Lars Harms [SSW]: Gut gemacht!)

- Es freut mich, wenn ich dazu beitragen kann, dass wir eine lebhaftige Debatte haben.

Der Zukunftsplan Sportland Schleswig-Holstein steht. Die institutionelle Förderung für den Landessportverband steigt mit dem Haushalt 2022 auf 11 Millionen €

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Auch für Sportinfrastruktur stehen Mittel bereit.

Wir haben den Sozialvertrag I weiterentwickelt, die Mittel erhöht und ab 2023 eine zweiprozentige Dynamisierung eingeplant.

Wir haben die Minderheiten gestärkt und kulturelle und sprachliche Vielfalt gefördert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

- Sie sehen: Es ist für jeden etwas dabei. - Wir haben das 500-Personen-Landesaufnahmeprogramm

trotz aller internationaler Schwierigkeiten weitergeführt, planen weiter und wollen es fortführen. Insgesamt planen wir für den Bereich Flucht und Asyl - mit Sprachförderung, Integration, der Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge - im nächsten Jahr rund 200 Millionen € ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Mit dem Pflegeberufegesetz haben wir die Ausbildung zur Pflegefachkraft modernisiert und kostenfrei gestellt.

Wir haben einen Fonds für Barrierefreiheit mit 10 Millionen € auf den Weg gebracht und haben noch einmal um 5 Millionen € aufgestockt, um inklusive, barrierefreie und kinderfreundliche Stadt- und Ortszentren zu fördern.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit dem Programm zur Wohnraumförderung wurden seit 2017 über 4.600 Wohneinheiten mit einem Fördervolumen von 720 Millionen € gefördert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben mit dem Haushalt 2022 die Zuschüsse für Frauenhäuser auf Grundlage einer Bedarfsanalyse um weitere 540.000 € aufgestockt und im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs dynamisiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Zusätzlich profitieren die Frauenhäuser von unserem IMPULS-Programm mit 10 Millionen €. Auch die Kultur profitiert von IMPULS. Das Spektrum reicht von Schloss Gottorf bis zur Förderung der freien Kulturszene und der Gedenkstätten.

Last, but not least - wir haben noch viel mehr gemacht, aber ich habe eine begrenzte Redezeit, und die wird eh knapp -: Wir haben einen Zukunftspakt UKSH auf den Weg gebracht - dies gemeinsam mit der Opposition -, weil es für uns im Land so wichtig ist, einen qualitativ gut aufgestellten Maximalversorger zu haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Viele dieser Maßnahmen hatten wir uns mit dem Koalitionsvertrag vorgenommen und haben sie vor der Pandemie auf den Weg gebracht, um unser Land noch familienfreundlicher, noch mittelstandsfreundlicher zu machen und weiterhin weltoffen,

(Ministerin Monika Heinold)

tolerant und vielfältig zu gestalten. Die wirtschaftliche Entwicklung war gut, die Zinsen waren extrem niedrig und die Haushaltsüberschüsse hoch. Wir waren optimistisch, dass die harten Jahre der Haushaltskonsolidierung ab 2020 vorbei sind, und hatten alle Maßnahmen darauf ausgerichtet, die dynamische Entwicklung unseres Landes weiter zu unterstützen: mit Investitionen in Innovation, Wissenschaft, Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz. All das hatten wir uns mit dem Koalitionsvertrag vorgenommen.

Dann kam die Pandemie mit dramatischen Steuermindereinnahmen und akutem Handlungsbedarf. Der Handlungsbedarf war nicht nur akut, er war auch riesig. Wir brauchten Mittel, um Steuermindereinnahmen aufzufangen: für Infektions- und Gesundheitsschutz, für Wirtschaftsförderprogramme, für Vereine, Verbände, zur Entlastung der Eltern, für den ÖPNV, um die Einnahmeausfälle zu kompensieren und um unseren Kommunen zu helfen.

In dieser Situation war es nicht nur verfassungsrechtlich geboten, den dafür notwendigen Notkredit mit einer Zweidrittelmehrheit zu beschließen, es war vor allem auch politisch richtig, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Es war richtig, Inhalt, Ausgaberrahmen und Tilgungsplan gemeinsam zu vereinbaren, denn in der Finanzplanung wird diese Entscheidung noch lange spürbar sein. Rund 40 Jahre lang muss der Kredit getilgt werden, beginnend ab dem Jahr 2024 mit 50 Millionen € jährlich. Natürlich wird dieses Geld an anderer Stelle fehlen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht die einzige Herausforderung, die wir durch die Pandemie haben. Es sind nicht nur die Ausgaben und der einmalige Steuerausfall, sondern es sind große Lücken von bis zu einer halben Milliarde € die wir in den zukünftigen Haushalten durch den Rückgang der Steuereinnahmen sehen.

Mit dem Notkredit ist es zwar möglich, dass wir uns schrittweise auf diese neue Situation einstellen, aber wir müssen uns darauf einstellen. Deshalb ist der Haushalt 2022 kein Wahlkampfhaushalt, kein Haushalt mit großen neuen Programmen, sondern ein solides Zahlenwerk, das in dieser Legislaturperiode den Schwerpunkt weiter darauf setzt, dass wir umsetzen, was wir auf den Weg gebracht und uns vorgenommen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, nicht nur der Handlungsspielraum wird kleiner, sondern gleichzeitig

kommen unglaublich große Herausforderungen auf uns zu. Ob die Ganztagsbetreuung in der Grundschule, der weitere Ausbau der Kitas, die steigenden Versorgungs- und Sozialleistungen, ob Digitalisierung oder Infrastruktur - überall steigt der Mittelbedarf weiter an.

Auch die Kosten des Klimawandels sind zunehmend spürbar: Künftig reduzieren sich die Steuereinnahmen zugunsten der 2013 und 2021 beschlossenen Bund-Länder-Fluthilfen um jährlich 20 Millionen € die wir weniger haben.

(Zuruf: 15!)

- Wir haben einmal zwischen 13 Millionen € und 14 Millionen € aus dem neuen Paket, und wir haben noch das alte Paket aus 2013. Das ist nicht so einfach zu rechnen, weil es über die Umsatzsteuer und den Bund-Länder-Finanzausgleich „durchgerodet“ wird. Wir sind aber - so die Zahlen meines Hauses - bei schätzungsweise 20 Millionen € die wir ab dem nächsten Jahr weniger an Steuereinnahmen haben, weil wir uns an den Bund-Länder-Fonds beteiligen - was richtig ist.

Auch der 10-Punkte-Plan für den Bevölkerungsschutz muss finanziert werden. Wir wollen dafür in diesem Jahr aus dem Vollzug die ersten 35 Millionen € in eine Rücklage überführen. Das zeigt, dass wir nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch aus ökonomischer Sicht den Klimawandel ernst nehmen müssen, den Klimaschutz ernst nehmen und handeln müssen. Nichts ist teurer als kein Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Wir müssen in klimaneutrale Verwaltungsliegenschaften investieren, in E-Mobilität, in den ÖPNV, in die regenerative Energie, in die Wissenschaft, Forschung, kommunale Wärmewende und Wasserstofftechnologie. Dafür muss die staatliche Einnahmehasis stabilisiert werden: durch das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Bekämpfung von Geldwäsche, qualitatives Wachstum und natürlich auch mithilfe einer gut aufgestellten Steuerverwaltung. Für diese planen wir mit dem Haushalt 2022 als Teil unseres 114-Stellen-Programms 53 neue Stellen ein - ein Programm, das erst für die Umsetzung der Grundsteuerreform da ist und dann die Finanzverwaltung insgesamt dauerhaft stärken soll.

Meine Damen und Herren, solide Haushaltspolitik heißt auch: Vorsorge treffen. Auch das machen wir. Wir planen 2 % für Tarif- und Besoldungssteige-

(Ministerin Monika Heinold)

rung ein. Wir haben 22 Millionen € für Eingliederungshilfe und 27 Millionen € für Zinsänderungsrisiken als Reserve eingeplant.

Bei den Zinsen planen wir inzwischen mit 386 Millionen € Es hat sich bewährt, mit Netz und doppeltem Boden zu arbeiten und vorsichtig zu planen. So ist unser Land gut durch die Haushaltskonsolidierung gekommen, und so sind wir auch gut durch die Pandemie gekommen.

Jetzt nimmt die Wirtschaft wieder Fahrt auf. Die Steuereinnahmen entwickeln sich derzeit deutlich besser als geplant: Ende August mit 10,3 %. Jahreserwartung war 3,9 %. Das macht Mut. Sollte sich dieser Trend bestätigen, werden wir im Jahr 2021 wie im Jahr 2022 mit weniger Schulden auskommen als bisher geplant.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Aktuell planen wir mit einer Nettoneuverschuldung von 67 Millionen € sowie mit einer Entnahme aus dem Notkredit in Höhe von 694 Millionen €. Der Haushalt hat insgesamt einen Ausgaberahmen von 14,4 Milliarden €. Hinzu kommt die Altlast HSH-Nordbank-Verpflichtung mit 375 Millionen € Schuldübernahme. Der Abstand zur Verfassungsgrenze gemäß Stabilitätsratsüberwachung beträgt 3,7 Millionen €. Wir arbeiten mit einer globalen Minderausgabe von 27 Millionen €. All das zeigt, wie groß die Herausforderungen nach der Pandemie sind und wie eng der Spielraum oder der Handlungsrahmen ist.

Jetzt ist es entscheidend, dass sich unser Land weiter dynamisch entwickelt - als attraktives Land für Naturtourismus, als Standort für Energiewende, Innovation und Forschung, als Land, in dem die Menschen gern leben und arbeiten. Mit dem Haushalt 2022 legen wir dafür die Grundlage.

Da der Haushaltsentwurf immer ein Gemeinschaftswerk ist, sage ich natürlich an das ganze Kabinett danke für die gute Zusammenarbeit, danke an Ministerpräsident Daniel Günther dafür, dass wir gemeinsam anpacken - mit Mut, mit Tatkraft, mit Optimismus.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 8 Minuten 40 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht nun allen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Grundsatzberatung. - Nein, die hatte ich schon eröffnet, Verzeihung.

Wir kommen zu den weiteren Rednern. Für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch, das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist der elfte Haushalt von Frau Reese-Cloosters, und es ist der fünfte Haushalt, den Jamaika gemeinsam auf den Weg bringt. Zugleich ist es der schwierigste davon. In den ersten Jahren dieser Legislaturperiode hat die Opposition immer die Geschichte erzählt, Jamaika würde nur funktionieren, weil alle Probleme und Konflikte mit zusätzlichem Geld gelöst würden. Das war natürlich totaler Quatsch. Richtig war vielmehr, dass wir in diesen Jahren geerntet haben, was knapp zehn Jahre vorher mit der Schuldenbremse in der Verfassung und der eingeleiteten Haushaltskonsolidierung gesät worden war.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Schleswig-Holstein erzielte plötzlich wieder Haushaltsüberschüsse, und die Landespolitik konnte damit politisch gestalten, Jamaika genauso wie die Küstenkoalition zuvor. Und das haben wir dann getan, indem wir Schulden getilgt haben, indem wir Personalengpässe vor allem an den Schulen, bei Polizei und Justiz beseitigt haben. Insbesondere haben wir kraftvoll investiert, um den jahrzehntelangen Sanierungsstau bei uns im Land abzubauen.

(Beifall Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Jamaika hat Schleswig-Holstein in diesen Jahren richtig vorgebracht.

Meine Damen und Herren, dann kam Corona, und von einem Tag auf den anderen veränderte sich schlagartig vieles. Zur Bewältigung der Pandemie und der daraus resultierenden Folgen mussten wir im Jahr 2020 die höchste Kreditaufnahme aller Zeiten tätigen. Es zeichnet uns als Parlament aus, dass alle Fraktionen in dieser Notsituation zusammengestanden und wir die notwendigen Entscheidungen gemeinsam getroffen haben. So konnten wir die Pandemie bekämpfen und gleichzeitig den eingeschlagenen Kurs fortsetzen, also vor allem die Investitionen auf hohem Niveau beibehalten, statt wie in früheren Jahren zusammenzustrichen, nur weil sich hier der Rotstift am leichtesten ansetzen lässt.

Wer die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidungen bezweifelt und behauptet, hier wären Notkredite für Ausgaben verwendet worden, die in keinerlei Zu-

(Tobias Koch)

sammenhang mit der Coronakrise stehen würden, der übersieht, dass wir nur durch diese Kombination so gut durch die Krise gekommen sind, wie das bei uns im Land der Fall ist.

Allein mit der Bewältigung der unmittelbaren Coronafolgen wäre das nicht gelungen. Mit den Mehrausgaben für Gesundheitsschutz und Wirtschaftshilfen hätten wir zwar kurzfristig die Krise gemeistert, mittel- und langfristig hätten wir aber an den Folgen von zwei verlorenen Jahren beim Abbau des Sanierungsstaus und von zwei Jahren Wettbewerbsrückstand bei Zukunftsthemen wie Wasserstoff, Batteriezellenforschung und Künstliche Intelligenz schwer zu leiden gehabt.

Deshalb war es richtig, das eine zu tun - nämlich die Folgen der Pandemie unmittelbar zu bekämpfen - und gleichzeitig das andere nicht zu lassen - nämlich weiter in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und auch das hat Jamaika geschafft, wie gesagt, nicht ganz alleine. Deshalb noch einmal ganz herzlichen Dank für das gemeinschaftliche Handeln in dieser absoluten Ausnahmesituation.

Nun also der fünfte Jamaika-Haushalt: Mit dem Einsatz der Notkreditrücklage in Höhe von 694 Millionen € zum Ausgleich struktureller Steuermindereinnahmen und zur Sicherung der Investitionen sind die Folgen der Coronakrise nach wie vor deutlich spürbar. Gleichzeitig tun sich jenseits der Krisenbewältigung aber ganz neue Herausforderungen auf. Auch ohne Haushaltsüberschüsse müssen diese nun im Rahmen der stark eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten bewältigt werden. Deshalb sagte ich eingangs, dass 2022 der schwierigste Jamaika-Haushalt von allen sei. Das zeichnet Jamaika ganz besonders aus: dass wir in diesen Zeiten nicht nur einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorlegen, sondern es außerdem schaffen, auch noch politische Akzente zu setzen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das hinzubekommen, ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Gerade in solch schwierigen Zeiten zeigt sich nämlich, wie gut und vertrauensvoll eine Koalition wirklich zusammenarbeitet.

Zu den zusätzlichen Herausforderungen, die sich ganz unabhängig von der Coronapandemie ergeben, gehören die Verfassungsgerichtsurteile zur Besoldung von Beamtinnen und Beamten in den unteren

Besoldungsgruppen sowie mit mehreren Kindern. Wir sind das erste Bundesland, das daraus finanzielle Verbesserungen auf den Weg bringt. Dafür 45 Millionen € im kommenden Haushalt bereitzustellen, ist kein Pappentier in diesen Zeiten. Noch viel wichtiger ist das damit verbundene Signal, auch im kommenden Jahr den Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Das sind unsere Landesbediensteten von früheren Regierungen ganz anders gewohnt. Bei denen wurden die Beamtinnen und Beamten oftmals als Sparschwein missbraucht, um den Landeshaushalt auszugleichen. Deshalb wäre ich als SPD hier ganz klein mit Hut. Statt unseren Landesbediensteten ein paar kümmerliche Krumen hinzuwerfen, wie Sie behaupten, packen wir auf die Besoldungsanpassung in voller Höhe auch noch Verbesserungen für untere Besoldungsgruppen und für kinderreiche Familien obendrauf.

(Beifall CDU und Jörg Hansen [FDP] - Zuruf SPD)

Wenn Sie in Ihrer Regierungszeit ein genauso guter Arbeitgeber gewesen wären wie Jamaika, wären wir von dem Verfassungsgerichtsurteil überhaupt nicht betroffen. Also zeigen Sie nicht mit dem Finger auf andere, wenn Sie für die Versäumnisse in der Vergangenheit selbst Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, neben der Coronakrise hat Deutschland in diesem Jahr eine zweite Katastrophe ereilt, nämlich das Hochwasser in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Dadurch richtet sich der Blick noch einmal ganz besonders auf die Situation des Katastrophenschutzes und seiner Einsatzfähigkeit. Nur gut, dass bei uns in Schleswig-Holstein der Katastrophenschutz schon in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt und insbesondere der Fahrzeugbestand aufgestockt worden ist. Das dürfte mit dazu beigetragen haben, dass sich unsere Einsatzkräfte in Rheinland-Pfalz ganz besonders bewährt haben.

Darüber hinaus war unsere Innenministerin bereits Anfang August in der Lage, mit einem 10-Punkte-Plan ein ganzes Maßnahmenbündel zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes vorzulegen.

(Beifall CDU, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den Landeshaushalt stellt das gleichwohl eine zusätzliche Herausforderung dar. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass mit der Finanzierung der erforderlichen 35 Millionen € - die Ministerin hat das

(Tobias Koch)

gerade erwähnt - bereits in diesem Jahr dank geringerer Zinsausgaben begonnen werden kann. In den gegenwärtigen schwierigen finanziellen Zeiten setzen wir mit diesem Startschuss einen wichtigen Akzent für mehr Sicherheit und Schutz unserer Bevölkerung vor Katastrophen.

Eine dritte Herausforderung, die sich im Haushalt 2022 niederschlägt, ist die Digitalisierung an Schulen, und zwar im konkreten Fall die Ausstattung unserer Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten. Die Coronapandemie hat die Defizite in diesem Bereich überdeutlich vor Augen geführt. Deshalb hat unsere Bildungsministerin bereits in diesem Jahr damit begonnen, alle Lehrerinnen und Lehrer mit einem Dienstlaptop auszustatten, damit sich unsere Beschäftigten nicht länger mit privaten Geräten helfen müssen.

Neben den Kosten für die Anschaffung entstehen auch Kosten für Support und Administration. Das geschnürte Komplettpaket belastet deswegen den Landeshaushalt 2022 mit weiteren 21 Millionen €. Dennoch war für uns Jamaikaner vollkommen klar: Daran führt kein Weg vorbei. Für unsere Lehrkräfte muss genauso wie für alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten, dass sie die erforderlichen digitalen Endgeräte vom Arbeitgeber bereitgestellt bekommen. Die dafür notwendigen Gelder müssen wir allerdings regelrecht zusammenkratzen. Dieser Posten macht den Großteil der eingestellten globalen Minderausgabe von 27 Millionen € aus, die mit der Nachschiebeliste aufgelöst und spätestens im Haushaltsvollzug erwirtschaftet wird. Ich muss sagen: Ich finde es beeindruckend, dass sich alle Ministerien bereit erklärt haben, dazu ihren Beitrag zu leisten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts von globalen Minderausgaben in mittlerer dreistelliger Millionenhöhe, die in früheren SPD-geführten Regierungszeiten als Luftbuchungen einen verfassungsgemäßen Haushalt vortäuschen sollten, erscheint mir an dieser Stelle jegliche Kritik vonseiten der Sozialdemokraten mehr als heuchlerisch. Fassen Sie sich lieber an die eigene Nase, als mit solcher Kritik die Menschen an der Nase herumzuführen! Jamaika arbeitet selbst in schwierigen Zeiten noch solider, als es die SPD jemals getan hat.

(Beifall CDU)

Wenn man sich vor Augen führt, wie knapp der Haushalt 2022 kalkuliert ist und dass der Abstand zur Verfassungsgrenze gerade einmal 3,7 Millio-

nen €beträgt, hätte man auf die Idee kommen können, die in der Kitafinanzierung unverhofft aufgetauchten freien Mittel für andere Zwecke zu verwenden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Es wäre ein Leichtes gewesen zu argumentieren, dass die Coronapandemie alle bisherigen Planungen über den Haufen geworfen habe und die Mittel statt in der Kitafinanzierung jetzt zum Beispiel dringender für die Digitalisierung an Schulen benötigt werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Stattdessen hat Jamaika sich ganz bewusst dazu entschieden, an dieser Stelle Wort zu halten. Die Zusagen des Koalitionsvertrags werden erfüllt, indem die Mittel in der Kitafinanzierung bleiben, für die Entlastung von Eltern und Kommunen sorgen und für weitere Qualitätsverbesserung eingesetzt werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Annabell Krämer [FDP])

Gerade im Lichte des Gesamthaushalts ist diese Entscheidung bemerkenswert. Ich bin mir nicht sicher, ob alle anderen Regierungen diese Entscheidung in gleicher Weise wie Jamaika getroffen hätten.

(Beifall CDU)

Wir können deswegen zu Recht sagen: In guten wie in schlechten Zeiten hat sich Jamaika in Schleswig-Holstein bewährt. Wir bewältigen die Coronakrise. Wir investieren dauerhaft auf hohem Niveau in die Zukunft. Gleichzeitig setzen wir politische Akzente, die Schleswig-Holstein in den letzten Jahren vorangebracht haben.

Erfreulicherweise erleben wir derzeit, dass sich die Steuereinnahmen besser als vorhergesagt entwickeln. Schon der Haushalt 2020 hatte mit einem geringeren Minus als geplant abgeschlossen. Dasselbe erleben wir auch in diesem Jahr. In der Steuerschätzung im November dürfte sich dieses niederschlagen, die Lücken in der Finanzplanung dürften dementsprechend kleiner werden. Zukünftige Haushaltsüberschüsse rücken damit wieder in den Bereich des Möglichen.

Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass diese nicht sofort für Mehrausgaben zur Verfügung stehen werden. Zuerst müssen Kredite getilgt werden, die zum Ausgleich der konjunkturell bedingten

(Tobias Koch)

Steuerausfälle in diesem und im vergangenen Jahr aufgenommen wurden.

Gleichzeitig zeichnet sich schon jetzt ab, dass sich in den nächsten Jahren ein erheblicher zusätzlicher Mittelbedarf ergeben wird, angefangen von verstärkten Klimaschutzmaßnahmen in der Landesverwaltung über den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen, über erhöhte Investitionen in unsere Krankenhäuser bis hin zur Beseitigung der Munitionsaltslasten im Meer. All das wird den Landeshaushalt weiter belasten und die finanzielle Lage herausfordernd gestalten. Deshalb kommt es in den nächsten Jahren umso mehr auf eine solide Finanzpolitik an, wie wir sie in den fünf Jahren als Jamaika-Koalition betrieben haben.

Ein Zurück in die Schuldenmacherei früherer Jahrzehnte ist keine Alternative. Es ist zwar der letzte Jamaika-Haushalt der laufenden Legislaturperiode, aber auch für die kommende Wahlperiode erscheinen mir gemeinsame Haushalte von CDU, Grünen und FDP nicht unwahrscheinlich. Ich würde sogar sagen: Ich halte sie für wünschenswert. Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes. Daran sollte sich auch in Zukunft nichts ändern. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Serpil Midyatli, das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich zunächst im Namen der SPD-Fraktion einmal ganz herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken: Frau Reese-Cloosters, ich wünsche Ihnen alles Gute für das, was Sie sich vorgenommen haben. Sie haben es sich wahrlich verdient. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt zum letzten Haushalt dieser Legislaturperiode. Was Jamaika uns hier präsentiert, fügt sich in das Bild der letzten Jahre ein.

(Beifall FDP und Tim Brockmann [CDU])

- Das passt so perfekt, danke für den Applaus: Der Unterschied zwischen dem Selbstbild und dem tat-

sächlichen Regierungshandeln ist gewaltig. Die Grundlage Ihrer Koalition - ich erinnere noch einmal daran - war laut eigener Aussage der Versuch, Ökologie und Ökonomie zu versöhnen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Das war eine vage Perspektive aus dem Jahr 2017. Offensichtlich hat dies damals ausgereicht, um mehrere Parteien aneinander zu binden. Man muss festhalten: Von dieser Bindekraft ist nach vier Jahren sehr wenig übrig geblieben, von Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie ganz zu schweigen.

(Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Blicken wir einmal auf Ihre so hoch gerühmte Bilanz: Schleswig-Holstein stagniert bei der Energiewende und bei der Bekämpfung des Klimawandels. Erst haben Sie Jahre für die Neuauflage der Regionalpläne verschwendet. Jetzt droht Ihnen das Ganze sogar wieder um die Ohren zu fliegen. Schleswig-Holstein ist immer noch im Lohnkeller der westdeutschen Bundesländer. Statt etwas dagegen zu tun, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben Sie sogar das Tariftreugesetz der Küstenkoalition abgeschafft. Die Digitalisierung kommt kaum über Worthülsen und über schöne Pressetermine hinaus. Der Blick nach Dänemark zeigt, wie man es anders und vor allem besser machen kann, denn vieles ist schon möglich.

(Zuruf Lars Harms [SSW] - Beifall SPD)

Ihre tolle Bilanz geht noch weiter: Die Mieten im Land sind immer weiter gestiegen. Statt etwas dagegen zu tun, hat Jamaika die Mietpreisbremse abgeschafft. Familien können sich kein Eigentum leisten.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Sie sind uneinig über unseren Vorschlag, die Grunderwerbsteuer zu senken.

Erst in dieser Woche konnten wir wieder erleben, dass bei der Schuldenbremse ein grundlegender Konflikt in der Haushaltspolitik deutlich wird. Der Streit, die Uneinigkeit - oft genug auf offener Bühne hier im Plenum vorgetragen - gehören bei Ihnen zum Tagesgeschäft. Wir hatten schon immer Zweifel an Ihrer Geschlossenheit, diese haben Sie aber auch an dieser Stelle immer wieder bestätigt. Es ist ja auch vollkommen normal, dass Koalitionen in Sachfragen unterschiedlicher Meinung sein können.

(Serpil Midyatli)

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist das!)

Doch Jamaika besitzt inhaltlich und grundsätzlich ganz widerstrebende Interessen. Sie verschieben wichtige Termine monatelang von Sitzung zu Sitzung. Sie widersprechen sich wahlweise öffentlich in Plenardebatten und auch in den Medien. Sie können inhaltlich keine Impulse setzen. Diese Gegensätze treten immer wieder deutlich und offen zutage.

Allen ist klar: Wir sprechen heute nicht nur über den letzten Haushalt dieser Legislaturperiode, wir sprechen auch über den letzten Haushalt, den Jamaika hier vorlegt. Dieses Bündnis hat keine Zukunft, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

Ich musste schon sehr schmunzeln, als der Ministerpräsident in der vergangenen Woche Ihr Bündnis als perfektes Bündnis für Berlin empfohlen hat.

(Beifall CDU und Annabell Krämer [FDP])

Ganz ehrlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wer das glaubt, der glaubt auch tatsächlich, dass Armin Laschet der geeignetste Bundeskanzler ist.

Der Haushalt, den Sie uns hier vorlegen, hat wenig Ambitionen. Dieser Haushalt liefert keine Antworten auf die Fragen der Zukunft. Eine wegweisende Haushaltspolitik bringt diese Landesregierung eben nicht zustande. Dabei wäre einiges möglich, denn es mangelt Ihnen ja nicht am Geld, sondern an Ideen und ihrer Umsetzung. Wenn Ihnen wieder einmal keine Lösung einfällt, delegieren Sie die Verantwortung, oftmals entweder an die Kommunen oder wie gerade eben - zack - an den Bund. Dann soll die SPD-Fraktion im Bundestag es natürlich in Berlin wieder für Sie regeln - was wir natürlich sehr gern machen.

(Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

Wenn diese Landesregierung nur halb so viel Energie auf die Problemlösung wie auf das Umgehen von Entscheidungen verwenden würde, wären wir schon viel weiter. Stattdessen schaffen Sie mit Ihrem Nichthandeln aber vermeidbare Probleme.

Jetzt wird das Verzögern und lange Hinauszögern einer Entscheidung für oder gegen Luftfilter in den Schulen dank Ministerin Prien zu einer weiteren Belastung für unsere Schülerinnen und Schüler. Das ist nur ein Beispiel. Es reiht sich in die Unklarheiten bei der Pandemiebewältigung ein.

Herr Ministerpräsident, am Ende tragen Sie persönlich die Verantwortung für den Zickzackkurs in Ihrer Krisensituation - vom Prüfungschaos ums Abitur über merkwürdige Prioritäten bei den Zweitwohnsitzen bis hin zum erneut geflopten „Lernsommer“. Die Menschen erwarten eine klare Linie, und vor allem erwarten sie, dass sie eine Regierung haben, die Verantwortung übernimmt.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie jetzt mal über den Haushalt reden? - Unruhe)

Natürlich ist beim Coronamanagement nicht alles schlecht gewesen; im Bundesschnitt sind wir in Schleswig-Holstein mit vergleichsweise niedrigen Inzidenzen durch die Pandemie gekommen.

(Unruhe)

Das lag an der konstruktiven, guten Zusammenarbeit, die auch wir aus der Opposition heraus im vergangenen Jahr geleistet haben.

(Beifall SSW)

Beim Nachtragshaushalt haben wir gemeinsam dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein gut durch diese Krise kommt. Gemeinsam haben wir Schwerpunkte gesetzt, die wir hier miteinander beschlossen haben. Wir haben uns bewusst entschieden, die Krankenhäuser weiter zu stärken, digitale Endgeräte zu finanzieren, aber auch neue Impulse zu setzen, wie zum Beispiel die Innenstädte neu zu beleben. Wir haben bewiesen, wie wichtig es ist, dass Demokratinnen und Demokraten in Krisenzeiten eng beieinander stehen.

(Beifall SPD, SSW und Tobias Koch [CDU])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eines lasse ich Ihnen aber nicht durchgehen: Die Pandemie darf keine Entschuldigung dafür sein, dass die Zukunftsthemen des Landes nicht vorangebracht werden und Sie diese verstoßen. Auch in der Küstenkoalition hatten wir die eine oder andere Krise, und auch die Flüchtlingskrise haben wir in diesem Land gemeinsam bewältigt. Trotzdem haben wir eine Entwicklungsstrategie auf den Weg gebracht und die digitale Agenda gemacht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wo denken Sie über den Tag hinaus? Wohin wollen Sie mit diesem Land? - Hätte es die Coronapandemie als zusätzliche Belastung der Haushalte nicht gegeben, wäre - da bin ich mir sicher - Ihre Planungslosigkeit schon viel früher aufgefallen. Sie schaffen es nicht, die wichtigen Zukunftsfragen zu beantworten.

(Serpil Midyatli)

Wir müssen den Klimawandel stoppen, die Digitalisierung gestalten, neue wirtschaftliche Chancen nutzen und den demografischen Wandel durch eine Fachkräfteoffensive managen. Aber Sie wurschteln vor sich hin, Ihr selbst erklärter Schwerpunkt Klimaschutz erhält knapp ein Drittel der Mittel, die Sie für Landesstraßen einplanen. Gleichzeitig weist die Finanzplanung in den kommenden Jahren - das haben Sie gesagt - eine Lücke von 500 Millionen € auf, die Sie heute schon angehen müssten. Mit diesen falschen Prioritäten retten Sie sich nur noch über die Zeit. Sie machen Politik von der Hand in den Mund.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Oh Gott, oh Gott!)

Ein Ende der Gemeinsamkeiten ist mehr als deutlich erreicht. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist unfähig, noch Projekte anzugehen. Wo sind Ihre Entwürfe für die kommenden Monate? Was will diese Landesregierung noch erreichen? Die Wahrheit ist: Sie haben acht Monate vor der Wahl einen großen Teil Ihrer Arbeit de facto eingestellt. Dafür trägt Daniel Günther die alleinige politische Verantwortung.

(Beifall SPD - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Der Ministerpräsident ist immer dann zu sehen, wenn es um nette Bilder geht. Während es in Ihrer Koalition an allen Ecken und Enden kracht, gehen Sie lieber öffentlichkeitswirksam joggen. Mir wäre es lieber, Ihre Regierung würde endlich mal Strecke schaffen. Das ist das, was die Menschen von Ihnen erwarten. Als Oppositionsführer konnten Sie gar nicht genug kriegeln von den Problemen des Landes. Doch wo steckt der Ministerpräsident jetzt? Wo waren Sie bei Nobiskrug, bei Karstadt, bei Caterpillar, bei den imland Kliniken, bei der FSG? Ich könnte diese Liste weiter fortführen. Wo ist der Ministerpräsident, wenn man ihn braucht?

(Beifall SPD)

Besonders sträflich ist Ihr Nichtstun bei der wichtigsten Zukunftsaufgabe, ich meine die Bekämpfung des Klimawandels. Seit Jahrzehnten wissen wir, dass unsere Art zu wirtschaften auf unserem Planeten mit endlichen Ressourcen an Grenzen stößt. Dabei kann erfolgreicher Klimaschutz eine Chance für unser Land sein. Es geht um das wirtschaftliche Wachstum der Zukunft unseres Landes, und Sie verspielen das gerade, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen Kohleausstieg früher!)

Das Klimathema zeigt deutlich, wo die CDU-Politik versagt. Ich nenne den Stillstand beim Ausbau der Windenergie, das wiederholte Verfehlen Ihrer selbst gesetzten Klimaziele und den Rückgang einer ganzen Branche im Sektor der erneuerbaren Energien. Dabei zeigt sich auch am deutlichsten das Führungsversagen des Ministerpräsidenten.

Herr Günther, Sie bekommen es nicht hin, diese Koalition beim Klimaschutz auf eine gemeinsame Linie zu bringen, die wirklich etwas bewegt. Das, was sich hier in den parlamentarischen Prozessen befindet, ist Minimalkonsens, das ist ein Loblied auf den Status quo. Im Endergebnis herrscht in Schleswig-Holstein nahezu Stillstand. Alles, was Ihre Regierungsbilanz hergibt, sind viele Ankündigungen, dann Verspätungen, aber am Ende kein Fortschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität. Jamaika riskiert damit die Zukunft des Landes, seiner Menschen und unseres Lebensraumes.

(Beifall SPD)

Diese Koalition schleppt von Beginn an die versäumten Wahlversprechen der CDU mit sich herum wie einen Klotz am Bein: Fertigstellung der A 20, Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die Sie nicht wie versprochen vollzogen haben, mehr Abstände bei gleichzeitigem Ausbau der Windkraft. Das Problem von Jamaika sind nicht die Einzelinteressen der Koalitionsparteien, es ist die mangelnde Seriosität der CDU. Die CDU, aber auch die Union im Bund entkernt Politik nachhaltig. Es fehlt ihr an ambitionierten Zielen und Ideen, diese zu erreichen. Überall steht die CDU auf der Bremse. Daran muss sich etwas ändern.

(Beifall SPD)

Ein schleswig-holsteinischer Landeshaushalt - das wird Sie nicht verwundern - wird anders aussehen, wenn die SPD regiert, insbesondere wenn wir einen Bundeskanzler Olaf Scholz haben.

(Zurufe)

Es geht bei den kommenden Wahlen um eine Richtungsentscheidung. Es geht darum, uns den anstehenden Aufgaben entschlossen zu stellen.

Ich möchte konkret vier Aufgaben für Schleswig-Holstein nennen. Unsere Industrie wollen wir mit Investitionen CO₂-neutral machen. Die Ladeinfrastruktur für E-Autos muss flächendeckend - flächendeckend - ausgebaut werden. Den Rechtsanspruch auf den offenen Ganzttag müssen wir an den Grundschulen voranbringen. Digitalisierung muss organisiert werden; das heißt Glasfaser überall und

(Serpil Midyatli)

an jede Schule, nicht nur Tablets und Laptops, sondern auch Fachpersonal, das sich darum kümmert.

All das muss finanziert werden; das ist uns schon klar. Es geht ums Grundsätzliche. Folgt man den Plänen der CDU und will man die Steuern für die reichsten Menschen in unserem Land senken, dann gibt es nach der Bundestagswahl ein Loch von 30 Milliarden € Das ist Geld, das uns auch in Schleswig-Holstein fehlen wird. Die SPD und die Grünen machen einen anderen Vorschlag. Wir werden 95 % der Menschen im Land entlasten. Wir wollen das gegenfinanzieren, indem diejenigen, die in unserem Land besonders wohlhabend sind, etwas mehr beitragen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Klimaneutralität Deutschlands, die Bewältigung der Folgen der Coronakrise, bezahlbarer Wohnraum, dem Fachkräftemangel entgegenwirken und die Digitalisierung in allen Lebensbereichen verwirklichen - das sind unsere Zukunftsthemen.

Die letzten Monate haben sehr vieles offengelegt, was schon lange schief läuft in diesem Land. Nutzen wir diesen Moment der Krise und rücken näher zusammen, anstatt uns weiter zu spalten! Tragen wir die Verantwortung für unser Land gemeinsam, mit Respekt füreinander und auf viele Schultern verteilt!

Deutschland und Schleswig-Holstein brauchen eine neue Regierung ohne die Union.

(Beifall SPD)

Die Ambitionslosigkeit dieser Parteien spiegelt sich nicht ohne Grund im Spitzenpersonal wider, aber auch ganz konkret in dem uns heute vorliegenden Haushaltsentwurf. Der letzte Haushalt dieser Jamaika-Koalition ist nicht imstande, Antworten auf die drängendsten Fragen zu liefern.

(Unruhe)

Es ist Zeit, dass die SPD das Ruder wieder übernimmt. Es ist Zeit, dass sich die CDU in der Opposition neu sortiert. Es ist Zeit für eine soziale und ambitionierte Politik, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Anhaltender Beifall SPD und Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

(Unruhe)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Dies ist der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode. Ich danke der Regierung, insbesondere der Finanzministerin und ihrem Haus, dass sie in diesem Haushalt trotz der historisch schwierigen Lage noch so viel möglich gemacht hat. Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Gute Haushaltspolitik muss sowohl verlässlich als auch weitsichtig sein. Sie haben das mit dem Fernrohr beschrieben, Frau Ministerin. Diese Verlässlichkeit hat unsere Finanzministerin in den letzten Jahren verkörpert. Sie hat jede Herausforderung volley genommen und mit Umsicht und Sachverstand gelöst. - Chapeau, Monika Heindl!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP, Beifall Johannes Callsen [CDU] und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Ich danke auch der Opposition, die bei schwierigen Themen wie der HSH, dem UKSH und Corona das Gesamtwohl über die politischen Auseinandersetzungen gesetzt hat. Das zeichnet uns aus. - Herzlichen Dank auch Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, mit den Mitteln, die uns die Steuerzahlenden zur Verfügung stellen, müssen wir sorgsam umgehen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Infrastruktur funktioniert, dass die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden kann, dass wir eine funktionierende Verwaltung haben und dass den Menschen, die akut Hilfe benötigen, geholfen wird. Das sind die Themen - ganz konkret -, die sich im Haushalt 2022 abbilden. Diese Projekte wurden zuerst von der Ministerin und anschließend noch einmal von Herrn Koch dargestellt; und auch ich werde noch einmal auf einige Themen eingehen. Das ist das, was Jamaika für dieses Land mit den vorhandenen Steuermitteln vorhat.

Liebe Frau Midyatli, was hat eigentlich die SPD konkret vor?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Immer wieder verwechselt meiner Meinung nach die Opposition Uneinigkeit mit Streit.

(Eka von Kalben)

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Ja, wir haben unterschiedliche Prioritäten, und deshalb haben wir auch Mittel für verschiedene Themenfelder eingesetzt, die den verschiedenen Koalitionspartnern auch unterschiedlich wichtig sind. Ich möchte hier gar nicht für Bündnisse in die eine oder andere Richtung werben, aber ich glaube, dass Koalitionen für das Land gut sind. Denn sie sorgen dafür, dass das, was die Bürgerinnen und Bürger wollen, unterschiedlich abgebildet wird. Sie können nach draußen gehen und fragen: Wollen Sie lieber das Geld in Kitas oder in Straßen stecken? Wollen Sie, dass wir mehr Sozialwohnungen bauen, oder wollen Sie die Wirtschaft fördern? - Dazu werden Sie ganz viele verschiedene Meinungen hören, ganz viele verschiedene Meinungen dazu, wie die Menschen das Geld ausgeben wollen. Das bildet eine Koalition ab; das hat die Küstenkoalition abgebildet, und das hat auch die Jamaika-Koalition abgebildet. Das ist gute Haushaltspolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Ehrlich gesagt fand ich Ihre Rede, Frau Midyatli, als Wahlkampfreden super. Ja, ich teile auch vieles von dem, was Sie gesagt haben, insbesondere was die Vermögensteuer und was eine Umverteilung im Land angeht. Ich glaube, da sind wir inhaltlich gar nicht weit auseinander. Das hat aber aus meiner Sicht fast gar nichts mit dem Haushalt 2022 zu tun, den wir hier heute beraten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU - Zuruf SPD: Vermögensteuer ist eine Landessteuer!)

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nur auf Sicht fahren und uns nur um die Bewältigung der drängendsten Probleme kümmern. Nein, der heutige Haushalt darf nicht nur das Jetzt, sondern muss natürlich auch die Zukunft im Blick haben. Er muss dazu beitragen, dass Kinder auch morgen und übermorgen noch ein funktionierendes und lebenswertes Land vorfinden. Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Ich freue mich, dass auch dieser letzte Jamaika-Haushalt alle diese Anforderungen mit klaren Schwerpunkten abbildet.

Eingangs möchte ich an dieser Stelle noch einmal an die erschreckenden Bilder der Flutkatastrophe erinnern. Auch viele Menschen aus Schleswig-Holstein haben in dem Zusammenhang ein unglaubliches Engagement gezeigt. Ihnen allen wurde letzte Woche von der Regierung mit einem Helferinnen- und Helferfest gedankt. Das war eine gute Aktion, liebe Frau Innenministerin, herzlichen Dank dafür!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Deshalb ist es auch gut, dass wir, um die Sicherheit zu erhöhen und uns für künftige Katastrophen, insbesondere auch die Folgen des Klimawandels, zu wappnen, ein umfangreiches Bevölkerungsschutzkonzept auf den Weg gebracht haben. Das Paket wird schrittweise bis 2030 realisiert. Zum Start der Umsetzung dieses 10-Punkte-Plans stellen wir im kommenden Haushalt 35 Millionen € zur Verfügung. Denn unser hervorragendes Engagement, unsere vielen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler haben wirklich alles an technischer Unterstützung verdient, was wir ihnen geben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Aber, meine Damen und Herren, was den Klimawandel betrifft, ist auch völlig klar: Klimafolgen sind teurer als Klimaschutz. Katastrophenschutz hilft bei Katastrophen, Klimaschutz hilft, Katastrophen zu vermeiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb unternehmen wir beim Haushalt im Bereich Klimaschutz auch dieses Jahr noch einmal große Anstrengungen. Das ist in der finanziellen Situation des Landes und im Korsett der Schuldenbremse nicht einfach, aber das ist ohne Frage notwendig.

Wir stellen im kommenden Jahr weitere 10 Millionen € für den Ausbau der Elektromobilität zur Verfügung. Das ist das, was hier auch gefordert wurde. 3,5 Millionen € fließen in die energetische Sanierung von Landesliegenschaften. 7 Millionen € stehen für den Bodenschutz und das Flächenrecycling zur Verfügung, dass man also bebaute Flächen wieder so nutzen kann, dass sie Wasser aufnehmen können und für das Klima taugen. Rund 3,5 Millionen € fließen in die Umsetzung der Wasserstoffstrategie; ein Treibstoff der Zukunft, den wir voranbringen wollen.

Das erfolgreiche Programm „Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger“ führen wir mit 500.000 € fort. Das wird manchmal als Peanuts belächelt. Aber das sind genau die Dinge, die die Anreize bringen, die Bevölkerung mitzunehmen, um deutlich zu machen: Ja, jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger im Land macht Klimaschutz. Deshalb ist es ein gutes Programm.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Eka von Kalben)

Wir stärken den kommunalen Klimaschutz, indem wir die Mittel zur Unterstützung kommunaler Wärmenetzprojekte und Quartierskonzepte um 200.000 € verstärken. Was nützt es mir, wenn ich in einem Dorf wohne und sage, ich möchte jetzt ein anderes Heizungssystem anschaffen, ich möchte auf eine andere Wärmeversorgung umbauen, wenn es dort keine Angebote dafür gibt? - Deshalb müssen wir die Kommunen dabei unterstützen, so etwas aufzubauen. Das wächst nicht von selbst aus der Leitung, sondern das muss aufgebaut werden.

Summiert man einmal die Mittel auf, so hat Schleswig-Holstein in dieser Legislaturperiode rund 800 Millionen € Landesmittel für Maßnahmen der Energiewende, des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel bereitgestellt. Zusammen mit den Mitteln vom Bund kommen wir auf eine Summe von rund 3 Milliarden €, die in Schleswig-Holstein wirken. Das ist ein Schwerpunkt, ein klar abzulesender Schwerpunkt in diesem Landeshaushalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für die nächste Generation müssen wir nicht nur das Klima schützen, sondern auch die Natur- und die Artenvielfalt. Die biologische Vielfalt in Schleswig-Holstein ist in keinem guten Zustand. Rund 50 % der hier lebenden Pflanzen und Tierarten sind gefährdet. Ihre Lebensräume schwinden täglich, insbesondere infolge von Flächenversiegelung und intensiver landwirtschaftlicher Nutzung. Die Artenvielfalt ist keine Nutzung von Vogelliebhabern oder Schmetterlingssammlerinnen und -sammlern, sie ist für unsere menschliche Existenz auf der Erde lebensnotwendig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hat das MELUND eine umfangreiche Biodiversitätsstrategie vorgelegt. Ich freue mich auf die Beratungen darüber im nächsten Monat. Die Strategie werden wir jetzt schon mit diesem Haushalt mit 3 Millionen € unterstützen, damit die Umsetzung auch wirklich an den Start gehen kann.

Klima- und Umweltschutzmaßnahmen sorgen dafür, dass unsere Kinder auch in Zukunft noch in einer intakten Welt leben. Aber natürlich helfen wir der nächsten Generation auch sehr konkret und unmittelbar im Hier und Jetzt. Wir geben ihr jetzt die Bildungschancen, die sie benötigt, und sorgen zugleich für mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Kita-Reform wurde schon genannt. Die Mittel wurden noch einmal aufgestockt, sodass wir jetzt die Zuschüsse des Landes zur Kita-Finanzierung im Laufe dieser Legislaturperiode mehr als verdoppelt haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall Ole-Christopher Plambeck [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Neben den Mitteln für die Kita haben wir zusätzlich ein Aufholprogramm an den Start gebracht, ähnlich wie es auch an den Schulen läuft, mit 20 Millionen € reinen Landesmitteln - ohne Unterstützung des Bundes. Ich finde, an der Stelle hätte man gleich Kita und Schule zusammen denken müssen; das ist eine Aufgabe für die Zukunft, die wir einfordern müssen.

An Schulen bauen wir Schulsanitärräumen mit rund 47 Millionen € weiter aus. Die Mittel für die PerspektivSchulen hat die Ministerin schon genannt.

All das zeigt, dass auch in diesem Jahr Kinder und Familien, aber gerade das Thema Bildungsgerechtigkeit ein ganz zentrales Motiv der Haushaltspolitik dieser Koalition sind, und ich bin stolz auf alles, was diese Koalition in diesem Bereich erreicht hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, all das ist nicht neu. Nachdem ich nun zum zehnten Mal zu einem Landeshaushalt unserer Ministerin reden darf, stelle ich fest, dass in all diesen Jahren genau die genannten Zukunftsschwerpunkte gebildet wurden und dadurch unser Land in vielen Bereichen entscheidend vorangekommen oder zumindest auf dem richtigen Weg ist.

Gleichwohl bin ich mehr denn je entschlossen, dafür zu kämpfen, dass wir noch mehr tun. In der kommenden Wahlperiode müssen die Anstrengungen im Bereich Klimaschutz verstärkt werden. Ich möchte auch, dass wir noch mehr dafür sorgen, dass in diesem Land wirklich Gerechtigkeit herrscht, dass Kinder - egal, woher sie kommen, egal, welches Elternhaus sie haben - die gleichen Bildungschancen haben. Wir haben noch viel vor uns. Wir müssen trotz aller Krisen und Corona-Folgelasten dafür sorgen, dass zukünftige Haushaltspolitik diesen Schwerpunkten Genüge tut. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst der Landesre-

(Christopher Vogt)

gierung, der Finanzministerin, aber auch den anderen Ministerien und an diesem Tage ganz besonders Frau Reese-Cloosters danken. Wir haben viele Jahre zusammengearbeitet. Genießen Sie Ihren wohlverdienten Ruhestand!

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der Tat haben wir es krisenbedingt mit einer sehr angespannten Haushaltsslage zu tun. Die coronabedingten Schulden werden uns noch lange belasten. Sie werden dazu führen, dass das Land in den nächsten Jahren sparsamer wirtschaften muss. Vor allem bei den konsumtiven Ausgaben wird Haushaltsdisziplin gefragt sein.

Die politischen Herausforderungen in diesem Jahrzehnt sind nicht nur angesichts der Pandemie, sondern auch mit Blick auf die Demografie, die zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten und den Klimawandel enorm. Das Land wird sich deshalb noch stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren müssen.

Bildung und Wissenschaft bilden mehr denn je nicht nur die Grundlage für die persönliche Entfaltung jedes Einzelnen - egal, wo sie oder er herkommt -, sondern auch für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Wir können es uns schlichtweg nicht mehr erlauben, dass Jugendliche ihre Schullaufbahn ohne Abschluss beenden und entsprechend nicht ausbildungsfähig auf den Arbeitsmarkt kommen.

Der Großteil des Fachkräftebedarfs wird in den nächsten Jahren übrigens in Schleswig-Holstein bei Berufen liegen, für die kein Studium erforderlich ist. Wir sind also gut beraten, die berufliche Bildung und damit das bewährte duale Ausbildungssystem zu stärken, um das uns die ganze Welt beneidet. Es kommt nicht mehr so oft vor, dass die Welt mit Neid auf Deutschland blickt. Hier ist es der Fall. Deshalb sollten wir noch stärker daran arbeiten.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wäre es intelligent, eine bundesweite Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung ins Leben zu rufen. Ein guter Anfang wäre schon einmal bei der Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Bildung, wenn die bundesweiten Kriterien für den DigitalPakt unbürokratischer würden, damit das Geld endlich fließen kann und im Zweifel nicht erst bei den nächsten Schülergenerationen ankommt.

Bei dem Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung stehen wir gemeinsam mit den Kommunen vor

weiteren Herausforderungen beim Thema Bildung. Auch da ist richtig - die Finanzministerin hat darauf hingewiesen -: Bei den Krippen haben wir gesehen, dass der Bund den Rechtsanspruch geschaffen hat, er sich derzeit aber nicht einmal mehr mit 2 % an den Kosten beteiligt. Das darf bei der Ganztagsbetreuung nicht passieren. Es ist gut, dass nachverhandelt wurde. Ich gehe davon aus, dass der Bund auf Dauer mitfinanzieren muss. Anders wird es nicht gehen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch unsere Hochschulen werden wir bei der Grundfinanzierung, den Investitionen und der Gebäudeausstattung noch stärker unterstützen müssen. Ohne stärkeres Engagement des Bundes wird es auch hier schwierig werden. Wir werden eine Art Digitalpakt Hochschule - hier bitte möglichst unbürokratisch - und eine bundesweite Offensive für den Hochschulbau brauchen. Frau Midyatli hat gesagt, Olaf Scholz werde das alles regeln. Ich bin gespannt. Jede neue Bundesregierung - da brauchen wir uns nichts vorzumachen - steht vor großen Herausforderungen. Sie wird vor massiven Herausforderungen stehen. Sie muss sich massiv strecken. Bei der Bildung wird das nicht anders gehen. Wir müssen sie endlich als gesamtstaatliche Aufgabe ansehen. Ansonsten werden wir bei der Bildung nicht vorankommen. Es wird unseren Wohlstand in Deutschland massiv gefährden, wenn wir nicht endlich umsteuern.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Apropos Bund und Bildung: Wir als Land haben bei den Gesundheitsfachberufen für die Schulgeldfreiheit gesorgt. Auch da hat der Bund Versprechen gemacht und bis heute nicht geliefert. Insofern setze ich auf eine neue Bundesregierung, darauf, dass sie da etwas tut.

(Beifall FDP)

Frau Midyatli, das Problem der SPD ist, dass immer die anderen schuld sind, nie sie selbst.

(Zurufe SPD)

So wird man ein Land auf Dauer nicht führen können, Frau Kollegin. So wird das nicht funktionieren.

(Beifall FDP und CDU)

Ja, wir haben mehr Stellen im Landesdienst geschaffen, als wir zu Beginn der Wahlperiode vereinbart hatten. Vor allem mit Blick auf die Schulen und die Stärkung des Rechtsstaates war dies notwendig und sinnvoll. Wir werden das Vertrauen in den

(Christopher Vogt)

Rechtsstaat nur wieder stärken können, wenn Ermittlungen und Gerichtsverfahren in einem angemessenen Zeitrahmen durchgeführt werden können und die Polizei in der Lage ist, die vielen Großeinsätze zu bewältigen und die Präsenz in der Fläche sicherzustellen.

(Beifall FDP)

Der Rechtsstaat darf sich gerade in diesen bewegten Zeiten nicht zurückziehen. Das gilt auch für das Aufenthaltsrecht, wo es sich die SPD besonders leichtmacht. Ich will auch mit Blick auf das Thema Abschiebung sagen: Es ist unglaublich, dass auf der einen Seite viele Menschen, die sich der Abschiebung immer wieder entziehen, nicht abgeschoben werden können - das kriegt der Staat oft nicht hin - und auf der anderen Seite gut integrierte Familien von der Abschiebung bedroht sind. Das darf nicht weiter so sein. Der Bund muss ein modernes Zuwanderungsgesetz mit einem vernünftigen Punktesystem und einem Spurwechsel schaffen. Auch das wird eine Aufgabe für die nächste Bundesregierung sein. Das ist auch wichtig für Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In anderen Bereichen haben vorübergehend mehr Stellen vor allem mit Blick auf die Altersabgänge in der Babyboomer-Generation Sinn gemacht, aber in der Verwaltung werden wir hier durch weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung mittel- bis langfristig wieder zurückhaltender bei den Stellen sein müssen.

Die FDP-Fraktion setzt sich bekanntermaßen sehr dafür ein, dass das Land dauerhaft deutlich mehr investiert als in der Vergangenheit. Wir haben die Investitionen deshalb auch mit dem Coronapaket entsprechend abgesichert. Daran gab es teils heftige Kritik. Alles andere wäre in meinen Augen aber fatal gewesen. Es wäre völlig falsch, in Krisenzeiten wieder zulasten der Investitionen zu sparen, wie es in der Vergangenheit passiert ist. Das hat unser Land zurückgeworfen. Ich bin froh - das sage ich an dieser Stelle auch in Richtung SPD und SSW -, dass wir an dieser Stelle in der Krise an einem Strang gezogen haben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Im Jahr 2022 werden wir über 1,5 Milliarden € investieren. Das entspricht einer Investitionsquote von 10,8 %. Diese Investitionen sind - auch wenn manchmal so getan wird - kein Fetisch der FDP. Sie sichern schlichtweg die Zukunftsfähigkeit unseres

Bundeslandes. Sie schaffen einen Mehrwert für unsere Gesellschaft. Von dieser Infrastruktur profitieren letztlich alle Bürgerinnen und Bürger.

Das Landesstraßennetz wird seit Jahren konsequent erneuert, und das bleibt eine Mammutaufgabe. Der Verkehrsminister hat gerade gestern sehr eindringlich darauf hingewiesen. Die jahrzehntelange Vernachlässigung des Straßennetzes kommt uns sehr teuer zu stehen. Wer seine Infrastruktur nicht pflegt, zahlt doppelt. Das merken wir jetzt schmerzlich. Daran müssen wir arbeiten.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unser Straßennetz übrigens auch in der Zukunft brauchen. Manch einer hält das für nicht so wichtig. Der Großteil der Menschen lebt jedoch im ländlichen Raum und wird weiterhin Autos und Busse für den Alltag gebrauchen, auch wenn deren Antriebe hoffentlich bald klimafreundlicher werden. Auch bei Fahrradwegen in Stadt und Land gibt es viel zu tun. Für den ÖPNV mussten wir einen Rettungsschirm spannen, damit er in der Struktur überhaupt erhalten bleibt. Auch bei der Schiene müssen wir viel tun - leider auch als Land. Bei der Marschbahn machen wir wieder einmal den Job des Bundes. Ich bin besonders enttäuscht, dass der Bund bei der Elektrifizierung von Bahnstrecken noch immer nicht vorankommt. Da sind die Zeichen der Zeit nicht erkannt worden.

(Beifall FDP und SSW)

Die Digitalisierung der Verwaltung, der Schulen und der Hochschulen wird noch mehr Engagement von Bund, Ländern und Kommunen erfordern. Auch beim Breitbandausbau werden wir weiterhin mit Steuergeld beschleunigen müssen, um unsere im bundesweiten Vergleich gute Position halten und weiter ausbauen zu können. Ein Glasfaseranschluss ist längst notwendig, um zum Beispiel vernünftig arbeiten zu können - auch von zu Hause aus. Wir kümmern uns jetzt nicht mehr nur um weiße Flecken, sondern auch um graue Flecken. Auch hier ist notwendig, dass wir die Programme des Bundes mit Landesmitteln ergänzen.

Auch wenn viele Menschen erst einmal froh sind, nach der langen Zeit zu Hause wieder ins Büro fahren zu können - ich kenne das -, werden das Homeoffice und das flexible Arbeiten für unser Flächenland ganz neue Perspektiven bringen. Da bin ich mir ziemlich sicher. Viele Menschen, die früher woanders hinziehen mussten, können in Schleswig-Holstein leben und arbeiten, auch wenn das Büro woanders ist.

(Christopher Vogt)

Bei den Krankenhäusern, bei der energetischen Sanierung der Landesliegenschaften, wo der Staat beim Klimaschutz endlich die Vorbildfunktion, die in Schleswig-Holstein gesetzlich geregelt ist, erfüllen muss, und beim Katastrophenschutz haben wir ebenso hohe Bedarfe. Das wurde schon angesprochen.

Deshalb bleiben wir auch bei unserem Vorschlag, die Schuldenbremse in der Landesverfassung um ein Investitionsgebot von mindestens 10 % sinnvoll zu ergänzen.

(Beifall FDP)

Frau Raudies, da hat ein Umdenken stattgefunden. In der letzten Wahlperiode haben uns alle erklärt, dass wir bei einer Investitionsquote von 10 % irgendwie verrückt seien. Wir haben gezeigt, dass das Niveau möglich und auch notwendig ist. Ginge es bei der diskutierten Aufweichung der Schuldenbremse tatsächlich nur um Investitionen, hätte man unserem Vorschlag übrigens längst zustimmen können. Das macht nicht so richtig Sinn.

Wir bekennen uns zur Schuldenbremse. Wer bei Steuern und Abgaben mittlerweile Weltmeister ist, sollte in normalen Zeiten nicht auf Kosten zukünftiger Generationen wirtschaften müssen - gerade in einer älter werdenden Gesellschaft, Frau Midyatli. Ich kann auch nicht erkennen, dass es dem Land Schleswig-Holstein an Schulden mangelt. Das ist aus meiner Sicht eine Fehleinschätzung.

Zur Zinswende: Es wird oft gesagt, wir haben doch null Zinsen, es gibt auch Minuszinsen, das ist doch super, wir können doch viel investieren. Die Zinswende zeichnet sich mit Blick auf die US-Notenbank und die Aussagen von Professor Felbermayr doch längst ab. Man muss innerhalb des Haushalts Schwerpunkte setzen. Es ist noch gar nicht so lange her, dass das Land allein zur Bedienung der Zinszahlungen Jahr für Jahr weitere Schulden von über 1 Milliarde € aufnehmen musste. Darunter leiden wir bis heute genauso wie unter dem Desaster bei der HSH Nordbank. Das hat mit sozialer Politik nichts zu tun, das hat vor allem mit generationengerechter Politik nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Die roten Zahlen dieses Haushalts sind natürlich nicht unser Anspruch, sondern sind krisenbedingt. Der Haushalt ist auf Kante genäht, aber ich hoffe, dass die nächsten Steuerschätzungen gute Nachrichten bringen werden. Dass das Institut für Weltwirtschaft seine Wachstumsprognose für dieses Jahr

für Deutschland nach unten korrigieren wird, bremst jedoch unsere Hoffnungen. Das macht noch einmal deutlich, dass wir nicht nur im Bund, sondern auch im Land alles befördern müssen, was das Wirtschaftswachstum beschleunigt, und möglichst alles unterlassen müssen, was dem Wirtschaftswachstum schadet. Mehr staatliche Investitionen sind deshalb auch ein Signal an unsere Wirtschaft, ebenfalls kräftig zu investieren, denn 90 % der Investitionen in unserem Land kommen nicht vom Staat, sondern von der privaten Hand. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Frau Midyatli, das ist die linke Folklore jetzt im Bundestagswahlkampf. Immer mehr Steuern sind natürlich Gift für unseren Aufschwung. Es ist eine Sabotage des Aufschwungs und des Mittelstands, der investieren müsste, diesem mit höheren Steuern zu drohen. Dass die SPD dies nicht einsieht, macht mich schon betroffen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wir freuen uns über zusätzliche Ansiedlungsprojekte und Erweiterungsprojekte im Mittelstand. Wir freuen uns darüber, dass wir bei den Unternehmungsgründungen mittlerweile auf Platz drei sind. Wir liegen hinter Berlin und Hamburg und übrigens vor Bayern oder Baden-Württemberg. Wer hätte das noch vor einigen Jahren gedacht?

Meine Damen und Herren, ja, Bildung fängt schon vor der Grundschule an. Während die Sozialdemokraten uns die höchsten Elternbeiträge hinterlassen haben, aber die sofortige Beitragsfreiheit bei den Kitas fordern, ohne Finanzierungsvorschläge zu liefern, haben wir uns bei der Beitragsfreiheit längst auf den Weg gemacht und die Elternbeiträge gedeckelt. Bei den Krippen haben wir gerade noch einmal nachgelegt, Frau Midyatli.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir verbessern aber auch weiter die Qualität und unterstützen die Kommunen, denn auch diese müssen handlungsfähig sein und investieren können. Kitas sind im Haushalt der Schwerpunkt dieser Wahlperiode.

Wir sollten die Familien aber auch an anderen Stellen entlasten, zum Beispiel bei der Grunderwerbsteuer, wo der Immobilienboom die Einnahmen des Landes an dieser Stelle quasi hat explodieren lassen. Das ist eine wichtige Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Vermögensbildung durch die eige-

(Christopher Vogt)

nen vier Wände ist schließlich ein zunehmend wichtiger Faktor für die Altersvorsorge der jungen Generationen. Wir wollen ein Volk von Eigentümern schaffen, wie das anderswo in Europa längst der Fall ist.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, hier wollen wir eine Lösung finden. Ich begrüße an dieser Stelle übrigens den Sinneswandel der SPD. Besser spät als nie. Wir werden daran arbeiten. Wir sind übrigens auch Befürworter des Einfamilienhauses, von dem jedes neue den Wohnungsmarkt deutlich entlastet. Wir brauchen aber natürlich auch mehr Mehrfamilienhäuser und seniorengerechtes Wohnen. Frau Midyatli, dass Sie aber nicht erkannt haben, dass in Schleswig-Holstein derzeit so viel gebaut wird wie nie und dass es so viele Baugenehmigungen gibt wie noch nie, das macht mich schon ein bisschen traurig. Das hätte man durchaus erkennen können.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen auch die Infrastrukturprojekte des Bundes wie die A 20, die Fehmarnbelt-Querung oder auch den Nord-Ostsee-Kanal inklusive der Brücken. Diese Projekte müssen nach der Bundestagswahl weiter vorangetrieben werden, aber bitte mit einem beschleunigten Planungsrecht und ohne einen Bundesverkehrsminister aus Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich stelle fest, das sehen nicht alle so, aber mit diesem Verhinderungsrecht und mit diesem Provinzialismus werden wir nicht weiterkommen.

Abschließend will ich sagen: Es wird noch einmal Diskussionen über das Thema Windenergie geben. Darauf setzen ja viele auch wirtschaftliche Hoffnungen. Der Windenergieausbau wird jetzt vorangehen. Ich sage aber auch: Anders als Frau Midyatli gehe ich davon aus, dass das alles rechtssicher ist. Insofern will ich einmal sagen: Das wird natürlich auch Wirtschaftsaufschwung in Schleswig-Holstein bringen. Ich bin aber auch der Meinung: Es macht keinen Sinn, jetzt schon wieder über neue Windflächen zu sprechen. Lasst uns erst einmal das vernünftig voranbringen, denn wir müssen auch die 1.000 m Abstand, die wir vorgeschlagen und umgesetzt haben, beachten. Dieser Abstand ist wichtig für die Akzeptanz der Anwohner. Das war notwendig, und ich bin dagegen, dass man jetzt schon wie-

der von neuen Flächen an Land spricht, während man das andere noch nicht hinbekommen hat.

Es ist notwendig, dass wir den Strom, der ja von den Verbrauchern bezahlt wird, nutzen und in den Süden leiten können. Das ist überfällig. Ansonsten geht die Akzeptanz in die Büx. Auch daran müssen wir arbeiten.

(Beifall FDP)

Bleiben wir optimistisch. Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat deren Sprecher, der Abgeordnete Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Reese-Cloosters, ich möchte mich natürlich auch im Namen des SSW bei Ihnen herzlich für die tolle Zusammenarbeit bedanken, die wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hatten. Ich möchte zumindest eines sagen, was mir ganz wichtig ist. Sie haben das immer toll verkörpert: Egal man ob man in der Opposition oder in der Regierung war, der Service war immer gleich und immer gleich gut. Das finde ich absolut hervorragend, und dafür möchte ich mich noch einmal ganz herzlich bedanken, auch dafür, dass Sie uns allen immer so gut geholfen haben. Vielen Dank und viel Spaß in der Pensionszeit!

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Entwurf für den Landeshaushalt 2022 liegt vor. Es ist der zweite Haushalt unter schweren Coronabedingungen. Nach mehr als eineinhalb Jahren Pandemie war absehbar, dass sich die ohnehin angespannte Haushaltslage immer deutlicher bemerkbar machen würde. Um es also gleich vorweg festzuhalten: Ja, die Suppe wird dünner, und wir werden uns darauf einstellen müssen, dass die tiefen finanziellen Einschnitte nun nicht nur auf dem Papier da sind, sondern sich schon bald auch konkret auswirken werden.

Zunächst möchte ich ein paar Bemerkungen zur allgemeinen Haushaltslage machen. Was haben wir über die letzten eineinhalb Jahre erlebt, was man sich wohl niemals hätte vorstellen können? Mehrere

(Lars Harms)

Lockdown-Intervalle, Schulschließungen, striktes Arbeiten von zu Hause aus oder faktische Berufsverbote, „wir bleiben zu Hause“ als gelebte Solidarität, vollkommen überlastete Krankenhäuser und viel zu viele tragische Schicksale. Die Lage war ernst und hart für alle, und die Folgen werden uns leider noch lange weiter beschäftigen. Entsprechend herausfordernd wird das kommende Haushaltsjahr sein, aber auch die Jahre danach werden es sein.

Die Coronapandemie hat unser Land in eine Notsituation gestürzt, in der uns keine andere Wahl geblieben ist, als neue Schulden aufzunehmen und mit diesen zumindest die größten Härten in den kommenden Jahren abzumildern, um so für die Menschen die grundlegende Daseinsvorsorge aufrecht erhalten zu können.

Die letzte Steuerschätzung aus dem Mai dieses Jahres überraschte noch positiv, indem sie leichte Einnahmeverbesserungen voraussagte. Unsere Wirtschaft scheint sich also langsam zu erholen, was uns vorsichtig optimistisch stimmen mag. Aber gleichzeitig bleiben die Ausgaben eben auch sehr hoch, die Versorgungsausgaben steigen, und wir stehen immer noch vor einem coronabedingten gewaltigen Haushaltsloch, das wir angehen müssen.

Was das in konkreten Zahlen ausmacht, hat der Landesrechnungshof kürzlich als Übersicht vorgelegt. Fehlten im Landeshaushalt bislang immerhin schon durchschnittlich 380 Millionen € pro Jahr, so erhöht sich die Deckungslücke aufgrund der coronabedingten Mehrausgaben künftig auf durchschnittlich 422 Millionen €. Für den Schuldenstand des Kernhaushaltes von Schleswig-Holstein bedeutete dies einen vorläufigen Anstieg im ersten Coronajahr 2020 auf insgesamt jetzt 34,8 Milliarden €. Im Jahr 2019 lag dieser Wert noch bei 28,7 Milliarden €. Die Differenz aus 6,1 Milliarden € ergibt sich aus der Nettokreditaufnahme aus dem vergangenen Jahr. 5,5 Milliarden € davon machen den sogenannten Corona-Notkredit aus, den wir gemeinsam - Jamaika, SPD und SSW - aus Verantwortung für das Land auf den Weg gebracht haben.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Diesen halte ich nach wie vor für richtig, konstruktiv erarbeitet und insgesamt auch gut begründet.

Ich habe es in den letzten Haushaltsberatungen bereits gesagt und bleibe bei dieser Linie: Als wir den interfraktionellen Antrag für den Notkredit formuliert haben, haben wir im Vornherein festgelegt, wofür die Mittel verwendet werden sollen.

Dabei ging es nicht um Lieblingsprojekte der verschiedenen Parteien, sondern um Notwendigkeiten inmitten einer Notlage. Wir mussten als Land schnell und umfassend auf die Pandemie und die daraus entstandene Krise reagieren und gleichzeitig dringend notwendige Investitions- und Modernisierungsvorhaben finanziell absichern. Es ging um die Daseinsvorsorge vor Ort, das Gesundheitswesen, den ÖPNV, Härtefallfonds, den Sportbereich, die Kulturszene, Hilfen für unsere Betriebe, den Digitalisierungsausbau, und, und, und.

Selbstverständlich müssen all diese Gelder und ihre Notwendigkeit nachprüfbar gerechtfertigt werden. In den letzten anderthalb Jahren haben wir ja auch diverse Unterrichtungen und Aufschlüsselungstabellen allein im Finanzausschuss erhalten und geprüft.

Auch unsere landeseigene Investitionsbank, die extra eine neue Coronaabteilung eingerichtet hat, hat mit der Verwaltung, Auszahlung und Nachprüfung der diversen Hilfsprogramme alle Hände voll zu tun. Dafür danke ich der IB.SH an dieser Stelle ganz herzlich; denn die Leute dort werden oft vergessen. Die machen nämlich tolle Arbeit bei der IB.SH.

(Beifall SSW)

Meine Damen und Herren, der Notkredit ist also mitnichten eine „Schatztruhe“ zur Finanzierung von Luxusprojekten, sondern sichert das Überleben unseres Landes und verhindert, dass wir andernfalls in ein paar Jahren vor einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wüste stünden. In diesem Kontext halte ich diese 5,5 Milliarden € nach wie vor für gerechtfertigt. Mit dieser Absicherung im Rücken konnte dann also der Haushalt des laufenden Jahres geplant und beschlossen werden. Und nun eben auch der Haushalt für das kommende Jahr, in dem wir weiterhin von Krediten werden zehren müssen. Damit sind wir nun beim konkreten Haushaltsentwurf 2022, dem letzten Jamaika-Haushalt in dieser Legislaturperiode.

Insgesamt bewährt sich hier einmal mehr, dass wir damals als Küstenkoalition das Sondervermögen IMPULS gebildet haben. Zum anderen helfen auch weiterhin die milliarden schweren Corona-Notkredite aus. Diese beiden Finanzposten sichern der Jamaika-Koalition die Handlungs- und Investitionsfähigkeit. So ehrlich sollten wir schon sein.

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl an diesem Sonntag sowie unserer Landtagswahl im kommenden Mai kann es dennoch kaum überraschen, wie die Pressemitteilungen aus den verschie-

(Lars Harms)

denen politischen Lagern diesen Haushalt einordnen und bewerten wollen. „Investitions-Koalition“ und „Jamaika-Schwerpunkte“ versus „Keine Antworten auf Zukunftsfragen“.

Man kann aber schon sehen, dass sich Jamaika nicht mehr auf große Projekte einigen kann. Der Haushalt 2022 sieht ein bisschen aus wie der Haushalt 2021. Der SSW geht an dieser Stelle pragmatisch an den Haushalt heran. So haben wir Lichtblicke, aber auch schon Verbesserungspotenziale festgestellt, die wir in den konkreten Haushaltsberatungen im Finanzausschuss noch einmal vortragen werden.

Ich picke mir mal ein paar Punkte heraus: So begrüßen wir beispielsweise ausdrücklich die geplanten zusätzlichen Stellen bei der Polizei, der Steuerverwaltung und der Justiz. Hier ist jeder Euro gut angelegt. Das sichert die Arbeitsfähigkeit unseres Staates.

(Beifall SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die Erhöhung der Gelder für die Friesenstiftung freut mich natürlich sehr, nachdem wir diese ja noch zu Küstenkoalitionszeiten konzipiert und Gelder angespart hatten. Nun also die Umsetzung erleben. Das finden wir richtig gut.

(Beifall SSW)

Neben den engagierten Ehrenamtlern kann mit diesen Mitteln nun auch festes Personal für die friesische Arbeit eingestellt werden, wodurch die Arbeit noch mehr verstetigt und professionalisiert werden kann. Das ist in schweren Zeiten eine echte Erfolgsmeldung.

Auf eine solche müssen andere hingegen weiterhin warten. So werden die Projektverantwortlichen an der Fachhochschule Heide im Hinblick auf die geplante E-Sports-Akademie seit Jahren vertröstet und hingehalten. Am Ende standen sie bislang immer wieder mit einem umfassend erarbeiteten Konzept und motiviertem Lehrpersonal und Studieninteressierten, aber ohne Fördergelder da, ohne die die erstmalige Einrichtung eben nicht erfolgen kann.

(Zuruf: Das war doch dick angekündigt!)

In diesem Jahr wird es wohl wieder einen Anlauf geben. Ob es dann aber endlich zu etwas Greifbarem kommt, steht immer noch in den Sternen; denn im Haushaltsentwurf findet sich dazu weiterhin nichts.

Der SSW wird hier dranbleiben, denn der E-Sport ist nicht nur ein Trend, der in kürzester Zeit richtig schnell gewachsen ist, sondern hat auch das Potenzial, ein Aushängeschild für das Land zu werden, womöglich sogar auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein entsprechendes Konzept, wie die Akademie an die FH angebunden und mit entsprechenden Wirtschaftsstudienfächern zukünftig verknüpft werden könnte, liegt bereits in der Schublade. Wir müssen also nur noch die Gelder bereitstellen.

(Beifall SSW)

Die Bereitstellung von Geldern funktioniert laut Regierungskoalition ja immerhin in Hinblick auf die auserkorenen Jamaika-Schwerpunkte, die erneut von den Themenblöcken Infrastrukturausbau, Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung gebildet werden. Bereits im letzten Jahr hatten sich diese als durchaus hehre Ziele herausgebildet. Wir haben aber auch darauf hingewiesen, dass es auf die konkrete Umsetzung ankommen wird, denn die finanziellen Möglichkeiten sind nun einmal sehr eng, so dass die ideologischen Risse innerhalb der Jamaika-Koalition nicht mehr mit Geld zugeschüttet werden können. Schauen wir uns also die vorläufigen Planungen dazu an.

Die Investitionsgelder für den Sanierungsstau in der Infrastruktur kommen zum Großteil aus den IMPULS-Mitteln. Diese sind zum einen vorausschauend noch in der Küstenkoalition angespart worden - damals wurden sie von der damaligen Opposition kritisiert -, und zum anderen sind sie gerade erst mit Corona-Notkreditmitteln abgesichert worden. Sprich: Es ist richtig und notwendig, dass für diesen Schwerpunkt weiterhin Gelder in die Hand genommen werden.

Das ist auch kein alleiniger Jamaika-Verdienst, meine Damen und Herren, sondern die Regierungskoalition profitiert hier ganz offensichtlich von der Vorgängerregierung und auch von der Unterstützung der Opposition. Hier sind wir also sehr einig. Wenn der Kollege Vogt hier auch von der Investitionsquote spricht, dann ist es nur gerecht, auch zu sagen, dass die Investitionsquote nicht nur etwas mit Jamaika zu tun hat, sondern auch mit SPD und SSW, weil wir dieser auch zugestimmt haben.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, nichtsdestotrotz bleiben Investitionen in diesem Bereich natürlich richtig. Unsere Straßen sind marode. Der Radwegeausbau muss endlich vorankommen. Auch das Schienennetz steht seit Jahren auf einem vordringlichen Platz der To-do-Liste.

(Lars Harms)

Was ich hierunter ebenfalls zähle, ist das große Stichwort Krankenhausfinanzierung. Die Coronapandemie hat uns nur allzu sehr verdeutlicht, wie wichtig und richtig es ist, hier eine auskömmliche und gut gesteuerte Finanzierung zu gewährleisten.

Tatsache ist: Wir geben in diesem Bereich bereits sehr viel Geld aus, und viel mehr kann der Landeshaushalt eigentlich auch nicht mehr alleine leisten. Hier ist auch weiterhin der Bund in der Pflicht. Es gilt, die Lehren aus der Coronapandemie zu ziehen und an den entsprechenden Stellschrauben zu drehen, um unser Gesundheitssystem noch besser, krisentauglicher und finanztechnisch gerechter zu machen.

In Bezug auf den Basisfallwert muss also sichergestellt werden, dass alle von dem höchstmöglichen Niveau profitieren und unsere Krankenhäuser die gleichen finanziellen Bedingungen vorfinden wie Krankenhäuser in anderen Bundesländern. Auch das ist eine Aufgabe, die wir alle hier im Haus haben, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass dann, wenn der kommende Sonntag überstanden sein wird - egal, wer dann regieren wird - gerade auch im Krankenhausbereich endlich mal Gerechtigkeit obsiegt, damit unsere Krankenhäuser genauso gefördert werden wie die Krankenhäuser im Rest der Republik auch.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur Mittelmaß wäre auch in puncto Natur- und Klimaschutz nicht ausreichend. Wir brauchen mutige Investitionsprogramme, die jedoch sozialverträglich sein müssen und die die wirklich besten und nachhaltigsten Maßnahmen und Technologien fördern.

Als konkrete Maßnahmen, die für Schleswig-Holstein und unsere schöne Landschaft einen echten Mehrwert haben, sind hier natürlich der Küstenschutz und der Katastrophenschutz zu nennen. Auch die Wasserstoffstrategie ist als Stichwort vielversprechend und ihre Förderung wert. Das Gesamtpaket nehmen wir dann im Rahmen der Beratungen nochmals genauer unter die Lupe, um hier und da vielleicht noch kleinere Verbesserungen einzubauen.

Bildung und Digitalisierung sind ebenfalls Stichworte, bei denen Corona als Brennglas fungierte und uns offensichtliche Versäumnisse aufgezeigt hat, die wir dringlich angehen und ausräumen müssen. Auch hier kommt es auf die konkrete Umsetzung an. Es wurden Reformen angestoßen, Gesetze verabschiedet und Gelder auf Bundes- wie Landesebene bereitgestellt. All dies ist löblich. Es kann

aber nicht angehen, dass Gelder für digitale Endgeräte zur Verfügung stehen, die dann doch nicht abgerufen werden, um nur ein Beispiel aus unserer regionalen Berichterstattung zu nennen.

Auch ein über 100 Seiten starkes Digitalisierungsgesetz muss erst einmal in der Alltagspraxis ankommen. In puncto Digitalisierung haben wir ja gesamtgesellschaftlich noch ordentlich Nachholbedarf. An dieser Stelle darf natürlich von SSW-Seite nicht der Verweis auf unsere dänischen Freunde nördlich der Grenze fehlen.

So staunten unsere Grenznachbarn ungläubig darüber, dass wir tatsächlich noch Faxgeräte für die Kommunikation mit unseren Gesundheitsämtern nutzen. Sie haben gedacht, das sei irgendwie wie von einem anderen Planeten oder es sei eine Serie auf „ZDFinfo“, wie man das früher, vor 30 Jahren, gemacht hat. Dass das wirklich echte Realität hier in Deutschland ist, hat man in Dänemark nur mit Kopfschütteln hingenommen. Wenn man sich anschaut, wie es dort läuft - man kann auf dem Portal borger.dk alles beantragen, alles bestellen, alles übermitteln, sowohl vom Bürger an den Staat als auch vom Staat an den Bürger -, dann stellen wir fest, wir haben hier echt noch viel zu tun, meine Damen und Herren.

Eine große Bildungs- wie auch Digitalisierungsoffensive ist also dringend angezeigt, und zwar nicht nur für jetzt, um die aktuelle Krise zu bewältigen, sondern deutlich längerfristiger, um auch die Nachwehen von Corona abzumildern und bestenfalls gar nicht erst großflächig entstehen zu lassen. Ich denke hier an die Lernrückstände, die sich gerade jetzt durch die Schulschließungen und den Wechselunterricht ergeben haben, aber beispielsweise auch an psychische Langzeitfolgen, chronische Erkrankungen und Burnouts, die aus der jetzigen Situation heraus resultieren. Hier müssen wir achtsam sein, möglichst vorbeugend agieren, aber auch Vorsorge treffen. Da wird noch einiges auf uns zukommen.

Vorsorge ist im Übrigen auch ein gutes Stichwort im Hinblick auf den jetzt schon bestehenden Lehrkräftemangel und auf die Ganztagsschulquote. Die hier veranschlagten Stellen beziehungsweise Gelder werden mit Sicherheit kaum ausreichend sein, um unser Land zukunftsorientiert aufzustellen. Insgesamt bleibt die Coronakrise der bestimmende Faktor für die Landesfinanzen - nicht nur für die nächsten Jahre, sondern für die nächsten Jahrzehnte. Bei aller Argumentationsleidenschaft für den Notkredit und die Mehrausgaben in quasi sämtlichen Bereichen sage ich: Die Kombination aus milliarden-schweren Einnahmeausfällen, die wir haben, bei

(Lars Harms)

gleichzeitig ebenfalls milliardenschweren Mehrausgaben kann kein Land auf Dauer eine lange Strecke durchhalten. Für Schleswig-Holstein gilt deshalb: Schon ab dem Jahr 2024 werden wir planmäßig die ersten Kreditschulden tilgen müssen. Aber Corona und die Folgen der Pandemie werden sich nicht an einen solchen Zeitplan halten, sondern da wird noch etwas auf uns zukommen, was die Haushaltspielräume enger machen wird.

Spätestens ab dem Zeitpunkt - 2024 -, ab dem wir anfangen, die Kredite zurückzuzahlen, werden wir die Einschnitte konkret spüren. Dann werden wir reale Ausgabenkürzungen vornehmen müssen, dann wird Corona erst richtig durchschlagen - wenn man so formulieren möchte. Gleichzeitig werden wir bis dahin weiterhin gigantische Programme zur Krisenbewältigung brauchen. Hier ist dann auch der Bund in der Pflicht.

Wir haben das unsrige getan. Wir wissen, dass wir in den laufenden Haushalten Schwierigkeiten bekommen werden. Wir haben die Investitionen, die wir mit IMPULS absichern wollten, mit 2,5 Milliarden € aus den Notkrediten gegenfinanziert, sodass das läuft. Das ist wirklich ein ganz wichtiger Schritt. Nochmals: Wir demokratische Fraktionen sind uns darüber alle einig. Das finde ich sehr gut, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW)

Insgesamt stehen die Weichen für die künftigen Haushalte jedoch auf Haushaltskonsolidierung und Ausgabendisziplin - so ehrlich muss man sein. Nur so werden wir den Pfad eines soliden, generationengerechten und zukunftsorientierten Haushalts weiter gehen können.

In der letzten Sitzung der AG Haushaltsprüfung haben wir uns daher darauf verständigt, dazu ein entsprechendes Fachgespräch mit externen Experten zu führen. Ich glaube, dass das genau der richtige Weg ist. Es ist wichtig, dass wir uns in den großen Fragen, was den Haushalt angeht, auch in den demokratischen Parteien weiterhin einig bleiben, damit wir dieses Land auch in den schweren Zeiten, die möglicherweise jetzt noch kommen, gemeinsam vernünftig steuern können. Dafür bieten wir als SSW die Zusammenarbeit an, egal, ob wir in der Opposition sind oder beim nächsten Mal wieder in der Regierung. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat das Wort der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Heinold! Vor knapp einem Jahr haben Sie den Haushalt für dieses Jahr vorgestellt - mit einer Notkreditermächtigung in Milliardenhöhe, nur scheinbar gerechtfertigt durch die Feststellung einer pandemischen Notlage. In der aktuellen Ausgabe des Magazins „Der Steuerzahler“ geht der Bund der Steuerzahler davon aus, dass die Landesregierung und der Landtag - gemeint ist die überwiegende Mehrheit von Jamaika und der Scheinopposition von SPD und SSW - mit dem letzten Landeshaushalt bewusst gegen die Landesverfassung verstoßen haben. Das Motto „Wo kein Kläger, da kein Richter“, so wird ganz offen unterstellt, hätten Sie einkalkuliert. Dieser Schluss liegt auch nahe.

Sie, meine Damen und Herren, haben die Coronasituation für diesen milliardenschweren Notkredit missbraucht, um sich finanzpolitischen Spielraum über Jahre zu schaffen. Sie haben damit begonnen, diese Mittel zum Teil zweck- und verfassungswidrig zu verwenden. Wir haben es im Finanzausschuss diskutiert. Batterieforschung oder Klimawandelforschung haben nichts, aber rein gar nichts mit Corona zu tun. Nun versuchen Sie seit Monaten, diesen Skandal totzuschweigen. Aber mehr als ein selbstgefälliges Grinsen im Ausschuss oder ein paar Plattitüden sind aus Ihrer Runde nicht zu vernehmen, obwohl es doch hier um einen gravierenden und durch das Gutachten von Professor Becker von der Christian-Albrechts-Universität in Kiel schlüssig begründeten Vorwurf geht.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein auf diesem verfassungswidrigen Notkredit aufbauender Wahlkampfhaushalt. Die Neuverschuldung, ohne die Effekte aus der Abwicklung der HSH Nordbank, sieht daher mit 67,4 Millionen € angesichts der Herausforderungen unserer Zeit nur vordergründig erträglich aus. Tatsächlich wurde die Kreditaufnahme einfach nur vorgezogen. Außerdem sollen fast 900 Millionen € Rücklagen aufgelöst werden. Kurzum: Dieser Haushalt ist eine Mogelpackung.

Natürlich haben Sie - soeben auch wieder - viele salbungsvolle Worte gefunden, warum das alles genau so notwendig ist. Sie sagen „Zukunftsfähigkeit“ und meinen „Wahlkampfgeschenke für die schwarz-grün-gelbe Klientel“. Sie treiben die vermeintliche Energiewende voran, von der vor allem diejenigen profitieren, die sich derartige Investitionen leisten können, die es sich leisten können, in

(Jörg Nobis)

sogenannte Bürgerenergieparks zu investieren, die es sich leisten können, Fotovoltaikanlagen oder Solarthermieanlagen auf den Dächern ihrer Eigenheimen zu installieren.

Damit noch nicht genug. Wer von den Subventionsgeschenken und den planwirtschaftlichen Garantien des EEG noch nicht überzeugt ist, für den legen Sie dann noch einen Wettbewerb „Solarenergieausbau“ auf, für den Sie 300.000 € bereitstellen und den Sie genauso kurz wie verräterisch ehrlich erläutern, ich zitiere:

„Derzeit entwickeln sich Ph-Dachflächen- und Solarthermieanlagen in Schleswig-Holstein allerdings nicht sehr dynamisch. Ziel der Maßnahme ist daher die Beschleunigung des Solarenergieausbaus. Dazu soll ein Wettbewerb mit attraktiven und motivierenden Preisgeldern durchgeführt werden.“

Steuergelder ausgeben, um Bürger zu motivieren, Subventionen anzunehmen. Meine Damen und Herren, dem Irrenhaus Energiewende ist soeben ein teurer Anbau hinzugefügt worden.

(Beifall AfD)

Sie subventionieren eine Technik, die ohne diese Zuwendungen und ohne Abnahmegarantien und Einspeisevorrang noch immer nicht wettbewerbsfähig wäre. Die Zeche zahlt zuerst der Steuerzahler - wie wir hören - und dann der Stromkunde. Das sind auch all diejenigen Menschen, die jetzt schon kaum wissen, wie sie die immer weiter steigenden Energiepreise und Energiekosten zahlen, wie sie die Heizkosten für den kommenden Winter stemmen sollen. Die Energiewende ist nicht nur gescheitert, sie ist in ihren Auswirkungen auch völlig unsozial. Das ist die pervertierte Version eines Robin Hood. Sie nehmen von den Armen und geben den Wohlhabenden.

Natürlich ist die Energiewende nicht Ihr einziges ebenso teures wie falsches politisches Hobby. Nach wie vor gehen Millionenbeträge für Ihre verfehlte Flüchtlings- und Migrationspolitik drauf. Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für die Koordinierung von Integration und Teilhabe für über 2 Millionen € Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten: 1,5 Millionen € die aufgrund Corona sogar noch zweckentfremdet werden dürfen, um die Existenz der Empfänger zu sichern. Dabei ist die Existenz doch bereits durch die verpflichtenden Leistungen auf der Grundlage bundesgesetzlicher Regelungen gesichert, Frau Heindl.

Immerhin läuft endlich diese unsägliche Einbürgerungskampagne aus, für die aktuell noch Millionen ausgegeben werden. Das ist immerhin etwas.

Während nach wie vor die fiskalischen Folgen des Massenansturms von 2015 und 2016 deutlich im Landeshaushalt ablesbar sind, bereiten zumindest Teile dieser Koalition gedanklich schon die nächste Welle vor. Ihnen kann es gar nicht schnell genug gehen, die nächsten Migranten ins Land zu holen: Ortskräfte, am liebsten direkt per Luft- oder Seebrücke aus Afghanistan oder eben aus Nordafrika wie Libyen.

(Martin Habersaat [SPD]: Was wollen Sie denn mit denen machen?)

- Regen Sie sich nicht auf, Herr Habersaat, das müssen Sie nicht heute machen! Dazu kommt noch unser entsprechender Antrag am Freitag; da reden wir dann noch über die Beihilfe zur organisierten Schlepperei im Mittelmeer.

Diesem Haushalt jedenfalls werden wir schon wegen der verfassungswidrigen Bestandteile aufgrund der Notkreditermächtigung nicht zustimmen können. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Jörg Nobis [AfD]:

Nein.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Alles klar.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von meiner Seite den wichtigsten Dank zuerst: Frau Reese-Cloosters, herzlichen Dank auch von meiner Seite als Parlamentsneuling. Im Finanzausschuss haben wir immer sehr gut zusammengearbeitet. Das eine oder andere war nicht ganz einfach, aber Sie haben immer eine gute Lösung und ruhige Art gehabt. Das war richtig gut. Deswegen

(Ole-Christopher Plambeck)

an dieser Stelle auch von mir noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vielen Dank auch an die Landesregierung, insbesondere Ihnen, Frau Ministerin Heinold, für diesen Haushaltsentwurf in tatsächlich ganz besonderen Zeiten. Wir haben einen Haushalt, der aufgrund der Coronapandemie große Herausforderungen bewältigen muss. Aber wir haben vor allem einen Haushalt, der trotz dieser Herausforderungen dieses Land gut in die Zukunft führen wird. Denn anders als die SPD haben wir Ideen, wie unser Land von morgen aussehen soll; das hat die Rede von Frau Midyatli eindrücklich gezeigt, die viel mehr Fragen als Antworten hatte. Ich bin davon überzeugt, dass gerade Jamaika gemeinsam mit diesem Haushalt das Beste für unser Land erreichen wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bin ebenso davon überzeugt, dass Artikel 61 unserer Landesverfassung genau richtig ist, nämlich die Schuldenbremse. Sie hat in den letzten Jahren unter anderem für Haushaltsdisziplin gesorgt und dafür, dass wir gut durch die Krise kommen. Sie hat uns nämlich nach Absatz 3 auch die Möglichkeit gegeben, angemessen mit Notkrediten auf diese Krise zu reagieren, und zwar unmittelbar, aber auch mittelbar, was ich für richtig halte.

Unser Ziel ist es, nach der Krise mindestens genauso gut dazustehen wie vor der Krise. Dazu sind massive Investitionen in die Infrastruktur nicht nur essenziell, sondern schlichtweg notwendig. Die Formel heißt: Gute Infrastruktur bedeutet gute Wirtschaft. - Das hilft uns langfristig auch in unserem Haushalt.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Landesregierung noch einmal bedanken, dass sie mit 10,8 % - fast 11 % - wieder eine enorme Investitionsquote für das kommende Jahr eingeplant hat. Ich weiß noch - ich glaube, in der letzten Wahlperiode -: Da gab es eine Forderung der FDP, 10 % in die Landesverfassung einzuführen. - Ja, man hat es eigentlich erreicht, weil jetzt über 10 % möglich sind.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Fast 1,6 Milliarde € gehen in Landesstraßen, Radwege, Schienen, Triebwagen, Glasfaser, Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen, Sportstätten. Jamaika

ist eine echte Investitionslokomotive; das ist hier festzuhalten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sport ist eine der wichtigsten und gesündesten Maßnahmen, um fit und gesund zu bleiben. Insbesondere auf Initiative der CDU und hier insbesondere auf Initiative unserer sportpolitischen Sprecherin wurde der Zukunftsplan Sportland Schleswig-Holstein mit dem Sportfördergesetz auf den Weg gebracht. Mit zusätzlich 3 Millionen € für die Umsetzung wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und dem Landessportverband den Sport weiter voranbringen. Schleswig-Holstein ist Sportland und soll es auch bleiben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein weiterer wichtiger Punkt, den die CDU im Haushalt gesetzt hat, ist das Thema der inneren Sicherheit. 118 zusätzliche Stellen für die Polizei sind absolut notwendig. Denn mit mehr Personal stärken wir die innere Sicherheit, aber entlasten auch die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei vor Ort. Ebenso gehört es dazu - das ist immer im Gleichklang zu denken -, die Justiz zu stärken. Auch dort kommen weitere Stellen für den Pakt für den Rechtsstaat, den wir ganz klar umsetzen, denn für uns ist die innere Sicherheit eine Herzensangelegenheit.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Auch die Steuerverwaltung wird mit 53 weiteren Stellen gestärkt. Das hängt - das hat die Ministerin gesagt - mit der Grundsteuerreform zusammen, aber es ist auch wichtig, dass diese nicht nur für die Grundsteuerreform da sind, sondern langfristig auch in die Veranlagung gehen. Da möchte ich auch einmal meinen Dank an unsere Finanzämter aussprechen, bei denen ich schon, auch in der Praxis, das Gefühl habe, dass sie sehr gut arbeiten und auch sehr daran orientiert sind, die Dinge schnell vom Tisch zu bekommen.

Das ganze Thema Personal heißt in Zahlen auch, dass wir erstmalig die 5-Milliarden-€-Grenze für Personal- und Pensionskosten reißen werden. Das sind 34,7 % des Gesamthaushalts, das ist eine Menge. Insgesamt stehen aber über 54.500 Stellen dahinter. Hinter jeder Stelle steht auch ein Mensch, der unser Land mit am Laufen hält, und zwar bei immer komplexer werdenden Aufgaben. Das dürfen wir nicht vergessen. Dafür möchte ich 54.500 Mal danke sagen.

(Ole-Christopher Plambeck)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zukunftsweisend werden wir in diesem Zusammenhang in dieser Plenarwoche auch den Versorgungsfonds des Landes erheblich stärken, indem wir den Aktienanteil auf 50 % erhöhen und dadurch noch besser für Pensionen vorsorgen können. Zudem - auch aufgrund der Verfassungsgerichtsurteile - modernisieren wir ab Anfang des kommenden Jahres die Besoldung für die unteren Stufen. Wir heben das unterste Einstiegsamt auf A 6 Stufe 2 an, erhöhen den Familienzuschlag pro Kind, erhöhen den Beihilfebemessungssatz auf 90 %, reduzieren den Anrechnungssatz in der Heilfürsorge, und auch der Selbstbehalt bei der Beihilfe fällt bei A 6 bis A 9 weg. Hinzu kommen Familienergänzungszuschläge und Nachzahlungen für das dritte Kind. Dort wird ganz konkret gestärkt und verbessert.

Für diese Maßnahmen, die absolut notwendig sind, nehmen wir strukturell 45 Millionen € in die Hand. Das ist eine Menge, aber es ist auch richtig investiertes Geld, denn für massiv steigende und komplexer werdende Aufgaben brauchen wir kluge und gute Köpfe.

Wie bereits erwähnt, stellt uns die Pandemie auch haushälterisch vor große Herausforderungen. Das betrifft uns als Land, aber natürlich auch die Kommunen, die wir nicht vergessen dürfen. Ich bin davon überzeugt, dass es richtig ist, die Kommunen immer mitzudenken, und dass wir mit unserem Beschluss „Für Schleswig-Holstein - in der Krise stehen wir zusammen“, den wir gemeinschaftlich auf den Weg gebracht haben, einen sehr klugen Weg eingeschlagen haben. Dabei haben wir einen starken Blick gerade auf die Kommunen gerichtet, die einen enormen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet haben und es immer noch tun. Sie kriegen schon ab diesem Jahr über 260 Millionen € Diese wurden für den Infrastrukturfonds „Schule, Klimaschutz und Mobilität“ sowie natürlich für die Kompensation von Mindereinnahmen bei den Gemeindeanteilen an Lohn- und Einkommensteuer bereitgestellt, woraus 42 Millionen € für 2022 bereitstehen.

Besonders von Einnahmeausfällen durch die Pandemie betroffen ist auch der ÖPNV. Deswegen hat das Land einen ÖPNV-Rettungsschirm mit über 190 Millionen € auf den Weg gebracht; 60 Millionen € sind für das kommende Jahr vorgesehen. Auch hier geht es darum, den ÖPNV zu stärken und ihn für eine gute Mobilität, für die Menschen am Laufen zu halten. Das hilft auch dem Klimaschutz.

Zudem stärken wir das Jobticket mit einer weiteren Million €

Man sieht: Jamaika tut trotz dieser Herausforderungen richtig viel für die Menschen im Land, aber auch etwas für die Natur, denn 3 Millionen € sind für die Biodiversitätsstrategie bereitgestellt, die auf den Weg gebracht werden soll. Dabei sage ich ganz klar: Naturschutz geht nur mit unseren Landwirten, nicht gegen unsere Landwirte.

(Beifall CDU)

Das müssen wir immer mitdenken. Damit das auch früh gelehrt wird, wird es auch 2022 wieder 100.000 € für das Projekt „Schulklassen auf dem Bauernhof“ geben. Das ist ganz wichtig.

Bildung ist insgesamt enorm wichtig. Die Mittel für die PerspektivSchulen steigen auf 10 Millionen € Die Grundfinanzierung für die Hochschulen wird um 5 Millionen € strukturell erhöht. Für den Hochschulbau stehen über 150 Millionen € bereit, für Schulräume und Schulsanitäreinrichtungen 47 Millionen € Das heißt, wir bewegen sehr viel und schauen immer, dass wir unser Land für die Zukunft in den einzelnen Bereichen, die sich nicht ausschließen sollen, fit machen.

Durch die Coronapandemie ist aber der Gestaltungsspielraum kleiner geworden und wird auch mit zukünftigen Tilgungen sicherlich noch etwas kleiner. Aber wir nutzen den Spielraum, den wir haben. Entscheidend ist, dass wir in den kommenden Jahren Prioritäten setzen und alles dafür tun, unsere Wirtschaft am Laufen zu halten und sie zu unterstützen. Eine gut laufende Wirtschaft - die ersten Ansätze merken wir schon jetzt, und ich bin gespannt auf die nächste Steuerschätzung - wird auch unserem Haushalt helfen.

Ich freue mich auf die kommenden Haushaltsberatungen und bedanke mich noch einmal recht herzlich bei Frau Ministerin Heinold und der Landesregierung für diesen wegweisenden Haushaltsentwurf. Und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Davon, dass Jamaika die Weichen für die Zukunft stellt, ist, wie ich finde, in diesem Haushalt wenig zu erkennen. Ich werde gleich erklären, was ich damit meine.

Ich finde, CDU, Grünen und FDP fehlen gemeinsame Ideen, wie sie das Land aus der viel beschriebenen Krise und in die Zukunft führen wollen. Vielmehr bleibt der handfeste Eindruck, dass Sie sich nur noch bis zur Landtagswahl retten wollen.

(Beifall SPD)

Es tut mir leid, das hier so deutlich sagen zu müssen, aber das ist der Eindruck, den Sie nicht vertreiben können.

(Christopher Vogt [FDP]: Das halten wir gerade noch aus!)

Die Coronapandemie - das haben wir alle jetzt schon mehrfach gehört - reißt mit den Folgekosten ein riesiges Loch in den Landeshaushalt. Deshalb ist Ausgabendisziplin das Gebot der Stunde. In den kommenden Jahren - auch das ist bereits mehrfach gesagt worden - klafft in der Mittelfristigen Finanzplanung eine Lücke in Höhe von 300 Millionen bis 500 Millionen € jährlich - jährlich! Die Lage aller öffentlichen Haushalte wird noch lange angespannt bleiben. Darum müssten wir eigentlich schon heute beginnen, uns Gedanken zu machen, wie wir die Haushalte dauerhaft wieder ins Lot bekommen können.

Was tut Jamaika? - Angesichts der haushaltspolitischen Herausforderungen legt die Regierung die Hände in den Schoß, arbeitet mit globalen Minderausgaben und hofft auf eine bessere Steuerschätzung, anstatt zu sagen, was das Land noch leisten kann und was nicht. Denn nur der Hinweis, dass ab 2023 eine Haushaltskonsolidierung ins Haus steht, ist eindeutig zu wenig.

(Beifall SPD)

Das ist das „Prinzip Hoffnung“, aber keine nachhaltige Finanzpolitik.

Fakt ist aber auch: Die Zeiten, in denen jede Jamaika-Partei Geld für ihre Lieblingsprojekte bekam, ohne sich wirklich um schwerwiegende Fragen kümmern zu müssen, sind hoffentlich endgültig vorbei.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Aussage des Kollegen Koch, dieses sei der schwierigste Haushalt der Legislaturperiode, und die Tatsache, dass er sich dafür lobt, dass er überhaupt ausgeglichen ist, spricht für mich als Haushaltspolitikerin schon Bände.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch unsere Zustimmung zum Notkredit haben wir der Landesregierung finanzpolitischen Spielraum auch für diesen Haushalt 2022 verschafft. Dass Herrn Koch als einzigem Redner der Koalition das nur einen halben Satz wert war, finde ich bemerkenswert. Ich will die beiden anderen Kolleginnen und Kollegen da ausdrücklich ausnehmen, die das - so finde ich - in einer Art und Weise gewürdigt haben, die uns guttut; denn das sind Dinge, die uns als Opposition nicht leichtfallen.

(Beifall SPD)

Dazu stehen wir auch nach wie vor.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Ich habe euch doch jetzt gelobt! - Denn wir haben Planungssicherheit, können weiter in die Infrastruktur investieren und verkleinern die entstandene Lücke in der Finanzplanung. Ein Ziel - das empfehle ich noch einmal zum Nachlesen -, auf das wir uns in den Gesprächen verständigt haben, ist es, den unvermeidbaren Einsparpfad - hört, hört! - durch die pandemiebedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben bis 2024 abzufedern. Aber wir haben auch die Verschuldung signifikant erhöht, und Tilgung und irgendwann auch Zinsen werden unsere Möglichkeiten einschränken.

Es hilft zwar - das habe ich gesagt -, wenn in diesem Jahr höhere Steuereinnahmen kommen, als wir eingeplant haben, aber es entbindet uns nicht von der Verpflichtung, uns unangenehmen Wahrheiten zu stellen.

Die Perspektive liegt zwischen Stillstand und Kürzungen, sagt der Kollege Petersdotter. Besser hätte ich es nicht formulieren können, lieber Kollege. Wo sind Jamaikas Antworten darauf? - Ich habe aufmerksam zugehört, und ich habe in der Debatte heute Morgen nichts gehört. Heute war immer nur die Rede von „zusätzlich“, „mehr“ und was obendrauf noch geht. Mit keinem Wort haben Sie gesagt, was ab nächstem Jahr auch die dringende Aufgabe hier in diesem Haus ist.

Monika Heinold hat, als sie den Haushalt vorgestellt hat, sich in der Pressemitteilung immerhin an die gute Prämisse von Heide Simonis erinnert. Einige in diesem Haus erinnern sich vielleicht noch: Das war eine Sozialdemokratin und eine sehr er-

(Beate Raudies)

folgreiche Ministerpräsidentin in diesem Land. Die sprach immer von „alternativ statt additiv“. Weil ich eine unverbesserliche Optimistin bin, bin ich jetzt sehr gespannt und warte auf die Haushaltsberatungen und die Vorschläge der Koalitionsfraktionen zu diesem alternativ statt additiv. Ich bin sehr gespannt, und ich glaube, meine Kolleginnen und Kollegen aus den Facharbeitskreisen und den Fachausschüssen freuen sich auch auf Ihre Vorschläge.

(Birte Pauls [SPD]: Das stimmt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Politik der Austerität - der Kollege Plambeck hat gerade über die Schuldenbremse geredet - ist nach unserer Ansicht der völlig falsche Weg nach dieser Krise. Wer diesen Weg verfolgt, setzt unsere Zukunft aufs Spiel und will harte Einschnitte in den Sozialstaat. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Finanz- und Haushaltspolitik, die die großen Zukunftsinvestitionen finanziert und so zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, ein klimaneutrales Wachstum ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Wenn ich die Presseerklärung des Kollegen Petersdotter lese, stelle ich fest, dass wir mit dieser Position auch nicht ganz allein dastehen. Auch ich sehe momentan - das will ich Ihnen zugestehen - wenig kurzfristige Einsparpotenziale. Aber wir werden nicht umhinkommen, jede Ausgabe sorgfältig zu prüfen. Wir werden unbequeme Entscheidungen treffen müssen.

Ich bin dem Kollegen Lars Harms ausgesprochen dankbar, dass wenigstens er das hier einmal so klar ausgesprochen hat. Das macht man nicht gerne vor einer Wahl, weil die Leute dann schon wissen, was auf sie zukommt. Wir haben sie jahrzehntelang mit dem Rotstift und dem Hinweis gequält, es sei kein Geld da. Es macht als Finanzpolitikerin keinen Spaß, das zu sagen, aber das ist die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Aussage hat mir doch in den Reden der Koalition weitestgehend gefehlt.

(Beifall SPD und SSW)

Aber es kommen ja noch zwei, daher kann das ja noch besser werden.

Allerdings dürfen wir nicht an den falschen Stellen sparen. Da geht es nämlich schon los. Ich kann mir zum Beispiel für meine Fraktion nicht vorstellen, dass es gerade jetzt sinnvoll ist, im Gesundheitsbereich zu sparen. In der vergangenen Woche konnten wir von zwei riesengroßen Krankenhausbauprojek-

ten im Land lesen, bei denen man mit mindestens 400 Millionen € Zuschüssen für diese Krankenhausbauten rechnet. Sie erinnern sich an die Debatte über den Infrastrukturbericht: Von diesen Krankenhäusern haben wir noch nicht einmal geträumt, als wir über diesen Bericht diskutiert haben, geschweige denn, dass wir wissen, wo wir Mittel hernehmen.

Außerdem müssen wir infolge der Pandemie mehr in Schule, Kita und Sozialarbeit investieren, sonst versündigen wir uns an den Chancen der kommenden Generation. Das würde übrigens auch nicht gerade zu mehr Steuereinnahmen und weniger Staatsausgaben führen.

Ich sage es an dieser Stelle sehr deutlich, weil alle darauf warten: Auch über die Schuldenbremse wird zu sprechen sein. Die jetzige Konstruktion hat uns erlaubt, auf die Krise zu reagieren, Nothilfen auf den Weg zu bringen und Steuerausfälle auszugleichen. Aber schon jetzt merken wir, wo die Grenzen sind. Wie weit reichen denn die Folgen der Pandemie? Ich finde, die Kritikerinnen und Kritiker machen es sich dann doch ein bisschen einfach, wenn sie die Pandemiefolgen für die öffentlichen Haushalte auf die Steuerausfälle der Jahre 2020 und 2021 begrenzen wollen. Das ist dann doch ein wenig kurz gesprungen. Die Debatte werden wir - der Kollege Harms hat darauf hingewiesen - mit den Gutachterinnen und Gutachtern im Finanzausschuss noch einmal führen. Das finde ich auch wichtig.

Aber die Pandemie hat uns auch deutlich gemacht, wo wir dringend nachbessern müssen: Gesundheitswesen, Digitalisierung und - nicht zu vergessen - die große Herausforderung unserer Zeit: Klimawandel.

Die Absurdität der geltenden Regelungen lässt sich gerade am Beispiel der Flutkatastrophe so wunderbar deutlich machen. Die Kosten für die Beseitigung dieser Flutschäden in Höhe von 30 Milliarden € - eine Wahnsinnssumme - dürfen wir trotz Schuldenbremse über Kredite finanzieren, weil es eine Naturkatastrophe war. Zur Beseitigung der Folgen dürfen wir Schulden machen, aber vorbeugende Maßnahmen dürfen wir nicht über Kredite finanzieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wollen wir also sehenden Auges zuschauen, wie Menschen ihr Hab und Gut oder sogar ihr Leben verlieren, nur weil wir es uns nicht leisten wollen, sie zu schützen?

(Beate Raudies)

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das wollen wir nicht!)

Es ist eine Frage des Wollens, liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Meinung ist: Die Investitionen in Klimaschutzprojekte, die Sanierung von Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen müssten anders behandelt werden. Vielleicht müssten sie auch von der Schuldenbremse ausgenommen werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für die CDU und die FDP dagegen ist die Schuldenbremse sakrosankt - koste es, was es wolle. Wobei, lieber Herr Kollege Vogt: Bei Ihnen hat es sich gerade nicht mehr so rigoros angehört. Ich freue mich auf den Beitrag der Kollegin Krämer und versuche dann, die gemeinsame Haltung herauszufinden.

Schuldenbremse, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Vielleicht sollten wir uns diesen Punkt für Koalitionsverhandlungen nach dem 8. Mai nächsten Jahres vormerken. Dann gibt es in diesem Land eine Chance auf neue, progressive Mehrheiten, die sich auch diesen Aufgaben stellen und die Schuldenbremse und die schwarze Null nicht wie eine Monstranz vor sich hertragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Beate Raudies [SPD]:

Ich war gerade so schön in Fahrt, aber sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Wenn das schon die Fahrt war, will ich das nicht weiter aufhalten. Ich will nur zwei Sachen anmerken. Sie haben ja zweimal betont, dass Sie so aufmerksam zugehört hätten.

Das Erste ist, dass ich gleich zu Beginn meiner Rede sehr deutlich darauf hingewiesen habe, dass wir vor allem bei den konsumtiven Ausgaben in den nächsten Jahren sehr aufpassen müssen und uns deswegen noch stärker als bisher auf unsere Kernaufgaben, gerade bei den Investitionen, fokussieren müssen. Insofern haben Sie an dieser Stelle nicht ganz zugehört.

Das Zweite ist, dass Sie mein Bekenntnis zur Schuldenbremse nicht ganz verstanden ha-

ben. Ich finde es ja schön, dass SPD und Grüne sich einig sind. Ich will Sie nur dezent darauf hinweisen: Sie steht in der Landesverfassung und übrigens auch im Grundgesetz des Bundes. Man bräuchte bei beiden eine Zweidrittelmehrheit. Dass SPD und Grüne das erreichen, sehe ich noch nicht so ganz, wünsche Ihnen aber viel Erfolg dabei.

(Lachen und Zurufe SPD)

- Ich glaube, das war ein guter Wunsch für die Bundestagswahl. Ich nehme das gern entgegen. - Vielen Dank!

Es passt zu dem, was ich sagen will: Ein starker und handlungsfähiger Staat braucht eine progressive und nachhaltige Finanzpolitik. Ausgeglichene Haushalte sind wichtig. Ich komme aus der Kommunalpolitik, da arbeiten sie nur mit ausgeglichenen Haushalten, weil sie gar nicht anders können. Sie müssen die Verluste aus einem Jahr immer im übernächsten Jahr ausgleichen. Wenn Sie dauerhaft das Nonplusultra des politischen Handelns darstellen, wie es im Moment der Fall ist, müssen wir uns fragen, ob wir uns diese Beschränkung tatsächlich noch leisten können. Mit finanzpolitischen Instrumenten der Vergangenheit lösen wir nicht die Herausforderungen der Zukunft. Davon bin ich fest überzeugt.

(Lachen Werner Kalinka [CDU])

Wir reden in diesen Tagen alle davon, dass wir umdenken müssen, dass wir uns neue Gedanken machen müssen, wie wir dieses Land weiter am Laufen halten und es in die Zukunft führen. Ich glaube, wir müssen uns dieser Frage stellen.

Selten wird es so deutlich wie an dieser Frage: Es wird Zeit, dass wir eine andere Politik bekommen. Eine andere Politik wird es nur mit der SPD geben. Am Sonntag gibt es die Chance, in Berlin eine neue Mehrheit zu wählen und nächsten Mai hier in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte vorweg einen Dank an Sie, Frau Reese-

(Lasse Petersdotter)

Cloosters, loswerden. Wir haben schon einige Worte gefunden. Ich möchte mich diesem Dank anschließen und auch dem, was der Kollege Plambeck angesprochen hat, wie es war, als neuer Abgeordneter in den Finanzausschuss zu kommen und immer die Gewissheit zu haben, dass keine Frage irgendwie doof, überflüssig oder unbeantwortbar sei, sondern immer angemessen, richtig und zu lösen. Dieser unerschütterliche Respekt vor dem Parlamentarismus hat mich sehr beeindruckt, und ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Dank Ihnen und vielen anderen liegt uns heute der Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 vor. Auch im letzten Jahr dieser Wahlperiode und im letzten Haushaltsentwurf dieser Wahlperiode sehen wir die Handschrift der Ministerin Monika Heinold, die unveränderlich in den letzten zehn Jahren galt und dieses Jahr erneut: 5.814 Titel solide Haushaltspolitik.

Wir können also sehen, dass die letzten Jahre intensiv waren. Wir haben viele Projekte vorangebracht und umgesetzt. Ich möchte sie nur stichwortartig nennen, weil Sie die konkreten Maßnahmen, die dahinterstecken, alle kennen: Erinnern wir uns an G-8 und G-9, eine finanzielle Herausforderung, die wir schnell und konsequent umsetzen konnten. Erinnern wir uns an die Einführung des Bildungsbonus,

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

das eine wirklich wirksame Möglichkeit zur Bildungsgerechtigkeit genau da geschaffen hat, wo sie gebraucht wird. Erinnern wir uns an die Lehrerstellen, die wir eben nicht gestrichen, sondern gestärkt und erhalten haben, damit die Schule ein Ort ist, an dem jede Schülerin und jeder Schüler angemessen betreut und gebildet werden kann. Erinnern wir uns an die Hochschulen, die nicht nur investiv deutlich gestärkt wurden, wo Gebäude errichtet, umgesetzt und saniert wurden, sondern wo es uns auch gelungen ist, die Hochschulen strukturell zu finanzieren und damit auch ihre Hochschulautonomie und Freiheit zu stärken, indem wir den Grundhaushalt jedes Jahr gestärkt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Martin Habersaat [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich bin nun nicht Mitglied des Finanzausschusses, sondern habe es nur aus der Perspektive des Bildungsausschusses mitbekommen. Aus dieser Perspektive stellt sich die G-8/G-9-Geschichte so dar, dass Sie durch die Rückumstellung auf G-9 zunächst Lehrerstellen eingespart haben und in Aussicht gestellt haben, ab 2023 Kosten für Investitionen in den Kommunen, bei den Schulträgern, zu ersetzen. Wo sind denn die Belastungen gewesen, die Sie in dieser Legislaturperiode daraus getragen haben?

- Die Umstellung von G-8 zu G-9 war nicht nur eine finanzielle Herausforderung, sondern auch eine organisatorische, die natürlich dazu führt, wenn man ein Jahr hinzufügt, dass die unmittelbaren Kosten erst einmal geringer werden, weil man die Abschlüsse verschiebt. Nichtsdestotrotz hatten wir bei den finanziellen Auswirkungen schon Beschlüsse zu fassen. Das können Sie aber im Bildungsausschuss ausführlicher diskutieren. Ich glaube, das ist dort besser angebracht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben auf der einen Seite die Kulturförderung auf neue Beine gestellt und die Fördermöglichkeiten verändert. Auf der anderen Seite haben wir sie auch finanziell deutlich gestärkt. Das sind zwei Säulen, die die Kultur in Schleswig-Holstein deutlich gestärkt haben - von Schloss Gottorf über die freie Szene bis hin zur Soziokultur und den Musikschulen, wo wir tatsächlich einiges umsetzen konnten.

Wir haben Tierheime - das scheint immer ein kleiner Ort zu sein, aber es ist für uns als Gesellschaft ein wichtiger Ort - das erste Mal seit 2006 finanziell wieder gestärkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das ist eine große Errungenschaft für die Tiere und auch für die Menschen in diesem Land.

Wir haben die Wasserstoffstrategie auf die Schiene gesetzt und gestärkt. Wir setzen somit auf innovative Technologien. Wenn ich jetzt versuchen würde, alles zum Klimaschutz aufzuzählen, wäre ich morgen noch nicht fertig.

(Lasse Petersdotter)

Wir haben die Frauenhäuser eigentlich in jedem Jahr und bei jeder Möglichkeit gestärkt, sei es investiv mit 10 Millionen € über IMPULS oder strukturell über den kommunalen Finanzausgleich. Wir haben Projekte in den Frauenhäusern umgesetzt. Ich wüsste keine Regierung, unter der die Frauenhäuser so deutlich gestärkt wurden wie in dieser Jamaika-Koalition.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben die Krankenhäuser saniert, allen voran natürlich das UKSH, aber auch viele weitere. Das Gleiche gilt für den Schulbau und für die Radwege.

Dann kam die Coronapandemie, die noch einmal alles auf den Kopf gestellt und komplizierter gemacht hat. Wir haben dabei immer wieder unterschiedliche Debatten geführt. Die Kollegin Midyatli hat es eben angesprochen: Na ja, diese Uneinigkeit! - Was denn sonst? Es ist doch richtig, die Diskussion transparent darzustellen und sich nicht wie die SPD in zwölf Jahren GroKo im Bund immer zur Pressesprecherin der Bundesregierung zu machen. Wir stehen hier zu den Unterschieden, stellen sie heraus und entwickeln anhand dieser Unterschiede die besten Lösungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Ja, Stillstand!)

Es ist doch ein Fortschritt, dass es dieser Koalition gelungen ist, sich nicht in ihrer offensichtlichen Unterschiedlichkeit dusselig zu debattieren, sondern die Kraft dieser Unterschiedlichkeit konstruktiv zu bündeln, anzupacken, umzusetzen und möglich zu machen. Das ist im Übrigen ziemlich genau der Wortlaut des Ziels, mit dem der Ministerpräsident in diese Legislaturperiode gestartet ist und was heute offensichtlich auch eingetreten ist.

Was wir in den letzten Jahren gemacht haben, setzt sich auch im aktuellen Haushaltsentwurf fort. Wir haben einen guten Entwurf, um für eine solide Finanz- und Haushaltspolitik, aber nichtsdestotrotz auch für Projekte zu werben und sie umzusetzen. Denken wir nur daran, dass wir in die Umsetzung der BUND-Biodiversitätsstrategie einsteigen, die vom BUND als ein hervorragender Entwurf eingeschätzt wurde und uns mit Sicherheit in einer der wichtigsten ökologischen Fragen einige Schritte voranbringen wird.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir lernen aus Corona, indem wir die Leihgeräte für Lehrer mit 21 Millionen € jährlich nicht nur einmalig auf den Markt geworfen haben, sondern daran festhalten und auch die Wartung finanzieren - eine Logik, die bei kameralistischen, jährlichen Haushalten viel zu oft untergeht. Wir verpflichten uns auch für die kommenden Jahre, die Struktur zu stärken.

Wir haben die PerspektivSchulen - ich habe sie eben angesprochen - mit dem Bildungsbonus geschaffen und in diesem Jahr erneut um 1 Millionen € gestärkt. Wir steigen in das Jobticket ein, das eine angewandte Verkehrswende im öffentlichen Dienst bedeutet. Wir fördern die Frauenhäuser; ich bin eben darauf eingegangen.

Es ist offensichtlich: In diesem Haushalt geht es nicht um Luxus, sondern um das Grundsätzliche und Notwendige. Dieser Fokus und diese Disziplin sind finanzpolitisch aktuell leider notwendig und werden es auch in den kommenden Jahren bleiben.

Bemühen wir uns deswegen einmal um einen Blick in die Zukunft. Die Steuerschätzungen verbessern sich zwar, die Steuereinnahmen verbessern sich allerdings nur gegenüber dem, was wir im letzten Jahr in einer deutlichen Unsicherheit und massiven Krise vermutet haben.

Frau Raudies, Sie sprachen eben an, dass unbequeme Wahrheiten nicht ausgesprochen werden. Ich möchte sie jetzt gern ansprechen. Die kommenden Jahre werden für den Staatshaushalt eine riesige Herausforderung. Ich möchte die Handlungsmöglichkeiten und den Handlungsrahmen ein bisschen beschreiben.

Basierend auf der letzten Finanzplanung und den letzten Steuerschätzungen erwartet uns in der Finanzplanung eine jährliche Lücke von 300 Millionen € bis 500 Millionen €. Diese Lücke ist nicht geschlossen; die Frage ist nicht beantwortet, wie sie geschlossen wird.

Sollten wir ein Wirtschaftswachstum und Einnahmeverbesserungen bekommen, wie wir uns das alle erhoffen - es gibt mit Sicherheit auch begründete Hoffnung, dass die Entwicklung besser wird als die Schätzungen der letzten zwölf Monate -, sollte es tatsächlich gelingen, mehr einzunehmen, müssen wir erst einmal die Lücke von 300 Millionen € bis 500 Millionen € schließen.

Dann kommen weitere Herausforderungen, die nicht abwendbar sind, noch obendrauf. Der Ganztag wurde genannt, das Gute-KiTa-Gesetz, Tarifabschlüsse, was auch immer. Sollte das Wirtschafts-

(Lasse Petersdotter)

wachstum wirklich so toll und stark sein, dass wir auch das finanzieren können, ist das wichtig und notwendig.

Sollte das Wirtschaftswachstum darüber hinausgehen und wir darüber hinaus weitere Euros einnehmen, dann müssen wir erst einmal bis zu 1,3 Milliarden € im Konjunkturkonto ausgleichen, die wir letztes Jahr aufgenommen haben.

Sollte uns auch das gelingen, die Wirtschaft noch mehr wachsen und die Steuereinnahmen noch mehr sprudeln, dann müssen wir den ersten Euro, den wir darüber hinaus verdienen, dazu nutzen, die Kreditermächtigungen, die wir zur Absicherung von IMPULS beschlossen haben, zu reduzieren, 250 Millionen € jährlich.

Sollten wir es darüber hinaus geschafft haben, das Wirtschaftswachstum noch mehr zu pushen und die Steuereinnahmen noch mehr zum Wachsen zu bringen, dann müssen wir 50 Millionen € tilgen.

Sollte das alles geschafft sein, dann haben wir in der Tat Stillstand, dann haben wir noch keinen weiteren Euro für die Projekte ausgegeben, die sich der nächste Souverän, das nächste Parlament zur Aufgabe macht. Das ist keine gute Perspektive.

Deswegen komme ich zu dem Schluss, dass vor uns realistisch Stillstand oder Kürzungen stehen. In den nächsten Jahren werden womöglich Einsparpfade dominieren. Wir haben im Beschluss der Notkredite festgehalten, dass das vor uns steht.

Ich halte es für eine historische Leistung des SSW, es geschafft zu haben, in diesem Beschluss zu festzuhalten, dass überall außer bei den Minderheiten eingespart wird. Ich halte das für komplett richtig, denn der Schutz der Minderheiten und die Finanzierung der Strukturen der Minderheiten sind eine wichtige Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Perspektiven. Es war eine wichtige Entscheidung, es so zu machen. Jede Ausgabe wird sich in den nächsten Jahren in der Prüfung befinden, außer die Ausgaben für die Minderheiten. Das ist richtig, das ist ein historischer Erfolg des SSW, und deswegen ist es auch richtig, dass wir Parteien wie Sie hier haben.

(Beifall SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann kommen die wirklich großen Herausforderungen in unserer Welt, dann kommen Fragen wie: Wie finanzieren wir die Verkehrswende? Wenn wir mehr ÖPNV haben möchten, brauchen wir unweigerlich mehr Strecken. Wir brauchen eine Reaktivierung von stillgelegten Strecken, wir brauchen die Elektri-

fizierung bestehender Strecken. Es bringt uns nichts, eine Verkehrswende zu versuchen, wenn man nirgendwo hinkommt oder mit Diesel fährt, sondern wir müssen erneuerbar und erreichbar unterwegs sein.

Wir haben die Sanierung von Krankenhäusern vor uns; das ist offensichtlich, wir haben in jedem Kreis Beispiele dafür, die uns viel Geld kosten werden, wenn wir das angehen.

Wir haben die Sanierung von Schulen, Brücken und Straßen; Minister Buchholz hat das heute in der Presse ausführlich erläutert. Wir haben Investitionen in den Wirtschaftsstandort, um bestimmte Regionen anschlussfähiger zu machen. Wir haben die Digitalisierung als große Herausforderung unserer Gesellschaft und die Demografie als weiteren Punkt. Die Klimakrise - ich muss nicht weiter darauf eingehen - wird den größten Teil ausmachen müssen.

Hinzu kommen aber auch die Klimafolgen. Eine Flut hat uns jetzt bundesweit 30 Milliarden € gekostet und wird über viele Jahrzehnte abgezahlt werden. Wie viele Krisen und ähnliche Ereignisse werden in den 30 Jahren, in denen wir für die Folgen zahlen, auf unsere Generationen noch zukommen? Das wird sich immer weiter summieren.

Ich habe eben beschrieben, wie die Entwicklung ist, ab wann wir womöglich durch tolles Wirtschaftswachstum die ersten Schritte machen können. Das deckt sich aber an keiner Stelle mit den Herausforderungen, die vor uns liegen.

Deswegen komme ich zu dem Schluss, dass die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Fassung nicht in der Lage ist, darauf zu reagieren. Allein durch private Investitionen, wie es der Kollege Vogt hier gesagt hat, werden wir es nicht schaffen. Natürlich sind private Investitionen notwendig. Sie wissen allerdings genauso gut wie ich, dass private Investitionen in einem unsicheren Umfeld als Begleitung öffentliche Investitionen brauchen, um überhaupt aktiviert zu werden. Das wird an ganz vielen Stellen notwendig sein, und es wird eher zu einer Bremse der privatwirtschaftlichen Investitionen führen, wenn wir hier nicht einsteigen.

Wir kommen gesellschaftlich zu einer zunehmenden Normalisierung unter Corona, zumindest in einzelnen Teilen. Die Auswirkungen auf den Landeshaushalt aber werden bleiben, und sie werden in der kommenden Legislaturperiode sehr schwierig werden.

(Lasse Petersdotter)

Nichtsdestotrotz freue ich mich auf die Beratung des vorliegenden Entwurfs. Kollegin Raudies hat eben gefragt: Wo stellen Sie die Weichen für die kommenden Jahre? Sie kennen die Regeln genauso gut wie ich. Es ist nicht so, dass wir jetzt 5 Milliarden € zurücklegen können, damit wir die nächsten Jahre eine Entspannung haben. Erstens würde diese Summe nicht ausreichen, und zweitens funktionierenden Haushalte so nicht.

Wir müssen jetzt vielmehr dafür sorgen, dass das Jahr 2022 so wirkungsvoll und stark wie irgend möglich wird. Das ist unser Anspruch, bei allen Grenzen, die schon jetzt bestehen.

Auf der anderen Seite wird es die Kernaufgabe der 20. Wahlperiode sein, sich unter den beschriebenen Bedingungen zuzutrauen, die Klimakrise und andere Krisen zu bewältigen und vor allen Dingen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten. Das ist die große Herausforderung. Nach jeder Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten 800 Jahre folgte eine Radikalisierung der Gesellschaft. Als Folge der Finanzkrise 2008/2009 gründete sich die AfD. Wir müssen verhindern, dass sie stärker wird. Wir müssen verhindern, dass sich weitere Parteien im Geist der AfD gründen. Das wird die Herausforderung der kommenden Jahre sein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Reese-Cloosters, es ist fast alles gesagt worden; ich weiß gar nicht, was ich noch hinzufügen soll; ich kann das nur bestätigen. Sie haben uns immer Rede und Antwort gestanden, auch nach langen Sitzungen, und haben uns in den ersten Jahren geholfen, dass wir das große Konstrukt, das wir heute beraten, weitgehend verstehen und in der Lage sind, darüber zu sprechen. Ganz herzlichen Dank! Bleiben Sie gesund, und genießen Sie Ihren Ruhestand!

(Beifall)

Mein Dank geht natürlich auch an Frau Ministerin Heinold und das gesamte Finanzministerium für den vorgelegten Entwurf des Haushalts.

Alle wissen es, die Coronapandemie wirft immer noch ihren langen Schatten auf unsere Haushaltslage. Wir haben uns diese Herausforderung alle nicht

ausgesucht, aber wir nehmen sie weiter tatkräftig an. Der Haushaltsentwurf 2022 zeigt deutlich: Trotz der finanziell herausfordernden Zeiten halten wir an unseren Jamaika-Schwerpunkten Bildung, innere Sicherheit, Digitalisierung und Sanierung der Infrastruktur fest.

Es kam heute schon so oft zur Sprache, aber auch ich möchte es noch einmal betonen, es ist wichtiger als je zuvor: Eine Abkehr von der Schuldenbremse kommt für uns Freie Demokraten nicht infrage.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, auch haushaltspolitisch schwierige Jahre bieten Chancen. Die Schuldenbremse ist ausdrücklich - das ist mir wichtig zu betonen - kein Hindernis für ein effizientes Krisenmanagement. Das hat die Pandemie gezeigt. Im Gegenteil, sie ist der verfassungsrechtliche Zwang, in Zeiten belasteter Haushalte Prioritäten zu setzen.

Diese Prioritäten brauchen wir unweigerlich auch unabhängig von der Haushaltslage in dieser Krise umso mehr. In der manifesten Krise, aus der wir uns jetzt langsam herausschwimmen, lässt sie genügend Handlungsspielraum. Das haben das letzte und vorletzte Jahr eindrücklich gezeigt; sonst hätten wir nicht die Möglichkeit gehabt, den Rahmen für die Notkredite zu genehmigen.

Es gilt aber die Verpflichtung, jede freiwillige Ausgabe zukünftig dahin gehend zu überprüfen, ob sie geeignet ist, den Motor unseres Landes am Laufen zu halten. Schlicht und ergreifend: Wir müssen Prioritäten setzen.

Ganz nebenbei, Frau Kollegin Raudis: Die Schuldenbremse ist nicht nur im Grundgesetz implementiert, wie der Kollege Vogt eben gesagt hat, sondern sie ist mittlerweile auch EU-Recht. Insofern kann es nicht sein, da so einfach die Axt anzulegen.

Aber weil die finanziellen Möglichkeiten nicht in den Himmel wachsen, auch wenn uns die Finanzministerin heute ein zartes Pflänzchen einer positiven Entwicklung mit Blick auf steigende Steuereinnahmen in Aussicht gestellt hat, möchte ich an dieser Stelle eines betonen: Es ist dem hartnäckigen Einsatz von uns Freien Demokraten zu verdanken, dass Steuermehreinnahmen zwingend in die Reduzierung der Inanspruchnahme von Mitteln aus den Corona-Notkrediten fließen. Für uns stand außer Frage, dass die Mittel aus Corona-Notkrediten zweckgebunden sind und eine Umwidmung dieser Mittel nur mit einer verfassungsändernden Mehrheit überhaupt möglich sein darf. Aus diesen beiden

(Annabell Krämer)

Gründen werden wir, wenn sich die Konjunktur erholt - langsam haben wir ja Anzeichen dafür -, darauf drängen, die Inanspruchnahme dieser Mittel so gering wie nur möglich zu halten.

Jörg Nobis von der AfD sagte so schön, wie hätten die Kredite in der Vergangenheit aufgenommen. Nein, natürlich haben wir schon Kredite aufgenommen, aber den größten Teil noch nicht, sondern wir haben uns einen Kreditrahmen gesetzt, den wir in Anspruch nehmen dürfen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Alles, was sich zukünftig besser darstellt, wird die Inanspruchnahme dieses Rahmens verringern. Wir können davon ausgehen: Je besser und vernünftiger wir haushalten, je besser wir den Motor unseres Wirtschaftswachstums wieder ans Laufen bringen, desto geringer wird die tatsächliche Inanspruchnahme dieser Kredite sein. Darauf sollten wir alle hinarbeiten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Gerade die Fokussierung auf so wichtige Zukunftsinvestitionen in diesem Haushalt macht doch Mut, das Wirtschaftswachstum endlich wieder als zentrales Politikziel zu nehmen. Mit dem Rückenwind eines kräftigen Wirtschaftswachstums haben wir doch die Kraft und die Mittel, unseren Haushalt wieder ins Lot zu bringen und drängende Probleme wie demografischen Wandel oder den wichtigen Klimaschutz und somit die Verhinderung des Klimawandels anzugehen. Jedem hier in diesem Haus sollte doch bewusst sein, dass wir unsere sozialen und ökologischen Standards und Ziele auf Dauer nur mit Wachstum erhalten beziehungsweise erreichen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, blicken wir nun aber einmal konkret auf den Haushaltsentwurf 2022. Selbstredend sind dieses Jahr keine großen Sprünge zu erwarten. Wir fühlen uns in unserer Position bestärkt, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren muss, anstatt sich allzuständig zu fühlen und den eigenverantwortlichen Bürger zu entmündigen. Dieses spiegelt sich auch in diesem Haushalt in der weiterhin stattfindenden Priorisierung von Bildung, Infrastruktur, Polizei und Justiz wider.

Umso erfreulicher ist es, dass wir den Ansatz der Investitionen trotz dieses knappen Haushalts noch einmal erhöhen konnten, nämlich auf nun knapp 1,6 Milliarden € Damit haben wir Freie Demokraten Wort gehalten: Eine Investitionsquote von über

10 % ist in diesem Land verlässlich, auch in Krisenzeiten, möglich.

(Beifall FDP und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erfreulich ist: Die Sanierung und Modernisierung unseres Landes schreitet voran. Wir modernisieren die Hochschulen, und beim Ausbau des Glasfasernetzes bleiben wir führend und geben weiter Gas.

Nie zuvor wurde in die Straßen unseres Landes so viel investiert wie im letzten Jahr. Mit 150 Millionen € Sanierungsvolumen und 157 km sanierten Landesstraßen und - verehrte Kollegin Raudis nebenbei - 58 km Radwegen wurden die Erwartungen bei Weitem übertroffen. Hier machen wir weiter. Wirtschafts- und Verkehrsminister Buchholz erfüllt oder übererfüllt sogar in sämtlichen Jahren dieser Landesregierung seine Planzahlen.

(Vereinzelter Beifall FDP - Beate Raudies [SPD]: Übererfüllung des Plans, jawohl! Planwirtschaft! - Weitere Zurufe)

- Verlässlich! Sie sollten wissen, die Planzahlen - - Wenn Sie IMPULS lesen könnten, wüssten Sie, dass wir, wenn Mittel abfließen können, auch Projekte vorziehen dürfen. Insofern ist das alles auch haushaltskonform und genau so gewollt. Verlässlich werden Jahr für Jahr mehr als 100 Millionen € für die Sanierung in die Hand genommen, während die Küstenkoalition selbst im besten Jahr nicht einmal die Hälfte verbaut hat.

(Zurufe SPD)

Dieser Erfolg ist im Übrigen auch ein Beleg dafür, was für eine schlagkräftige und effiziente Truppe unser Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr ist.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier sieht man, was bei guter Unternehmensführung möglich ist, zumal der LBV - das vergisst man immer schnell - noch Umstrukturierungsmaßnahmen wegen der Abgabe seiner Zuständigkeiten für die Autobahnen an die Autobahn GmbH zu verkraften hatte.

Den Haushaltsansatz für die Sanierung von Landesstraßen erhalten wir. Der für Radwege wird 2022 sogar mehr als verdoppelt. Damit stellen wir sicher, dass weiter bei Bedarf sämtliche Radwege zeitgleich mit saniert werden.

(Beate Raudies [SPD]: Alles klar, mit saniert!)

(Annabell Krämer)

Von dem Sanierungsstau, der 2017 bei über 1 Milliarde € lag, wurde jetzt bereits ein gutes Stück, und zwar ein Drittel, abgebaut. Im ganzen Land verschwinden die Schlaglöcher und erscheinen die Straßen nach ihrer Sanierung in neuem Glanz.

Dieses Investitionsniveau muss aber zwingend hochgehalten werden. Denn Sanierungsstau und Zustand etlicher Straßen sind noch desolater, als es zu befürchten war. Ich wage gar nicht daran zu denken, wie es wäre, wenn wir die Sanierung nicht seit 2017 so konsequent angegangen wären. Um die Verkehrsteilnehmer jedoch nicht zu überfordern, gilt es natürlich, auch bei der Anzahl der Baustellen Maß zu halten. Wir brauchen deshalb nicht nur in der kommenden Legislatur ebenfalls mindestens 90 Millionen € im Jahr für unser Sanierungsprogramm, sondern die Investitionen in die Landesstraßen - das dürfen wir nicht vergessen - sind die verkehrlichen Lebensadern unseres Landes und müssen auch über das Jahr 2030 hinaus anständig ausfinanziert werden.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Neben der Investition in die Infrastruktur ist es essenziell notwendig, Unternehmensgründungen und somit die Entstehung von Arbeitsplätzen mit den richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu flankieren. Aus- und Existenzgründungen, Nachfolge- und Unternehmensfinanzierung gestalten sich oft schwierig. Hier unterstützen wir bei der Bereitstellung von Risikokapital durch Gewährleistungszulagen und/oder Beteiligung.

Wir erhöhen die Landeszuschüsse für die WT.SH, die ein wichtiger Akteur bei der Gewinnung neuer Unternehmen und der Unterstützung des Technologietransfers ist. In Zeiten des Fachkräftemangels und dauerhaften technologischen Wandels können wir es uns nämlich nicht leisten, auch nur einen einzigen zukunftsfähigen Arbeitsplatz oder eine einzige zukunftsträchtige Idee in unserem Land zu verlieren.

Wie bereits erwähnt, müssen wir die Selbstheilungskräfte unserer Wirtschaft stärken, damit diese uns die wichtigen finanziellen Handlungsspielräume in den Folgejahren ermöglicht. Insofern ist es so wichtig, dass wir die erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortsetzen.

Die Meistergründungsprämie ist ein weiteres wichtiges Instrument zur Sicherung des Fortbestandes oder der Gründung kleiner und mittelständischer Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Diese und wichtige andere wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben Schleswig-Holsteins Arbeitsmarkt in der Pandemie massiv gestärkt. Tatsächlich haben wir in unserem Land nie mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze als jetzt gehabt. Diese erfolgreiche Politik setzen wir fort. Wir sehen: Die richtige Wirtschaftspolitik war und bleibt ein wichtiger Stabilisator in der Krise.

(Beifall FDP)

Mithilfe unserer Investitionen und Programme stärken wir unsere Unternehmen, die mit ihrer Innovationskraft unsere Wirtschaft und somit Finanzkraft wieder ins Lot bringen. Nicht Verbote, wie vom politischen Mitbewerber angenommen, sind der Investitionstreiber in unserem Land, sondern der Wettbewerb um die besten Ideen und der Forschergeist unserer Unternehmen.

(Beifall FDP)

Jede Investition, die das Wirtschaftswachstum fördert, hilft uns, die finanziellen Folgen von Corona zu bewältigen. Der Staat - das sollten wir nie vergessen - ernährt sich aus der Substanz der Wirtschaft.

Daher ist es auch genau der richtige Weg, dass unser Wirtschaftsminister Bernd Buchholz den Seed- und Start-up-Fonds des Landes mehrfach aufgestockt hat und den kreativen Gründern in unserem Land somit mehr Risikokapital zur Verfügung stellt. Genau das brauchen wir nämlich, mutige, innovative und kluge Köpfe, die sich etwas trauen und das Land durch neue Ideen voranbringen wollen. Unterstützen wir doch diesen Mut und die vielen Gründer und Start-ups in unserem Land.

Wir leben nämlich in einem relativ ressourcenarmen Land. Die wichtigste Ressource, die wir in Schleswig-Holstein haben, ist das Humankapital, also Bildung, Bildung und noch mal Bildung. Wie wichtig die Digitalisierung für die Bildung unserer Schulkinder ist, hat uns die Pandemie leider schmerzhaft vor Augen geführt. Nicht nur deshalb erhöhen wir den Ansatz für den Breitband- und Mobilfunkausbau jetzt noch einmal um 50 %.

Aber Bildung, das wissen wir alle, beginnt nicht erst in der Schule.

(Zurufe SPD)

Deshalb legen wir auch bei der frühkindlichen Bildung noch einmal kräftig zu.

(Beifall FDP)

(Annabell Krämer)

Insgesamt mehr Qualität, ein verlässliches und faires Finanzierungssystem sowie ein bezahlbarer Beitragsdeckel - das war und ist der Dreiklang, der unsere Kitareform von Anfang an bestimmte. Wenn ich immer wieder höre, dass die SPD sagt, nur mit der SPD gebe es eine beitragsfreie Kita: Ganz ehrlich, liebe Genossen, glauben Sie wirklich, dass irgendjemand der SPD, deren Landesregierung uns die höchsten Elternbeiträge im gesamten Land hinterlassen hat, abnimmt, dass sie das in dieser Legislaturperiode gemacht hätte? Ganz ehrlich, liebe SPD: Der Wähler, der Ihnen das abnimmt, muss erst geboren werden.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für diese Reform stellt das Land bis 2022 bereits rund 1 Milliarde € zur Verfügung. In 2022 nehmen wir zusätzliche Mittel in die Hand. Wir richten Inklusionszentren ein, senken erneut den Gemeindeanteil an den Kitakosten und verringern den Elternbeitragsdeckel im Krippenbereich von dem bereits in dieser Legislaturperiode massiv abgesenkten Deckel von 288 € auf jetzt 232 €. Das ist eine wirklich fantastische Nachricht für alle Eltern, denen die Küstenkoalition die hohen Elternbeiträge vermachte hat.

Wir dürfen eines nicht vergessen: Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Halten wir also hier und heute fest: Wir investieren weiterhin in Bildung, Digitalisierung und unsere Infrastruktur.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vergessen wir eines nicht: Nie gab es mehr zu tun.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Fraktionen haben jetzt noch Restredezeiten. - Ich sehe, dass davon Gebrauch gemacht wird. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete des SSW Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! In meinem Nebenberuf bin ich auch noch Finanzpolitiker. Ich will daher die anderen Finanzpolitiker nicht allein stehen lassen, sondern die Gelegenheit nutzen, etwas Finanzpolitisches von mir zu geben.

Erst einmal schönen Dank an Lasse Petersdotter für das Lob. Das war berechtigt.

(Heiterkeit)

Es ist schön, dass das außerhalb des SSW erkannt wird. Es ist in der Tat ein historischer Beschluss, in Zukunft die Minderheiten von Kürzungen freizuhalten.

Das ist nicht der eigentliche Grund, aus dem ich hierher gegangen bin. Das war nur ein Schlüsselreiz, der ausgelöst wurde. Ich wollte etwas zur Schuldenbremse sagen. Das ist mir ganz wichtig. Wir driften immer wieder in die Diskussion ab und sagen, das müsse alles auf Teufel komm raus geändert werden.

Wir dürfen und müssen diskutieren, ob die Schuldenbremse so, wie wir sie in unserer Verfassung verankert haben, in Ordnung ist oder sie in irgendeiner Art und Weise hindert. Das ist politisches Handeln. Gesetze - auch eine Verfassung, wenn es sein muss - sollte man immer hinterfragen.

Ich sehe, dass die Schuldenbremse auf Bundesebene mehr Handlungsspielraum gibt. Das ist einfach so. Das stellen wir einfach fest. Sieht man, dass die Welt auf Bundesebene auch nicht untergegangen ist, sehe ich einen gewissen Spielraum, wenn man ihn denn nutzen will.

Ich weise aber auch darauf hin, dass wir bereits jetzt Spielraum haben.

Erstens. Wenn tatsächlich - das haben wir in den letzten eineinhalb Jahren vorgemacht - ein außergewöhnliches Ereignis eintritt, sind wir in der Lage, finanzpolitisch schnell reagieren zu können - wegen des Zweidrittelanfordernisses natürlich nur, wenn wir einig sind. Das hat funktioniert. Das finde ich zunächst einmal beruhigend.

Zweitens muss man aber auch so ehrlich sein zu sagen: Die Schuldenbremse hat eine Öffnung. Das Stichwort hier ist Sondervermögen. So ehrlich müssen wir sein. Das haben wir auch in der Küstenkoalition schon genutzt. Sonst hätten wir kein IMPULS-Vermögen. Die Flexibilität, die sich manch einer wünscht, haben wir bereits heute.

Wir können gern über die Feinheiten einer Schuldenbremse diskutieren. Viel wichtiger in dieser Diskussion finde ich aber die Frage: Was wollen wir mit dieser Flexibilität anfangen?

Wenn wir über Sondervermögen reden, reden wir zunächst einmal darüber, dass wir der Exekutive quasi einen Freifahrtschein geben und sagen: Macht mal! Wir können das einschränken, so wie wir das in der Coronakrise gemacht haben, als wir stramme Vorgaben gemacht haben, aber die Umsetzung landet weitgehend bei der Exekutive. Die Kontrollmöglichkeiten sind eher gering.

(Lars Harms)

Die jetzige Regelung hat einen kleinen psychologischen Vorteil. Wenn man die Schuldenbremse umgeht, wird es sofort sichtbar, weil wir ein Sondervermögen auflagen. Dann müssen wir uns mit der Bevölkerung draußen auseinandersetzen darüber, ob sie das, was wir gerade beschließen wollen, auch so lustig wie wir finden. Das finde ich im Prinzip erst einmal gar nicht schlecht. Dann kommen wir nämlich mehr dahin, Themen zu diskutieren.

Es ist richtig zu sagen, dass wir nicht gern Schulden machen wollen und dadurch nachfolgende Generationen belasten. Aber auch durch Unterlassen wollen wir nachfolgende Generationen nicht belasten. Beides ist richtig. Beides muss man austarieren. Deshalb ist es für uns wichtig zu sagen: Wir wollen keine zusätzlichen Schulden machen für - so nenne ich es einmal platt - konsumtive Ausgaben, die sich irgendjemand von uns irgendwie einfallen lässt, weil wir zufällig eine Klientel haben, die das ganz toll findet. Das wäre ein Fehler.

Geht es aber darum, Zukunftsherausforderungen anzugehen - das Stichwort da ist Klimawandel -, muss man darüber diskutieren dürfen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Koch?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Herr Kollege Harms. - Ich frage Sie, ob Ihnen bewusst ist, dass die Schulden der Vergangenheit, der Schuldenberg, der in den 40 Jahren aufgetürmt wurde, nie für konsumtive Ausgaben getätigt wurde, sondern immer nur für Investitionen?

- Das ist insofern richtig, als man als Begründung immer Investitionen nehmen musste, weil man nur dafür Schulden aufnehmen durfte. Dadurch dass man Investitionen schuldenfinanziert durchgeführt hat, hatte man im Normalhaushalt Luft, um die konsumtiven Ausgaben zu finanzieren, um die es eigentlich ging. So ehrlich müssen wir auch sein, lieber Kollege Koch. Es ist ein System, das voneinander abhängig ist.

Ich habe nichts dagegen zu sparen. Im Gegenteil. Ich bin einer der Befürworter der Schuldenbremse gewesen. Ich kann mich noch erinnern: Als wir darüber geredet haben - Monika Heinold wird sich auch noch gut daran erinnern -, war der SSW der

ausschlaggebende Faktor, eine Schuldenbremse in den Landeshaushalt aufzunehmen. Andere mussten folgen, weil auf einmal eine Zweidrittelmehrheit sichergestellt war. Dazu stehen wir auch heute noch. Wir sagen nur, es muss eine Diskussion über die Ausgestaltung der Schuldenbremse möglich sein. Ob wir sie ändern, ist eine andere Frage. Mir geht es eher darum, Inhalte zu diskutieren, darüber, welche Inhalte man angehen will, wenn man möglicherweise zusätzliche Schulden aufnehmen will.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine zweite Zwischenfrage?

Lars Harms [SSW]:

Er sah schon wild entschlossen aus. - Selbstverständlich gern.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank. - Herr Kollege Harms, halten Sie es denn für einen klugen Weg, zu dem ehemaligen System zurückzukehren, Investitionen über Schulden zu investieren, sich dadurch Luft im Haushalt zu verschaffen, die man dann für konsumtive Ausgaben nutzen kann?

- Definitiv nein. Darüber habe ich gerade gesprochen. Es geht nicht darum, jedwede Investition, die man irgendwie tätigen will, über Schulden zu finanzieren, damit man Luft im Haushalt bekommt. Es geht vielmehr darum - das ist ganz wichtig -, die großen Herausforderungen der Zukunft, beispielsweise des Klimawandels, welche für mich in den nächsten Jahrzehnten die größte Herausforderung ist, bewältigen zu können, die Transformation unserer Wirtschaft in eine Wirtschaft, die klimagerechter und hoffentlich irgendwann klimagerecht ist. Um das hinzubekommen, benötigen wir Investitionen. Das kann man eng formulieren. Man kann sagen: Unter den und den Bedingungen sind wir bereit, nach heutiger Rechtslage ein Sondervermögen zu bilden.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wollte man beispielsweise Batterietechnik stärker fördern - Sie können sich erinnern, wir wollten gern ein Forschungszentrum nach Itzehoe haben; das ist uns leider nicht gelungen, weil ein CDU-Bundestagsabgeordneter das anders sah und es woanders hin verfrachtet hat -, was richtig ist, weil das, ist man ganz ehrlich, der Schlüssel der Mobilität, vor allem der Individualmobilität der Zukunft ist, und kriegt es hin, in Schleswig-Holstein etwas zu entwickeln, dass wir nicht mehr auf die Steckdose angewiesen sind, sondern in der Individualmobilität mit Batterien

(Lars Harms)

en, mit Akkus arbeiten können, wäre das ein Quantensprung auch für die Gesellschaft, für die Wirtschaft, für die Menschen, für die Mobilität, für den ländlichen Raum, für alles. Dafür lohnt es sich, Schulden zu machen, weil sich das dreimal bezahlt macht, sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch als auch individuell. Dann macht es Sinn. Diese Diskussion müssen wir führen. Wir dürfen nicht nur eine Diskussion über irgendwelche Paragraphen führen, die wir ändern wollen. Das ist mir ganz wichtig.

Ich hatte nun schon die Gelegenheit, etwas zur Schuldenbremse zu sagen, und bin mit diesem Thema so weit durch. Ich hoffe, dem einen oder anderen in der Diskussion geholfen zu haben. Mir geht es um ein weiteres Thema im Haushalt, das ganz wichtig ist, das sich wahrscheinlich am Ende der Haushaltsberatungen nicht in irgendwelchen Haushaltsanträgen niederschlagen wird. Ich weiß aber, dass in Jamaika darüber diskutiert wird. Ich will nicht mit guten Ratschlägen hinter den Berg halten. Das wäre nicht meine Art. Es geht um das Thema Hamburger Hafenschlick, die Erhöhung um die berühmten 5 € pro Tonne Verbringung. Derzeit werden 500.000 t, die eigentlich für 2022 gedacht waren, vorgezogen und können verbraucht werden. Das ist alles in Ordnung. Das ist alles abgesprochen. Wahrscheinlich werden wir Ende 2022 eine neue vertragliche Regelung geschaffen haben, um in diesem Bereich weiter so arbeiten zu können.

Da ist wieder die inhaltliche Frage: Was machen wir mit der Kohle? Ich weiß, darüber diskutiert ihr in der Koalition auch fleißig. Ich glaube: Wenn wir den Hafenschlick entnehmen und ihn in die Nordsee verbringen, dann hätten wir an der Küste es verdient, womit ich mit Küste nicht nur direkt am Deich meine, sondern auch ein bisschen weiter dahinter, dass dieses Geld auch für Naturschutz- und Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben wird. Damit meine ich nicht den Naturschutz, den wir üblicherweise machen. Der kann auch aus Haushaltsmitteln finanziert werden, sondern ich meine die große Herausforderung, die wir jetzt aufgrund des Klimawandels haben.

Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen. Das erste Beispiel ist der Klassiker, das ist der Anstieg des Meeresspiegels. Das heißt, wir werden Küstenschutzmaßnahmen brauchen. Die kann man übrigens auch gut mit Naturschutzmaßnahmen kombinieren. Hierfür werden wir wahrscheinlich mehr Geld benötigen, das wird einfach so sein. Da werden wir mit den Mitteln so nicht auskommen können.

Ein zweiter Bereich ist mir eigentlich noch viel wichtiger, weil der sehr viel kurzfristiger relevant sein kann. Es kann auch uns passieren, dass wir Starkregenereignisse bekommen. Das bedeutet aber auch, dass wir in den Landschaften, in denen die Topografie sehr niedrig ist, Probleme kriegen. Wenn man Eiderstedt von oben ansieht, dann sieht die Gegend aus wie ein Teller. Das gilt auch für Nordstrand und für Pellworm. Unter beiden Gebieten liegt Moor, die Landschaften dort sacken weiter ab. Das heißt, wenn es dort Starkregen gibt, dann hat man sehr große Schwierigkeiten, weil diese Regionen unter Normalnull liegen. Hier brauchen wir gute wasserwirtschaftliche Lösungen. Wir brauchen hier neue Siele. Die Siele sind teilweise sehr veraltet und müssen erneuert werden. Wir brauchen Vorfluter, wir brauchen zum Beispiel aber in der Elbmarsch, in der es das genau gleiche Problem gibt, möglicherweise Flächen, auf die das Wasser irgendwann ausweichen kann. Diese Flächen sind da jetzt nicht, die müssen wir uns kaufen, die müssen wir uns anschaffen, und die müssen wir entsprechend ausgestalten, damit die Regionen Wasser aufnehmen können.

Solche Maßnahmen aus diesen Mitteln zu finanzieren, wäre wirklich großartig. Ich glaube, für diese Dinge haben wir derzeit noch nicht so fürchterlich viel Geld. Da wäre es sehr angebracht, wenn wir in den Elbniederungen, aber eben auch auf den Inseln tatsächlich Hochwasserschutz und an den Deichen Küstenschutz hinbekommen könnten. Es wäre ganz wichtig, dass wir das Geld genau für diese Bereiche nutzen können. Das ist Küstenschutz, das ist Menschenschutz, das ist Schutz der Wirtschaft, das ist vor allen Dingen auch Naturschutz. Das wäre eine ganz großartige Sache. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Theoretisch stehen den Fraktionen jetzt noch Restredezeiten zu. - Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Wir kommen zu Abstimmungen zu a) und b), Gesetzentwürfe der Landesregierung, Drucksachen 19/3200 und 19/3201. Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe der Landesregierung, Drucksachen 19/3200 und 19/3201, an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung 13:03 Uhr bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Frauenfacheinrichtungen bedarfsgerecht finanzieren

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3290

Unterstützung und Förderung von Frauenfacheinrichtungen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3309

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich bitte um Nachsicht für meine Verspätung. - Liebe Kolleginnen! Meine Damen und Herren! Seit 14 Tagen sind alle Frauenhausplätze belegt. Frauen, die vor Gewalt Schutz suchen, finden in Schleswig-Holstein im Augenblick keinen sicheren Ort mehr. Falls das jetzt immer noch nicht allen klar ist: In unserem Land fehlen Frauenhausplätze.

(Beifall SPD)

- Eigentlich ist das zum Heulen und nicht zum Klatschen. - Mit der Bedarfsanalyse - da bin ich mir mit der Regierung nicht nur ausnahmsweise, sondern aus tiefster Überzeugung einig - haben wir etwas Großartiges auf den Weg gebracht. Wir haben es gemeinsam auf den Weg gebracht, damit wir zum ersten Mal einen umfassenden Überblick darüber haben, was in unserem Land beim Thema Gewaltschutz geleistet wird.

Die Bedarfsanalyse zeigt, dass wir gute Strukturen haben - nur nicht überall, nicht in ausreichender Zahl und ohne ausreichende finanzielle Unterstützung. Aber warum, liebe Frau Ministerin Sütterlin-Waack, tun Sie sich dann so schwer mit der Umsetzung? - Gerade ist mir der Änderungsantrag der Regierungsfaktionen auf den Tisch geflattert. Darin steht zum ersten Mal wirklich eine Menge dessen,

worüber ich eigentlich so gern einmal mit Ihnen in diesem Haus und in den Ausschüssen spräche.

Im Moment ist meine Wahrnehmung: Es braucht den Druck aus dem Parlament, und es braucht den Druck von der Straße. Es braucht seitenlange Briefe aus den Frauenhäusern und Berechnungen. Die Frauen in den Frauenhäusern haben eigentlich etwas Besseres zu tun, als lange Briefe zu schreiben und mit uns über die Finanzierung zu streiten. Die haben nämlich extrem viel zu tun; denn über bessere Personalschlüssel reden wir noch nicht einmal im Ansatz. Davon träumen wir ja gerade noch.

Warum verweigern Sie die öffentliche Debatte? Warum gibt es keine Anhörung im Parlament? Warum gibt es kein breites, öffentliches Verfahren mit allen Beteiligten, sondern eine geheime Ad-hoc-Gruppe, deren Beteiligte inzwischen die Mitarbeit aufgekündigt haben und Ihnen sozusagen alles vor die Füße schmeißen? Warum finden Sie, warum finden wir keinen Weg, um gemeinsam an der Umsetzung dieser Bedarfsanalyse, einem Stufenplan oder einer irgendwie gearteten Lösung zu arbeiten?

Das ist so ein wichtiges Thema für unser Land. Ich biete es an wie saures Bier, dass wir gern daran mitarbeiten würden. Aber gut: Sie wollen es nicht. Dann müssen Sie sich das hier jetzt auch anhören.

(Beifall SPD)

Ja: Es geht um Geld. Das ist - darüber haben wir heute Morgen gesprochen - in den nächsten Jahren knapp.

Es geht um vergleichsweise viel Geld für die Frauenhäuser, ihre Bewohnerinnen und die vielen Menschen, die dort arbeiten. Die Frauen haben gestern Abend bei der Informationsveranstaltung sehr eindrücklich geschildert, wie spät die Abschläge bezahlt worden sind, dass sie im Moment alle mit ihren Konten in den Miesen sind.

Es geht um verhältnismäßig wenig Geld für die öffentliche Hand, jedenfalls hinsichtlich der Punkte, die heute auf meinem Antrag stehen. Es geht - das sage ich noch einmal sehr deutlich, weil ich die Aussage des Landkreistags, es sei keine Pflichtaufgabe, so nicht stehen lassen will - um eine gesellschaftliche Pflichtaufgabe, an deren Finanzierung alle gesellschaftlichen Ebenen sich beteiligen müssen - Land, Bund, Kreise, Städte, alle.

(Beifall SPD und SSW)

Deutschland hat die Istanbul-Konvention im Dezember 2017 ratifiziert und sich damit verpflichtet, Frauen vor Gewalt zu schützen, insbesondere häus-

(Beate Raudies)

liche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen und die Hilfestruktur aufzubauen und zu finanzieren. Leider zeigt sich immer noch: Die Zeit der Bettelei ist für Frauenfacheinrichtungen nicht vorbei. Im Gegenteil: Im Moment habe ich den Eindruck, dass es schlimmer denn je wird.

Statt die Ärmel hochzukrempeln und die Bedarfsanalyse umzusetzen - dazu habe ich eben schon etwas gesagt, und ich sage ausdrücklich, dass es nicht von heute auf morgen geht und bestimmt eine Menge Geld kosten wird -, schaffen Sie es nicht, bei mir den Eindruck zu vertreiben, dass die Landesregierung den Bedarf an die Finanzen anpasst. Dem Eindruck müssen Sie jetzt bitte noch einmal entgegen-treten und sagen, wie Sie es tun. Es reicht vorne und hinten nicht. Seit einem halben Jahr ziehen Sie an der Decke, ziehen sie hier- und dahin. 100.000 € mehr Kohle sind im System - trotzdem reicht es nicht in den Frauenfacheinrichtungen.

(Beifall SPD)

Die geplante Erhöhung der Platzkostenpauschale und die Deckelung der Mietkostenzuschüsse bringen die Einrichtungen in finanzielle Not. Am schlimmsten finde ich tatsächlich, dass Sie sich in einem Nebensatz der neuen Richtlinie aus der Vollfinanzierung der Frauenhäuser verabschieden und ohne Not das bundesweit bewunderte und geschätzte System der Frauenhausfinanzierung infrage stellen.

Dabei haben Sie doch bewiesen, dass Sie es auch anders können. Das Frauenhaus für den nördlichen Landesteil ist auf dem Weg. Für das nächste Jahr gibt es mehr Geld; das haben Sie in den Haushalt eingestellt.

Ich habe an dieser Stelle bereits mehrfach anerkannt - lobend anerkannt und ausdrücklich gesagt, dass ich sehe -, um wie viel die Mittel in dieser Legislaturperiode angestiegen sind und dass das eine große Leistung war. Wir haben das auch immer unterstützt. Darum geht es nicht. Aber wir brauchen insgesamt mehr Plätze, und wir müssen eine andere, bessere Finanzierung der Frauenhäuser hinkriegen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns einig, dass Frauenhäuser und im Besonderen Frauenfacheinrichtungen oft der letzte Ausweg für Frauen sind, gemeinsam mit ihren Kindern vor Gewalt zu flüchten, vor sexualisierter oder auch häuslicher Gewalt. Seit Anbeginn dieser Wahlperiode 2017 hat sich die Förderung der Frauenfacheinrichtungen immer weiterentwickelt und verbessert - mit einer sehr positiven Bilanz. Ich möchte jetzt einmal mit den Märchen aufräumen, die eben erzählt worden sind.

Die Förderung von Frauenfacheinrichtungen ist in den letzten vier Jahren kontinuierlich gestiegen - von ursprünglich 5,6 Millionen € im Jahr 2017 auf 7,5 Millionen € in diesem Jahr -, und bald, im Jahr 2022, werden es 8 Millionen € sein. Ab dem kommenden Jahr greift auch die vereinbarte jährliche Dynamisierung der Mittel. Das hat es vorher noch nie gegeben.

Laufende Verbesserungen gibt es auch im Bereich der baulichen Ausstattung der Frauenfacheinrichtungen, wie zum Beispiel bei der Barrierefreiheit, bei der Sanierung von Bädern und von Küchen oder bei Neubauten von Frauenhäusern.

Die Finanzierung von Frauenfacheinrichtungen ist bei uns in Schleswig-Holstein - so sagen es Fachleute - vorbildlich gelöst.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das pauschale Finanzierungssystem sorgt für eine gute Planbarkeit und Verlässlichkeit und ein eher unbürokratisches Zuschussverfahren durch das Finanzausgleichsgesetz.

Ich nenne hier die gute finanzielle Ausstattung der Frauenhäuser, der Frauenfachberatungsstellen, der landesweiten KIK-Netzwerke, des Landesverbands der Frauenfachberatungsstellen im LFSH, des Netzwerks gegen Frauenhandel Contra und der Beratungsstelle für Frauen mit Behinderungen Mixed Pickles. All diese sind uns besonders wichtig und prioritär, und das müssen sie auch bleiben.

Systematisch arbeiten das Ministerium und der Landtag an einer kontinuierlichen Verbesserung der Lage für die eingangs genannte Zielgruppe. Bis heute haben wir 358 Plätze in Frauenhäusern geschaffen, was seit 2017 eine Steigerung um 39 Plätze bedeutet.

Der pauschale Platzkostensatz in den Frauenhäusern stieg von 11.570 € im Jahr 2017 auf nun

(Katja Rathje-Hoffmann)

13.470 € Die Förderung des KIK-Netzwerks haben wir von 14.900 auf 30.000 € in diesem Jahr verdoppelt. Im kommenden Jahr werden es pro KIK-Stelle in den Kreisen und kreisfreien Städten 30.750 € sein. Da greift dann auch die Dynamik von 2,5 %, sodass wir nicht mehr ewig nachverhandeln müssen, sondern das wird sich mit den normalen Steigerungskosten dynamisieren. Diese Dynamik gilt selbstverständlich für alle Frauenfachberatungsstellen. Auch hier wurden zunächst die Fördersummen von 2020 um rund 680.000 € auf künftig 1,57 Millionen € für das nächste Jahr deutlich angehoben. Selbstverständlich steigen die Fördersummen von Contra, des LFSH und von Mixed Pickles genauso kontinuierlich an.

Dringend erwähnen möchte ich auch die Sanierung und den Um- und Neubau von Frauenhäusern, wofür wir 10,3 Millionen € aus dem IMPULS-Programm verwenden. Ich denke, das ist genau richtig. Wir haben bereits einige Frauenhäuser neu gebaut. Weitere stehen noch an. Das ist genau die richtige Methode, den Frauenhäusern und den Beratungsstellen konkret zu helfen.

Durch die neue Richtlinie wird gewährleistet, dass künftig kein Frauenhaus schlechter gestellt wird, sondern es wird sichergestellt, dass es allen besser geht. Hier ist das Vorgehen der LAG der autonomen Frauenhäuser für uns wirklich völlig unverständlich. Sie sollten endlich anerkennen, dass mehr Mittel fließen und auch fließen werden für den Schutz von Frauen und deren Kindern, für die Sicherheit in den Frauenhäusern und so weiter.

Wir bekennen uns zu der Istanbul-Konvention. Deutschland hat sich verpflichtet. Das ist Verpflichtung auch für uns. Das bedeutet natürlich auch, dass die in der Zoom-Studie festgestellten zusätzlichen Bedarfe an Frauenhausplätzen gedeckt werden müssen, insbesondere in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.

Aktuell werden intensive Gespräche mit den Verantwortlichen vor Ort geführt, um auch dort eine angemessene Versorgung zu erreichen. Das Geld dafür steht für das kommende Jahr bereit.

Wir stellen fest, dass es wirklich noch nie so gut um Schleswig-Holsteins Frauenfacheinrichtungen bestellt gewesen ist. Das wird auch so bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben ein gutes und langjährig bewährtes System weiterentwickelt. Wir haben es zukunftsfest ge-

macht. Auch das wird in Zukunft so bleiben; da bin ich sehr optimistisch. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ich möchte mit dem anfangen, was mich in den letzten Wochen und Monaten, ehrlich gesagt, tierisch geärgert hat. Das ist, dass wir wie kaum eine Regierung vorher so viel Geld in das System gesteckt haben,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

während zeitgleich die Behauptung in den Raum gestellt wird, wir verabschiedeten uns als Land aus der Finanzierung der Frauenhäuser. Das hat nämlich einfach gar nichts mit der Realität zu tun. Mir ist es wichtig, das einmal zu sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Mir ist es außerdem wichtig zu sagen, dass es einerseits natürlich um die Finanzierung der Frauenhäuser geht; aber es geht eben auch um die Finanzierung der Frauenberatungsstellen, wie beispielsweise Katharina Wulf, die heute anwesend ist, der Landesverband der Frauenberatungsstellen, die übrigens ebenfalls eine großartige Arbeit leisten: KIK-Koordinierung, Contra und viele andere Punkte, die meine Kollegin vorhin schon genannt hat. Mir liegt sehr viel an der Feststellung, dass viele mit dem, was wir tun, zufrieden sind. Ich finde, es ist durchaus wichtig, das an dieser Stelle einmal zu erwähnen und festzustellen, dass es eben mehrere Gruppen und Institutionen gibt, die wir an dieser Stelle fördern. Und dies tun wir aus voller Überzeugung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir halten an der institutionellen Förderung fest und stocken diese auf. Damit sind wir bundesweit beispielgebend.

(Aminata Touré)

Wenn ich in einem frauenpolitischen Kontext unterwegs bin - Bund-Länder-Treffen -, sagen alle immer wieder: Es ist großartig, wie die Finanzierung bei uns läuft. Daran muss man sich orientieren.

Auch durch die Änderung der Richtlinie ändert sich nichts an der Tatsache, dass wir bei dieser Struktur bleiben wollen, die Frauenhäuser vernünftig zu finanzieren. Das muss man hier einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Die Gewaltschutzarbeit ist für uns Grüne, aber auch für alle anderen ein sehr wichtiger Punkt. Ich wiederhole es immer wieder: Das war einer der Punkte, die für uns während der Koalitionsverhandlungen extrem wichtig waren und nach wie vor wichtig sind. Das ist eines der wenigen Projekte, die konkret mit Zahlen hinterlegt worden sind. Wir haben 3 Millionen € in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben; inzwischen sind daraus 10 Millionen € geworden. Wir haben dieses Geld für alle 16 Frauenhäuser bereitgestellt. Dieses Angebot wird auch sehr ausgiebig genutzt, weil es eben Sanierungsbedarf gibt, weil es Neubaubedarf gibt. Wir haben das Geld bereitgestellt für alle, die daran partizipieren wollen, weil wir davon überzeugt sind, dass es wichtig ist.

Auch bei den Betriebskosten haben wir deutlich zugelegt. Zu Beginn der Jamaika-Koalition standen im FAG 5,6 Millionen € zur Förderung der Frauenfacheinrichtungen bereit. Jetzt sind es 7,5 Millionen €. Ab 2022 wird diese Summe jährlich um 2,5 % dynamisiert, was noch mehr Kohle bedeutet.

Unser Anliegen ist es, die Miet- und Platzkostenförderung auf einheitliche, nachvollziehbare und gerechte Füße zu stellen. Das war eine der Empfehlungen der Bedarfsanalyse. Das ist zum Beispiel ein Punkt, den wir an der Stelle umgesetzt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Orientierung an den Parametern der sozialen Wohnraumförderung gehört dazu.

Auf die Brandmeldungen der Frauenhäuser, dass es Verschlechterungen geben wird, haben wir reagiert. Ich finde auch nicht, dass es eine Lappalie ist, wenn wir uns dann, wenn wir im Austausch mit den Frauenhausmitarbeiterinnen und Frauenhausmitarbeitern sind, die sagen, es könnte möglicherweise zu einer Situation kommen, bei der wir weniger Kohle haben, zusammensetzen und sagen, wir wollen mehr Kohle reinstecken. Wir sagen, 100.000 € stellen wir bereit. Wenn wir das tun, dann ist das doch nicht egal, sondern dann ist das ein Reagieren auf die Nöte und auf die Sorgen, die uns die Frauen-

hausmitarbeiterinnen und Frauenhausmitarbeiter genannt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schalten also nicht auf stur, sondern hören ganz genau hin und versuchen, mit allen Beteiligten angemessen und gerecht umzugehen.

Auch ich habe gestern an der Veranstaltung teilgenommen, auf der wir mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Frauenhäuser gesprochen haben. Heute Morgen erst war ich zusammen mit Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack dabei. Wir haben uns dort übrigens darauf geeinigt, weil sich die Frauenhäuser das wünschen, ein jährliches Hearing durchzuführen, bei dem wir dann über die Daten sprechen, darüber, welche politischen Anreize es gibt, und wo wir bereit sind, darüber zu sprechen. Wir befinden uns in einem regelmäßigen Austausch. Es gibt wohl kaum eine andere Institution, mit der ich in einem solch regelmäßigen Austausch bin. Ich glaube, das geht uns allen so. Deswegen lasse ich mir den Vorwurf nicht gefallen, wir nicht mit ihnen sprächen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Nun komme ich gerne zu Lübeck. Auch dort gibt es eines der Frauenhäuser, die uns ihre Situation geschildert haben. Ja, es mag die Situation geben, dass die Lage schwierig ist, dass die Mietkostenförderung etwas sinkt. Aber was wir zeitgleich getan haben, ist, dass es dafür mehr Geld über die Platzkosten gibt. Und das Land fördert zwei weitere von den sechs kommunalen Plätzen. Vermieterin in Lübeck ist - wie wir alle ganz genau wissen - die Stadt Lübeck.

(Anita Klahn [FDP]: Genau!)

Sie verlangt im Vergleich einen ziemlich hohen Mietzins. Ich spare mir weitere Worte dazu.

Zu Beginn von Jamaika gab es 319 Frauenhausplätze in Schleswig-Holstein. Dann kamen 30 befristete Plätze dazu. Diese bleiben dauerhaft bestehen, und es werden noch einmal 28 neue Plätze für den Norden dazukommen. Dafür geben wir ab dem Jahr 2022 weitere - noch mal neuer Beschluss, noch mal neue Kohle - 440.000 € ins System. Auch damit setzen wir einen weiteren Vorschlag der Bedarfsanalyse um.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erreichen damit den unteren Rand der vorge schlagenen landesweiten Plätze. Diese Bilanz kann sich - ehrlich gesagt - sehen lassen. Natürlich haben

(Aminata Touré)

die Frauenhäuser noch weitere Punkte, noch weitere Forderungen, zum Beispiel der Punkt Personalschlüssel, der bei eins zu sechs bleibt. Allerdings ist es faktisch so, dass die Bedarfsanalyse, auf die sich alle gern beziehen, gesagt hat, dass der Landesdurchschnitt bei eins zu vier liegt. Das heißt: So weit entfernt sind wir davon nicht.

Eine Vollkostenfinanzierung durch das Land gibt es nicht. Es ist nicht die alleinige Aufgabe des Landes, Gewaltschutzangebote vorzuhalten; es ist eine geteilte Aufgabe. Wenn man die Position vertritt, dass es eine Vollkostenfinanzierung des Landes geben muss, kann man nicht zeitgleich sagen, dass Kommune, Bund und Land sich diese Aufgabe teilen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Wir wollen die Kommunen an dieser Stelle nicht aus der Verantwortung entlassen. Ganz im Gegenteil, mit der neuen Richtlinie stärken wir sie sogar und wollen sie mehr in die Verantwortung nehmen.

Des Weiteren gab es Kritik von den Frauenhäusern, dass beispielsweise die Öffentlichkeitsarbeit ein Punkt ist, der herausgefallen ist. Wir haben ihn in die Gespräche, die wir regelmäßig führen, wieder hineingenommen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete - -

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin sofort am Ende. - Weitere Forderungen der Frauenhäuser sind noch offen: mehr Personal, bessere Vergütung, Pauschalen für Overhead und pädagogische Arbeit, noch mehr Plätze, barrierefreie Angebote, mehr Angebote für traumatisierte Menschen. Ich kann all diese Punkte sehr gut nachvollziehen. Ich glaube, wir sind noch nicht am Ende. Wir sagen es immer wieder: Wir gehen die ersten Schritte, die diese Bedarfsanalyse gegeben hat, aber wir dürfen an dieser Stelle nicht vergessen, dass wir in Neubau, Sanierung mega viel Kohle eingesteckt haben und dass wir jetzt bereit sind, noch mehr Kohle für -

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Sie müssen jetzt bitte zum Ende kommen.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- beispielsweise die Mietkosten hineinzustecken. Deshalb - letzter Satz - glaube ich: Wir sind am An-

fang, wir sind viele gute Schritte gegangen, und wir werden noch weitere gehen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in der letzten Sitzung unter Punkt 48 der Tagesordnung schon einmal über Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und Kindern in Schleswig-Holstein debattiert. Damals wurde bereits gesagt, dass unser Hilfe- und Unterstützungssystem im Land, das aus Frauenberatungsstellen, KIK-Netzwerk und Frauenhäusern besteht, recht gut aufgestellt ist und dass wir im Bundesvergleich sehr gut dastehen, dass unsere Platzkostenpauschale und unsere Finanzierung über das FAG bundesweit als vorbildlich angesehen werden - wobei wir an der Stelle Gelder aus den SGB-Leistungen verlieren. Auch das möchte ich immer wieder in Erinnerung bringen.

Meine Vorrednerinnen haben es bereits gesagt: Wir haben die Frauenhausfinanzierung, die Frauenfachberatungsfinanzierung von 5,6 Millionen € auf 7,5 Millionen € erhöht. Das ist eine Zahl, die man nicht oft genug wiederholen sollte.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstmalig seit vielen Jahren haben wir wieder eine Dynamisierung, und zwar erstmalig in Höhe von 2,5 %. Wir verstetigen die 30 Sofortplätze, und wir schaffen endlich die Plätze für den Raum Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Das sind alles Forderungen aus vergangener Zeit, die endlich erfüllt werden können.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, wir stärken die Frauenberatungsstellen. Damit werden wir die Erreichbarkeit von Hilfe- und Unterstützungssystemen auch im ländlichen Raum sicherstellen. Hier besteht immer noch ein Mangelangebot, das wir schnellstmöglich auflösen müssen. Die Problematik der häuslichen Gewalt ist auf dem Land nicht weniger stark ausgeprägt als in der Stadt. Ich möchte daher ein neues Angebot aus dem Kreis Herzogtum-Lau-

(Anita Klahn)

enburg hervorheben. Hier verfügt man mit einem Mobilwagen über ein aufsuchendes Hilfsangebot.

(Beifall FDP und Andrea Tschacher [CDU])

Als Liberale habe ich natürlich den Anspruch auf eine effiziente Gesamtstrategie, eine Strategie, die sich klarer Zuständigkeiten und ebenso klarer Aufgabendefinitionen der inzwischen vielfältigen Angebote bedient. Nur dann lässt sich damit auch die Finanzierung transparent, nachvollziehbar darstellen, und etwaige Lücken können aufgedeckt werden. Insofern hat mich das Gespräch mit den Frauenhausvertreterinnen gestern Abend sehr gefreut. Sie haben sich auch dazu bereit erklärt, dass man Aufgaben überprüft und in Einklang bringt. Wir müssen endlich den Spagat zwischen den autonomen und den trägergebundenen Frauenhäusern schaffen, um dort nicht unterschiedliche Welten zu haben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Frauenhaus heute sollte als erste Anlaufstelle, als Akuthilfe und vorübergehender Rückzugsort für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder dienen. Die Beratungs- und Präventionsarbeit sollte zum Ziel haben, dass die unterschiedlichen Frauen, wenn sie in ihrer individuellen Bedarfslage Hilfe benötigen, auch ein differenziertes Unterstützungsangebot in Anspruch nehmen und schnellstmöglich in ein selbstständiges Leben zurückkehren können - ohne Angst vor Gewalt.

Ich möchte an dieser Stelle zwei Dinge hervorheben: Deutschland, und dazu gehört auch Schleswig-Holstein, hat sich mit der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention verpflichtet, auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten, Gewalt zu verhindern, gegen Täter und Täterinnen vorzugehen. Die Istanbul-Konvention ist aber nicht allein auf die Ausstattung von Frauenhäusern und Fraueneinrichtungen beschränkt. Vielmehr erfordert sie mit ihren 81 Artikeln ein umfassendes Schutzkonzept, das auch die kulturelle und gesellschaftlich wirksame Prävention und Öffentlichkeitsarbeit mitdenkt. Die Konvention will die Gleichstellung von Mann und Frau und das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben stärken. Es sollte uns aber die Frage jetzt nicht umtreiben, wie wir immer mehr Frauenhausplätze oder Beratungsangebote schaffen. Unsere Aufgabe ist: Wie begegnen wir dem wachsenden Bedarf an Fachberatung, wie begegnen wir Gewalt?

(Beifall FDP)

Ich bin der Meinung, dass wir hier mit unseren Konzepten an Kitas und Schulen bereits viel weiter sind, als es uns der SPD-Antrag suggerieren möchte. Wir haben im Schulgesetz die Verpflichtung aufgenommen, dass an Schulen Schutzkonzepte entwickelt werden müssen. Ich glaube, das ist genau der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, ich möchte diesen Beitrag nicht enden, ohne allen im Bereich der Frauenberatung Tätigen meine größte Wertschätzung, meinen größten Respekt auszusprechen. Dieser Arbeit, die Sie dort leisten, gebührt der Dank von uns allen. Ich könnte es, glaube ich, nicht machen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der rechtliche und auch der politische Rahmen in Sachen häuslicher Gewalt sind klar und eindeutig. Der Landtag wird die Istanbul-Konvention umsetzen müssen, weil sich die Bundesrepublik Deutschland genau dazu vertraglich verpflichtet hat. Das ist zunächst eine gute Nachricht. Häusliche Gewalt tritt mit diesem Abkommen endlich aus dem Schatten privater Verhältnisse heraus und wird eine öffentliche Angelegenheit, die uns alle angeht. Das war überfällig, und ich bin froh, dass wir aufgrund dieses Abkommens nicht mehr zurück können.

Die Istanbul-Konvention macht aus einem unübersichtlichen privaten Konflikt, als der häusliche Gewalt immer noch verstanden wird, ein strukturelles Problem. Ich kann es nicht mehr lesen, wenn von einem Familiendrama berichtet oder häusliche Gewalt als quasi nachvollziehbare Eifersuchtstat verbrämt wird. Die Istanbul-Konvention macht klar, dass unsere Gesellschaft Frauen in ihrer häuslichen Umgebung zu wenig schützt.

Das ist übrigens auch der Grund dafür, dass die Türkei aus dem Abkommen ausgestiegen ist. Dort gelten Frauenrechte immer weniger. Aber auch in Deutschland werden Frauen in ihrem Zuhause geschlagen, sie werden vergewaltigt, ihre Haut wird verbrannt, und die Kiefer werden gebrochen. Das

(Jette Waldinger-Thiering)

passiert in der Pandemie und der damit verbundenen Enge noch häufiger als sonst. Ich möchte ganz klar sagen: Jede verletzte Frau ist eine zu viel.

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Antrag der SPD-Fraktion ist darum richtig, weil er konkrete Finanzierungszusagen der Landesregierung einfordert. Nicht mehr schnacken, sondern machen.

Ich gehe davon aus, dass eine wirklich bedarfsgerechte Finanzierung weit über das hinausgeht, was der Antrag in Spiegelstrichen fordert. Vor allem der Kernpunkt der Istanbul-Konvention, die Koordinierung der Arbeit, bleibt wieder einmal außen vor. Wir sollten Sorge dafür tragen, dass keine Frau mehr durchs Raster fällt, weil Kompetenzen unklar sind oder die Finanzierungszuständigkeit nicht geklärt ist. Ich möchte das an einem Beispiel zeigen. Viele Frauen haben nach einer Gewalterfahrung Depressionen, Zyklusstörungen oder andere körperliche Symptome. Offenbaren sie bei ihrem Hausarzt ihre Situation, ist dieser darauf angewiesen, dass er das Unterstützungsnetzwerk kennt und den Ansprechpartnerinnen vertraut.

Was ist aber, wenn keine entsprechenden Informationen vorliegen, weil die Beraterinnen bereits in Arbeit ersticken? Was geschieht mit dieser Frau? - Das ist durchaus kein konstruierter Fall. Das Gleiche kann im Kindergarten geschehen, wenn eine Mutter mehrmals Verletzungen aufweist. Genau diese Schnittstellen, wie auch Schule und Hort, profitieren von einem gut koordinierten Netzwerk. Flyer, Infotelefone, Präventionsarbeit in Schulen - all das muss koordiniert und ständig aktualisiert werden. Bislang passiert diese Arbeit aber quasi nebenbei. Das ist ein großes Problem. Der Spiegelstrich zur Prävention in Frauenhäusern verkennt diesen Umfang des Problems bei Weitem.

Dänemark hat die Kommunen verpflichtet, jedem gewaltbetroffenen Erwachsenen eine kostenlose Beratung zu ermöglichen, die in einen Handlungsplan mündet. Das ist Hilfe aus einer Hand. Das ist mit Schleswig-Holstein nicht zu vergleichen, das weiß ich, aber es wäre ein Anreiz. Gerade nämlich deshalb zeigt sich südlich der Grenze ein viel größerer Koordinierungsbedarf, der in den Kommunen aufläuft.

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, ist das hier - ich kann bald schon gar nicht mehr zählen, wie oft ich das schon gesagt habe - kein Frauenproblem. Es ist genauso ein Männerproblem und genauso ein gesellschaftliches Problem.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hans Hinrich Neve [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Deshalb finde ich es richtig und wichtig, dass wir es heute noch einmal diskutieren, dass wir ein paar Tage vor der Bundestagswahl noch einmal denen im Bund zurufen können und müssen, dass wir im Land Schleswig-Holstein ganz viel getan haben. Ja, wir können sicherlich noch besser werden. Selbst wenn wir jetzt unser Frauenhaus in Schleswig-Flensburg bekommen und vielleicht auch in Nordfriesland, gibt es noch ganz viele Stellen, an denen wir noch nachbessern müssen. Aber, kære venner, können wir das nicht endlich bald einmal als gesellschaftliches Problem erkennen, an dem wir arbeiten und bei dem wir etwas tun müssen? Denn jeden Tag, an dem wir die Zeitung aufschlagen oder Nachrichten schauen, wissen wir: Es gibt wieder eine Frau mehr, die Gewalt erlebt hat. Es bleibt nicht nur bei der Frau, denn alle Kinder, die in dem Haushalt leben, werden auch zu Opfern.

(Zuruf Claus Schaffer [AfD])

Insofern: Können wir nicht mal gemeinsam etwas Ordentliches hinbekommen, damit wir denen helfen können?

Ganz herzlichen Dank an alle Frauen, die jeden Tag dafür arbeiten, dass Frauen, die von Gewalt betroffen sind, eine Perspektive bekommen. Dafür einen ganz herzlichen Dank von mir und vom SSW.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich bin wirklich dankbar für die vorliegenden Anträge, können wir doch als Koalition unsere Erfolge bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention im Zusammenhang darstellen. Das ist ja auch geschehen.

Ich möchte jedoch noch einiges richtigstellen, denn mit Erstaunen habe ich die Kampagne der autonomen Frauenhäuser gegen die Landesregierung zur Kenntnis genommen. Über die sozialen Netzwerke wird - oder vielleicht sollte ich nach heute Morgen

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

sagen, sehr geehrte Frau Touré: wurde - behauptet, dass wir Frauenhäuser schließen oder das Geld kürzen. Das ist schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Lars Harms [SSW])

Wir kürzen kein Geld, und wir schließen kein Haus. Sehr geehrte Frau Raudies, noch etwas ist falsch: Eine geheime Ad-hoc-AG hat es nie gegeben. Alle waren daran beteiligt, auch die Frauenhäuser.

Wir haben es schon gehört: Wir haben 39 zusätzliche Plätze in Frauenhäuser dauerhaft geschaffen. Wir werden den Platzkostensatz um 16 % auf 13.470 € erhöhen. Wir haben neun Maßnahmen über das IMPULS-Programm auf den Weg gebracht. Damit bauen wir teilweise Häuser komplett neu, andere werden auf modernen Stand gebracht. Wir konnten zusätzlich 540.000 € - nicht 100.000 € - ab 2022 für das FAG einwerben. Hiermit wollen wir - das ist auch schon erwähnt worden - insbesondere die Platzkapazitäten im Norden schaffen, damit wir dann keine weißen Flecken mehr haben.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine ganz konkrete Umsetzung der Ergebnisse der Bedarfsanalyse. Und wir haben - das ist auch schon erwähnt worden - die Dynamisierung der FAG-Mittel ab 2022, um Kostensteigerungen aufzufangen.

Die bisherigen Schritte zur Förderung der Frauenfacheinrichtungen können sich sehen lassen. Wir setzen die Istanbul-Konvention konsequent um. Wir haben ein breites Netzwerk geschaffen und sukzessive die Themen aufgegriffen. Wir sind sogar weiter als viele andere Länder, vielleicht sind wir sogar Vorreiterinnen.

Insgesamt reden wir über den Einsatz von 7,6 Millionen € allein aus dem FAG für das Hilfe- und Unterstützungssystem für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Ab dem kommenden Jahr werden es dann über 8 Millionen € sein. Damit ist so viel Geld im System wie nie zuvor. Mit der nun zur Anhörung vorgelegten Richtlinie soll der Grundstein für den schnellstmöglichen Einsatz der Mittel gelegt werden. Diese Richtlinie unterscheidet sich in einigen Punkten ganz wesentlich von der alten Richtlinie. Denn nicht nur die Verteilung der Mittel erfolgt nunmehr nach einem festen Platzkostensatz, sondern auch die Förderung der Miete erfolgt nunmehr nach einheitlichen, klaren Kriterien. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall.

Um unsere Platzkostenpauschale werden wir von anderen Bundesländern beneidet, auch um unser Finanzierungssystem FAG. Daran werden wir festhalten. Denn die Frauenhäuser bekommen für jeden Platz Geld, gleichgültig, ob er besetzt ist oder nicht. Mit den neuen Förderkriterien bekommt kein Frauenhaus weniger Geld als vorher, alle bekommen mehr.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die bereits im Juni-Plenum versprochenen zusätzlichen Mittel in Höhe von 100.000 € für die Betriebskosten werden wir in diesem Jahr aus unserem Haushalt zur Verfügung stellen. Um es deutlich zu sagen: Wir sparen es also an anderer Stelle ein. Deshalb sind diese noch nicht im Richtlinienentwurf dargestellt. Ab 2022 sollen diese Mittel dann regulär über das FAG zur Verfügung gestellt werden.

Ich habe es eben schon gesagt: Kein Frauenhaus bekommt weniger Geld, alle bekommen mehr, und zwar in der Summe von 3.186 € bis hin zu 25.231 € Insgesamt erhalten die Frauenhäuser in diesem Jahr knapp 1 Million € mehr als noch im Jahr 2018. Auf die alten Beträge aus dem Jahr 2018 wäre die Förderung nach Auslaufen der befristeten Erhöhung nämlich zurückgefallen. Wir haben diese Erhöhung entfristet. Ab 2022 wird es dann eben noch einmal eine halbe Million Euro mehr sein. Ich wiederhole mich: Das ist so viel Geld wie noch nie.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich freue mich auch auf den Ergebnisbericht der AG 35 des Landespräventionsrats zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Dort und im Rahmen des SCHIFF-Projekts des LFSH werden konkrete Maßnahmen entwickelt, und sie sind beeindruckend: Leitlinien für Zuwanderungsbehörden, die Plakatkampagne zum Thema Männlichkeit, die Untersuchung zur Medienarbeit zur Berichterstattung bei häuslicher Gewalt. Das sind nur einige Beispiele. Zur Entwicklung dieser Themen brauchen wir natürlich auch die Expertise der Frauenhäuser. Deswegen sollen Präventions-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wie bisher zuwendungsfähig bleiben.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal an die Möglichkeit einer gemeinsamen Koordinierungsstelle der Frauenhäuser erinnern. Eine solche könnte zentrale Aufgaben wahrnehmen, Themen einbringen, Kampagnen umsetzen und Ansprechstelle für Multiplikatoren sein.

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Diese Arbeit muss nicht in allen Frauenhäusern einzeln geleistet werden, sondern ließe sich sehr gut bündeln, so, wie es auch die Frauenberatungsstellen mit dem LFSH machen.

Ich will meine Rede nicht schließen, ohne darauf hinzuweisen, dass wir alle am gleichen Ziel arbeiten: Wir wollen Frauen, die von Gewalt in ihrem intimsten Umfeld betroffen sind, eine bessere Zukunft geben. Dabei wollen wir fair miteinander umgehen. Das erwarte ich von den Vertreterinnen der Frauenhäuser, und das erwarten sie zu Recht auch von mir. Deshalb werden wir uns weiterhin für den Ausbau von Plätzen einsetzen. Wir werden für eine Modernisierung der Räumlichkeiten sorgen und uns um bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern kümmern, die dort einen hervorragenden, herausragenden Job machen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgesehene Redezeit um 2 Minuten erweitert. Das stünde jetzt theoretisch allen anderen Fraktionen zu. - Ich sehe jedoch nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll.

Ein Wunsch nach Ausschussüberweisung ist mir nicht zugegangen. Somit ist beantragt, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3290, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, dem Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3309, abstimmen. Wer hier zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU, Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl bei Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Digitale Grundausstattung verankern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3279

Digitale Grundausstattung verbessern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3310

Wie ich sehe, wird das Wort zur Begründung nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Kinder haben Armut nicht gewählt“: Unter diesem Motto hat der Kinderschutzbund, unter anderem auch im Kreis Schleswig-Flensburg, am Montag auf die sehr prekäre Situation vieler Kinder und Jugendliche hingewiesen. In Deutschland ist fast jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Juli 2020 leben 13,8 % der unter 18-Jährigen im SGB-II-Bezug. In Schleswig-Holstein sind es 15,1 %. Nur in sechs anderen Bundesländern ist der Anteil noch höher. Interessant werden die Zahlen für 2021 sein.

Die Zahl bleibt im Verhältnis zum Jahr 2014 trotz des steigenden Wirtschaftswachstums konstant hoch, was auf ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland hinweist. Wenn wöchentlich zehn bis zwölf neue Kunden allein bei der Flensburger Tafel, wie man vor kurzem der Zeitung „Flensburg Avis“ entnehmen konnte, hinzukommen - darunter viele alleinerziehende Familien -, bekommt Armut ein Gesicht. Es ist oftmals ein Kindergesicht. Aufwachsen in Armut begrenzt, beschämt und prägt das Leben von Kindern und Jugendlichen, auch in Hinblick auf die eigene Zukunft.

Kinder trifft keine Schuld. Sie sind in Armut gefangen und können sich daraus nicht selbst befreien. Auch wenn Elternliebe hoffentlich vorhanden ist, leiden sie am stärksten unter der Armut. Sie haben häufiger als andere Familien keinen Rückzugsort, an dem sie in Ruhe lernen können. Sie laden weniger Freunde zu sich nach Hause ein, sind weniger mobil, ihnen fehlt es an ausreichender Winterkleidung. Sie sind seltener Mitglied eines Vereins, können nicht mit der Familie in Urlaub fahren, sie schlagen Einladungen zu Geburtstagsfeiern aus, weil ihnen das Geld für ein Geschenk fehlt. Sie un-

(Birte Pauls)

ternehmen weniger mit Freunden - zum Beispiel Kinobesuche -, verfügen oft nicht über ein eigenes Taschengeld und müssen für Klassenfahrten und andere Freizeitaktivitäten stigmatisierende Anträge stellen. Sie bekommen bei gleicher Leistung seltener eine Empfehlung für das Gymnasium.

Wenn wir uns einmal vorstellen, was das alles mit Kinderseelen auf Dauer macht: Diese Kinder werden häufiger ausgegrenzt und gemobbt und fühlen sich der Gesellschaft schon früh nicht zugehörig, was sich dann natürlich auch fortsetzt. All das leisten wir uns als eine der reichsten Nationen sehenden Auges. Wir sollten uns schämen, nicht die Kinder!

(Beifall SPD und SSW)

Es brauchte erst eine Pandemie, um einige Auswüchse von Kinder- und Jugendarmut in den Fokus zu rücken. Viele Familien hatten Schwierigkeiten, die Kinder mit ausreichend Essen zu versorgen, weil sie normalerweise über das Teilhabepaket in der Mensa gebührenfrei essen konnten. Aber weil die Mensa in den Schulen weggefallen ist, gab es zu Hause diese Schwierigkeiten.

Es gab aber auch technische Mangelversorgung. Während der Zeit des Homeschooling verfügten Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien oft nicht über ein digitales Endgerät beziehungsweise mussten sich das Gerät mit Geschwistern teilen, was schwierig wird, wenn alle zur selben Zeit Unterricht haben. Homeschooling war für viele ärmere Kinder nicht realisierbar. Damit sind die Bildungschancen ungleich verteilt.

Die Problematik der digitalen Teilhabe betrifft übrigens nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern alle Menschen. Auch da hat die Pandemie gezeigt, dass es in ganz vielen Bereichen, zum Beispiel in Kontakt mit Behörden, mit Familien, in Heimen oder im Krankenhaus, beim Einkaufen ohne digitale Teilhabe überhaupt nicht mehr geht. Menschen, die sich das Endgerät oder den Internetzugang nicht leisten können, sind schlichtweg abgehängt. Das blendet Ihr Antrag, liebe Koalition, komplett aus. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. Sie fokussieren sich in Ihrem Antrag leider nur auf die Kinder und Jugendlichen.

Zum Hintergrund: Der Regelbedarf der existenzsichernden Leistungen nach SGB II oder SGB XII beträgt zurzeit 446 € Lassen wir uns das noch einmal auf der Zunge zergehen! Davon müssen Leistungsempfängerinnen und -empfänger, abgesehen von einigen Härtefällen und den Kosten für die Wohnung und die Krankenversicherung, alles finan-

zieren. Für den Kauf von Telefonen und anderen Kommunikationsgeräten sind im Rahmen des Regelbedarfs 3 € monatlich vorgesehen. Für PC, Laptop, Tablet, Software oder Smartphone sind es 3,40 €. Bei Kindern und Jugendlichen ist es noch weniger, da ihr Regelbedarf nur bei 309 € liegt. Wenn man sich die Kosten für Anschaffung, Verträge, Reparatur und so weiter anschaut - denken Sie nur mal an Ihren eigenen Handyvertrag -, weiß man, dass es viel zu wenig ist.

Ich bedanke mich herzlich bei unserer Bürgerbeauftragten Samiah El Samadoni, die in ihrem letzten Bericht wieder einmal den Finger in die Wunde gelegt und auf diesen Missstand aufmerksam gemacht hat. Wir fordern, dass eine digitale Grundausstattung als selbstverständlicher Teil der Leistungen für die Sicherung des Existenzminimums dazugehört.

Zudem braucht es endlich eine Kindergrundsicherung. Die war in der Großen Koalition leider mit der CDU nicht zu machen: noch ein Grund mehr, am Sonntag SPD zu wählen. Um unseren Kanzlerkandidaten Olaf Scholz zu zitieren: „Bildung und Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Folgen der Coronapandemie waren und sind sehr vielfältig. Für Gesellschaft und Politik haben sich neue Herausforderungen und neue Themen ergeben, die wir alle gemeinsam lösen müssen. Insbesondere machen uns die Folgen des Lockdowns zu schaffen. Behörden und Verwaltungen, aber auch der Einzelhandel waren während dieser Zeit oft nur telefonisch oder per Internet zu erreichen.

Viele Schülerinnen und Schüler konnten nicht zur Schule gehen und mussten auf Distanz lernen, wofür digitale Endgeräte zwingend erforderlich waren. Das hat die Bundesregierung und Landesregierung dazu veranlasst, verschiedene Programme, zum Beispiel die Sofortausstattungsprogramme I und II, zu schnüren und so die benötigten finanziellen Mittel dafür auf den Weg zu bringen, dass alle Schülerinnen und Schüler an den digitalen Lernangeboten teilnehmen können. So wurden und werden in Schleswig-Holstein insgesamt circa 69.000 mobile

(Katja Rathje-Hoffmann)

Endgeräte von den Schulträgern angeschafft und an unversorgte und bedürftige Schülerinnen und Schüler für die Teilnahme an digitalen Unterrichtsformaten ausgeliehen. Dies ist eine notwendige und erfreuliche Entwicklung in Sachen Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung in der Schule und Lernen auf Distanz.

Darüber hinaus bitten wir die Landesregierung, sich in den Verhandlungen mit dem Bund für eine angemessene und realistischere Berücksichtigung von digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler in allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Grundsicherung nach SGB II und XII einzusetzen.

Wir erkennen an, dass regelmäßig eine genaue Überprüfung und Bewertung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben vollzogen wird, jedoch bitten wir die Landesregierung darum, sich aus aktuellem Anlass beim Bund für eine vorzeitige Überprüfung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben einzusetzen. Die Erfahrungen und Entwicklungen aus der Pandemie müssen Berücksichtigung finden. Gegebenenfalls ist eine Anpassung der Verbrauchsausgaben an die tatsächlichen Bedarfe vorzunehmen.

Auch wir bedanken uns bei Frau El Samadoni, der Beauftragten für soziale Angelegenheiten, für ihren Einsatz und Wink, uns darum zu kümmern. Das muss aus unserer Sicht dringend überprüft und überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass auch in Zukunft allen Schülerinnen und Schülern die für eine Teilnahme am Distanzunterricht notwendigen digitalen Endgeräte zur Verfügung stehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dies ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit.

Nun zur Aufforderung an die Landesregierung, sich auf Bundesebene für die Einführung der Kindergrundsicherung einzusetzen. Vielen Dank für Ihren tollen Wahlkampfspot, den wir eben erlebt haben, Frau Pauls.

(Birte Pauls [SPD]: Sehr gern!)

Er hat uns aber nicht wirklich beeindruckt. Wir Christdemokraten bleiben dabei: Wir wollen keine Kindergrundsicherung. Wir sind der Meinung, dass Kinder durch das stetig angepasste Kindergeld und den Kinderzuschlag bei geringem Einkommen gut abgesichert sind, und die Regelsätze in der Grundsicherung sind ebenfalls hilfreich.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, das ist ausreichend. Wenn Eltern in Arbeit kommen, ist das noch besser. Wir sehen hier aktuell keinen Änderungsbedarf, und das bleibt auch so. - Ich sage herzlichen Dank.

(Beifall CDU - Birte Pauls [SPD]: Deswegen werden Sie auch abgewählt!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon im August-Plenum haben wir über digitale Teilhabe gesprochen. Digitale Teilhabe ist eines meiner neuen Lieblingsthemen. Der Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten hat deutlich gemacht, was passiert, wenn Menschen diese digitale Teilhabe nicht haben. Da ging es um eine neue Wohnung. Dafür konnte man sich nur elektronisch bewerben. Es musste erst interveniert und dafür gesorgt werden, dass das auch schriftlich geht. Wo kommen wir denn hin, wenn die Menschen so ins Leere laufen! Das kann nicht sein! Wir Grüne sind davon überzeugt: digitale Teilhabe für alle!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wenn wir oft darüber sprechen, was die Coronapandemie ausgelöst und welche Probleme sie zutage gefördert hat, sind wir uns in diesem Parlament doch einig, dass die Digitalisierung in unserem Bundesland - auch wenn wir schon auf einem guten Weg sind - und den anderen Bundesländern Fahrt aufnehmen muss. Wir müssen dafür sorgen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt erhalten bleibt, die Digitalisierung bei allen ankommt und alle eine digitale Teilhabe haben.

Ich schließe mich dem Dank an unsere Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni an. Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei unseren Koalitionspartnern, dass wir bei dem Antrag doch noch zusammengekommen sind. Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Kindergrundsicherung bin ich davon überzeugt, dass wir sie bekommen werden und dass wir sie bekommen müssen.

(Dr. Marret Bohn)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es kann nicht sein, dass unsere Gesellschaft es zulässt, dass Kinder in Armut leben. Kinder sind keine kleinen Arbeitslosen, Kinder suchen sich ihr Schicksal doch nicht aus! Jedes einzelne Kind hat die gleichen Rechte und die gleichen Chancen verdient. Wir werden von grüner Seite alles dafür tun, dass es eine Kindergrundsicherung gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Es wäre aus meiner Sicht völlig in Ordnung gewesen, wenn viele andere Vorschläge auf den Tisch gekommen wären. Damit hätten wir uns gern auseinandergesetzt. Die liegen aber nicht auf dem Tisch, und das finde ich sehr bedauerlich.

Deswegen noch einmal: Vielen Dank dafür, dass wir jedenfalls bei der digitalen Teilhabe ein ganzes Stück weitergekommen sind; das wird eine der großen Aufgaben in den nächsten Monaten sein; das darf nicht wieder Jahre dauern. Bei der Kindergrundsicherung wird sich vieles - da bin ich bei meiner Bundesvorsitzenden, Annalena Baerbock - Sonntagabend entscheiden.

Ich freue mich darauf. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder und Jugendliche können für die finanzielle Situation ihrer Eltern oder ihres Elternteils gar nichts. Dennoch tut der Staat so, als seien die jungen Menschen hier voll in der Verantwortung.

(Unruhe)

Viele junge Menschen gehen einem Minijob nach oder befinden sich gar schon in der Ausbildung. In jungen Jahren ist es beispielsweise das Zeitausstragen, ab 16 zum Beispiel der Job im Einzelhandel, 450 €

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Einen Moment bitte. - Ich darf um ein bisschen mehr Ruhe bitten. - Danke schön.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Hans-Jörn, das galt dir. - Mit 450 € kann man sich in jungen Jahren gut selbst etwas leisten, und man erfährt, dass es einen Unterschied macht, ob man einem Job nachgeht oder nicht. Eigenes Geld zu verdienen stärkt die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

Für Jugendliche, deren Eltern in Hartz-IV-Bezug sind, stellt sich das aber drastisch anders dar. Von den 450 € darf der junge Mensch nur 170 € behalten, nämlich 100 € ohne Abzüge und alles darüber hinaus nur zu 20 %. Den Rest zieht ihm der Staat zur Refinanzierung der staatlichen Zuschüsse ab. Dieser junge Mensch zahlt bereits jetzt den Spitzensteuersatz, von dem Rot-Rot-Grün schon so lange träumt, 80 %.

(Beifall FDP)

80 % bleibt von seinem Einkommen beim Staat. Ich gehe davon aus, dass jeder von uns das an dieser Stelle nicht richtig findet.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Was macht es mit einem jungen Menschen, wenn er merkt, dass von seinem Lohn kaum etwas übrig bleibt, es sich kaum lohnt, mehr als 400 € im Monat zu verdienen? Was macht es mit einem jungen Menschen, wenn er merkt, dass die Schulkameradin, die Normalverdiener-Eltern hat und im selben Supermarkt arbeitet, von ihren 450 € im Gegensatz zu ihm 450 € behalten darf?

(Beifall FDP)

Es mag rechtstechnisch vielleicht Sinn machen, dass sämtliche Einkommen zur Senkung der staatlichen Kosten herangezogen werden. Ich sage aber: Die paar Euros, die der Staat an dieser Stelle einspart, erzeugen andererseits einen viel größeren und länger anhaltenden Schaden bei jungen Menschen.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Frau Pauls, ich komme noch dazu, dann ist das vielleicht auch für Sie erhellend. Diese Refinanzierung auf Kosten junger Menschen ist leistungsfeindlich und demotivierend und drängt sie faktisch, weiter im Leistungsbezug zu bleiben, was den Staat dauerhaft mehr Geld kostet, als er mit den paar Kröten an dieser Stelle am jungen Menschen eingespart hat.

(Beifall FDP)

(Dennys Bornhöft)

Diese fatale Situation liegt daran, dass Kinder nicht als eigenständige Rechtsobjekte oder Anspruchsrechtigte angesehen werden.

Eine Leistung, die das Kind in den Mittelpunkt stellt - wir Freie Demokraten nennen das Kinderchancengeld, Frau Pauls; Sie hatten sicher gerade das große Fragezeichen vor den Augen -, diese Leistung würde viel bringen. Als FDP unterstützen wir ausdrücklich dieses auf den einzelnen Menschen zentrierte Leistungssystem. Es wird Zeit, dass Kinder endlich richtig unterstützt werden, egal aus welchen Familienverhältnissen sie kommen.

(Beifall FDP, Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Pauls, ich muss sagen, Sie hatten sich am Ende Ihrer Rede ein bisschen auf Sonntag konzentriert: Es ist wirklich schade, dass es das SPDgeführte Bundessozialministerium in den letzten vier Jahren nicht geschafft hat, einen solchen Vorschlag zum Thema Kindergrundsicherung vorzulegen.

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

- Ich wusste, dass das kommt: Das liegt alles an der Union. Es ist immer so leicht, das auf den Koalitionspartner zu schieben.

(Birte Pauls [SPD]: Ja, das kennen wir ja von euch! Das haben wir jetzt vier Jahre von euch gehört! - Weitere Zurufe SPD)

- Na ja, gut. Zum Thema SPD und Regierung: Sie regieren fast ein Vierteljahrhundert mit einer kurzen Unterbrechung hier in diesem Land. Was müssen wir sehen: viele Gesetze und viele Verfahren, die alles komplizierter machen, die das Land regelrecht lähmen, Familien in Hartz-IV-Bezug, viele Kleinunternehmer, den Bildungsbereich. Ich glaube, auch Ihnen täte es ganz gut, hier und da einmal wieder in die Opposition zu kommen, liebe Kollegen von der Sozialdemokratie.

(Beifall FDP - Zuruf SPD: Da sitzen wir gerade! - Weitere Zurufe SPD)

Das ist ein Bundesthema, und dort gibt es noch viel zu tun. Ich freue mich aber, dass eine parlamentarische Mehrheit vielleicht doch dazu in der Lage ist, eine irgendwie geartete Form der Kindergrundsicherung einzuführen. Allein deshalb freue ich mich schon auf eine neue Bundesregierung - wie auch immer sie, hoffentlich demokratisch natürlich, zusammengesetzt sein wird. Denn nie gab es mehr zu tun. Deshalb brauchen wir eine Bundesregierung, die nicht nur sich und der Bevölkerung viel ver-

spricht, sondern das im Endeffekt auch tut. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man dieser Pandemie etwas Positives abgewinnen will, dann ist es der Umstand, dass Schwachstellen in Gesellschaft und Verwaltung offengelegt werden. Vieles, was bisher vielleicht als Randproblem kleingeredet wurde, drängt in den Vordergrund. Wir vom SSW begrüßen diese Entwicklung hin zu mehr Transparenz. Denn egal, ob es um die psychologische Versorgung, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege oder um die umfassende gesellschaftliche Teilhabe geht: In vielen Bereichen wird deutlich, wo wir in der Vergangenheit weggeschaut oder zumindest zu wenig getan haben. Damit wird eben auch deutlich, wo wir in Zukunft mehr tun und besser werden müssen.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass wir das Ziel, eine digitale Grundausstattung möglichst für alle Menschen sicherzustellen, voll und ganz unterstützen. Das habe ich schon in der Debatte zum Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten in der letzten Landtagssitzung klargestellt. Unser Dank geht daher sowohl an Samiah El Samadoni wie auch an die SPD, die dieses Thema heute auf die Tagesordnung setzt.

Diese Forderung ist unheimlich wichtig. Denn leider scheitert der Zugang zum Internet und damit zu gleichen Bildungs- und Teilhabechancen viel zu oft aus Ressourcengründen. Damit werden vor allem Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen angewiesen sind, ausgegrenzt. Deshalb ist es in meinen Augen absolut folgerichtig, die digitale Grundausstattung zum soziokulturellen Existenzminimum zu zählen und den Anspruch darauf auch sozialgesetzlich zu verankern.

(Beifall SSW)

Wenn es um den Zugang zu Bildung geht, wird der Handlungsdruck besonders deutlich: Wie wir wissen, waren im Lockdown nicht wenige Schülerinnen und Schüler komplett vom Homeschooling abgehängt, und zwar deshalb, weil diesen Kindern die

(Christian Dirschauer)

technische Ausstattung fehlt oder weil diese Familien nicht einmal einen Zugang zum Internet haben. Auch viele Erwachsene wurden in dieser Phase abgehängt; etwa bei der Kommunikation mit Behörden oder wenn es zum Beispiel darum ging, einen Impftermin zu ergattern. Für uns ist deshalb klar, dass nicht der einmalige Bedarf im Sinne einer digitalen Grundausstattung, sondern auch die dauerhafte Anbindung an das Internet entsprechend berücksichtigt werden muss.

Wenn wir uns die aktuellen Hartz-IV-Sätze anschauen, ist zumindest aus meiner Sicht klar, dass diese längst nicht immer und überall Teilhabe ermöglichen. Auch der jüngste Versuch, hierüber ein menschenwürdiges Existenzminimum abzusichern, ist aus meiner Sicht einfach nur entwürdigend. Ab Januar 2022 bekommen Alleinstehende, Ehegatten und Kinder monatlich 3 € mehr, Null- bis Dreizehnjährige sogar nur 2 €. Das ist gerade mit Blick auf Kinder und Jugendliche besonders bitter. Schließlich hängt von der Entwicklung der Regelsätze zumindest in Teilen auch ihre persönliche Entwicklung ab. Fakt ist aber, dass es für viele Hartz-IV-Familien oftmals nicht einmal für eine ausgewogene Ernährung reicht, geschweige denn für kulturelle oder schulische Teilhabe. Meine Partei fordert deshalb schon lange transparente Berechnungsverfahren sowie bedarfsorientierte und damit deutlich erhöhte Regelsätze.

(Beifall SSW)

In Deutschland sind circa 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche auf Leistungen der Existenzsicherung angewiesen - viele von ihnen sogar trotz erwerbstätiger Eltern. Diese 2,8 Millionen jungen Menschen sind nicht nur hier und jetzt von Armut bedroht, sondern sie haben auch geringere Zukunftschancen. Das will hoffentlich niemand leugnen, und den Eindruck habe ich hier und heute auch. Deshalb ist es für uns als SSW völlig klar, dass wir diese Kinder und Familien endlich stärker und vor allem zielgerichteter unterstützen müssen.

Aktuell gibt es über 150 einzelne familienpolitische Maßnahmen und Leistungen. Noch dazu ist hier leider keine klare Linie erkennbar. Während die Ausgaben steigen, herrscht offenbar Uneinigkeit darüber, welche Maßnahmen und Ziele überhaupt verfolgt werden sollen. Leidtragende sind oft genau die, die unsere Unterstützung besonders brauchen. Deshalb müssen die unterschiedlichen sozial- und familienpolitischen Leistungen gebündelt und besonders auf die Bedürfnisse und die Teilhabe junger Menschen ausgerichtet werden. Es kann nicht angehen, dass Maßnahmen schlicht nicht bekannt sind

oder wegen bürokratischer Hürden nicht in Anspruch genommen werden. Das muss sich dringend ändern, damit alle möglichst gleiche Startchancen im Leben haben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil dieses Thema nicht nur den Sozialbereich betrifft, sondern auch den Bildungsbereich.

Liebe Katja Rathje-Hoffmann, die digitalen Endgeräte, die während der Coronapandemie angeschafft worden sind, als es am schlimmsten war und wir Distanzunterricht hatten, müssten den Kindern zugesprochen werden. Denn während der Krise sind die bedürftig gewesen, vor der Pandemie sind sie bedürftig gewesen, und sie sind immer noch bedürftig. Sie brauchen die Geräte für den täglichen Unterricht, wenn wir die Digitalisierung nicht wieder nach hinten schieben und zehn Schritte zurückgehen wollen. Genau das dürfen wir nicht tun, sondern wir müssen das, was wir in der Krise an Digitalisierung in den Schulen aufgeholt haben, jetzt auch fortsetzen.

(Beifall SSW)

Zu den digitalen Endgeräten möchte ich sagen: Dazu gehört natürlich - das wurde hier auch schon angerissen - auch der WLAN-Zugang. Ohne Internet kann man keine Mails empfangen, kann nicht auf YouTube gehen und kann in der Tat auch nicht am Distanzunterricht oder an der digitalen Lösung der Aufgaben, die in der Schule gestellt werden, teilnehmen. Das sind zwei Komponenten, die zusammengehören.

Was mir noch wichtiger ist: Ich habe am Anfang der Pandemie eine Kleine Anfrage zu den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz gestellt. Die Anfrage habe ich, wie wir das als Parlamentarier immer tun, an die Landesregierung gestellt. Wer antwortet? - Das tut natürlich das Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr. Dann wiederum erzählt der Sozialminister Heiner Garg - den ich sehr schätze - im Sozialausschuss darüber, wann Mittagessen ausgegeben wurde und so weiter und so wei-

(Jette Waldinger-Thiering)

ter. Dann wussten wir ganz genau, dass am Anfang der Pandemie ganz, ganz viele Kinder, deren Eltern von Transferleistungen leben, kein warmes Mittagessen bekommen haben, weil es keinen normalen Schulbetrieb gab. Damit waren die Menschen geschlossen, und die Kinder bekamen nichts zu essen.

Können wir uns das wirklich leisten? Wir Dänen würden fragen: Kan vi være det bekennt? Können wir es mit gutem Gewissen vertreten, dass wir es als so reiche Gesellschaft nicht einmal hinbekommen, den Kindern, die es sowieso am schlechtesten haben - wie Marret Bohn gesagt hat: sie haben sich ihre Situation nicht ausgesucht -, während der Coronapandemie etwas zu essen zu geben? Das hat mich echt betroffen gemacht, und ich habe keine gescheite Antwort darauf bekommen.

Insofern haben wir drei Schnittstellen: Wir haben das Bildungsministerium, wir haben das Wirtschaftsministerium, das für Arbeit zuständig ist, und wir haben das Sozialministerium. Liebe Damen und Herren, wie soll jemand, der Schwierigkeiten mit dem Zugang hat, sich irgendwo Hilfe zu holen, da überhaupt durchsteigen? Wie soll er wissen, wo man Hilfe kriegen kann? Das ist ein echtes Armutszeugnis für ein so reiches Land wie Schleswig-Holstein und Deutschland. Ich sage es lieber noch einmal: Am Sonntag ist Bundestagswahl. Die Stimme und die Zweitstimme für den SSW wären echt cool.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich wollte gerade sagen: Es geht weiter mit dem Werbeblock. - Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bornhöft, wenn Sie die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung als Bedingung dafür formulieren, dass die FDP in eine Ampelkoalition eintritt, dann habe ich damit überhaupt kein Problem.

(Beifall SPD)

Wissen Sie was? Sie dürfen das Kind dann sogar nennen, wie Sie wollen. Dann muss das gar nicht eigenständige Kindergrundsicherung heißen.

Ich komme zum Alternativantrag der Koalition:

„Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für die Berücksichti-

gung von digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Grundsicherung.“

- gemeint sind die Schüler in der Grundsicherung und nicht die Schulen in der Grundsicherung -,

„nach dem SGB II und dem SGB XII in angemessener und realistischer Höhe einzusetzen“.

Das entspricht im Prinzip dem, was die SPD auch beantragt hat. Sie haben sich nicht auf die eigenständige Kindergrundsicherung einigen können und den Teil weggelassen. Das ist im Prinzip in Ordnung. Ich kann Ihnen nur eine Sache nicht ersparen: Ihr Ministerpräsident hat eigentlich versprochen, dass bis 2023 sowieso jedes Kind in Schleswig-Holstein ein digitales Endgerät in der Schule vorfindet. Also eigentlich hätten Sie heute, kurz vor so einer Bundestagswahl, den Move machen und sagen können: Liebe SPD, warum beantragt ihr das? Das haben wir doch längst gelöst. Sie haben auch ohne Ende Millionen Euro vom Bund bekommen, um das Problem damit noch viel leichter lösen zu können, als Sie glaubten, dies tun zu können, als Sie das Versprechen gegeben haben. Sprich, als das Versprechen gegeben wurde, war der DigitalPakt noch gar nicht beschlussreif, und die ganzen Zusatzpakete zum DigitalPakt waren noch gar nicht da.

Das, was wir heute eigentlich erleben, ist, dass ein weiteres Ihrer großen Versprechen mal eben nebenbei vom Tisch geräumt wurde, und das wollte ich für das Protokoll doch kurz festhalten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! - 1,07?

(Martin Habersaat [SPD]: Das war mein Rest, den schenke ich dir!)

- Gut, ich mache jetzt einfach weiter. Wir haben während der Pandemie außerhalb dieses Rahmens natürlich ständig mit vielen Betroffenen gesprochen. Wir haben unter anderem immer mal wieder mit dem Kinderschutzbund gesprochen. Ich habe

(Birte Pauls)

mich aufgrund der Aussage der Kollegin Katja Rathje-Hoffmann noch einmal zu Wort gemeldet, die gesagt hat: Das reicht alles. So, wie es ist, reicht das alles. Ganz ehrlich, das ist fern jeglicher Realität.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Wir haben Situationen gehabt, in denen der Kinderschutzbund 10-€-Gutscheine an alleinerziehende Frauen abgegeben hat, die diese Gutscheine mit Tränen in den Augen in Empfang genommen haben, weil sie schlicht nicht mehr wussten, mit welchen Mitteln sie Lebensmittel kaufen konnten. Das ist die Realität gewesen in dieser Pandemie.

Ich erzähle Ihnen noch eine andere Realität. Es ist etwas, das mich nicht nur als Sozialpolitikerin tief berührt hat, sondern auch als Mutter. Ich kriege tatsächlich immer noch Tränen in die Augen. In einer Gemeinde im Kreis Schleswig-Flensburg wird Ende November oder Anfang Dezember kurz vor Weihnachten immer ein Kinderwunschbaum aufgestellt. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde können kommen und sich den angucken. Das wird an vielen Stellen gemacht. Man nimmt sich einen Zettel, kauft ein Geschenk und schreibt den Namen drauf. Dann wird das verteilt. Alle Aktionen, die in diese Richtung stattfinden, sind toll. Ich habe mir diesen Wunschbaum angeguckt. Dort gab es das Typische: Barbie, Puppenspiele, dies und jenes. Ein Zettel hing an dem Baum, bei dem mir die Tränen in die Augen schossen: Ich wünsche mir warme Handschuhe.

Sag du mir bitte noch einmal, das reicht in diesem Land. Das tut es nämlich nicht. Wir haben sehr viele Missstände in diesem Land. Auch der Regelbedarf ist nicht angepasst. Heute haben wir in der Zeitung gelesen, dass die Preise explodieren werden. Das gilt natürlich auch für die Lebensmittelpreise und so weiter. Es reicht nicht für die Kinder, und deswegen braucht es eine eigenständige Kindergrundsicherung. Dafür werben wir noch einmal. Es ist Ignoranz, zu sagen: Das reicht, das ist auskömmlich, die kaufen sowieso nur Zigaretten und Schnaps davon. - Wirklich, das ist hinterwäldlerisch, das ist fern jeglicher Realität, und es ist extrem respektlos.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das hat sie nicht gesagt!)

- Das stimmt, das haben Sie nicht gesagt. Es ist richtig, das haben Sie nicht gesagt.

(Zurufe)

- Ja, ich habe das gesagt, weil es ein althergebrachtes Vorurteil ist, das manche Menschen immer wie-

der vor sich hertragen. Es wird aber von vielen Studien belegt: Viele Eltern verzichten auf alles, damit es ihren Kindern gutgeht. Das sollten wir in den Mittelpunkt stellen. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer immer digitaleren Welt muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass auch diejenigen, die auf Leistungen nach dem SGB II oder auf Leistungen nach dem SGB XII angewiesen sind, an dieser digitalen Welt teilhaben können. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein. Das ist Teil unseres Lebens, das ist Teil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, es ist inzwischen Teil unseres kulturellen Zusammenlebens, und es geht nicht an, dass man von einem solchen Teil ausgeschlossen wäre.

Das gilt natürlich umso mehr für diejenigen, die im Bildungsbereich gerade in Zeiten der Pandemie darauf angewiesen waren, dass sie daran teilnehmen können. Wir haben es hier mehrfach gehört. Ich glaube, wir alle können sagen, dass es nicht der Fall war, dass wir zu Beginn der Pandemie gleich alle auf Homeschooling eingestellt waren. Wie denn auch? Wir haben uns immer auf eine digitale Welt an den Schulen eingestellt, die eigentlich in der Schule digital sein soll, aber wir haben uns nicht unbedingt auf Homeschooling eingestellt.

Trotzdem sage ich: Es ist nicht nur der positive Versuch unternommen worden, sondern es ist alles dafür getan worden, so schnell wie möglich alle teilhaben zu lassen, zumindest was das Lernen angeht. Das Sofortausstattungsprogramm von Bund und Ländern für diese 69.000 Laptops hat im Zweifel über die Schulträger die Kinder erreicht. Der Bundesarbeits- und -sozialminister hat mit seiner Weisung an die Jobcenter dazu beigetragen: Achtung, jetzt ist ausnahmsweise und befristet bis Ende 2022 dafür zu sorgen, dass in den Mehrbedarfen für Kinder und Jugendliche die entsprechenden Laptops zu berücksichtigen sind. Dies gilt natürlich insbesondere vor dem Hintergrund des angestrebten Distanzlernens. Begrenzt ist das Ganze bis Ende 2022. Es gibt also diese Weisung, und diese Bedarfe wer-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

den berücksichtigt. Ehrlich gesagt, ich finde, es ist davon unabhängig, ob es ein sozialdemokratischer Minister ist oder ein sonstiger Minister. Es ist doch richtig gewesen, sofort zu handeln und diese digitale Ausstattung zu schaffen.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Frau Waldinger-Thiering, Sie haben kritisiert, dass es hier Zuständigkeiten des Kollegen Garg, der Kollegin Prien und mir gibt. Inwiefern ist es ein Problem, wenn es drei sind, die in die gleiche Richtung marschieren und das Gleiche wollen und machen? Wir haben ein gemeinsames Merkblatt herausgegeben, wir haben gemeinsame Formulare herausgegeben, mit denen man an die entsprechenden Geräte kommt. Es ist egal, ob man - wie ich - für SGB II zuständig ist, oder ob jemand für SGB XII oder für den Bildungsbereich zuständig ist. Wir haben das gemacht, damit einheitlich klar wird: Wir wollen schnell und wirksam helfen.

Und das will ich auch sagen: Ja, es geht an der Stelle auch um ein bisschen mehr als nur um Bildungs- und Lernmittelfreiheitsfragen. Die Digitalisierung hört nicht beim Lernen auf. Die Digitalisierung berührt auch andere Lebensbereiche, an denen man nur teilhaben kann, wenn man über das entsprechende Endgerät verfügt. Liebe Frau Pauls, deswegen ist es aus meiner Sicht keine Frage eines festgelegten Mehrbedarfs im SGB II oder SGB XII, sondern es geht aus meiner Sicht in der Tat nur, wenn wir sagen, es gibt an dieser Stelle einen grundsätzlichen Mehrbedarf, weil nur dann sichergestellt wird, dass ich das auch habe.

Das ist übrigens die Meinung, die in dem Antrag ausgedrückt wird: Wir haben einen Bedarf, die digitale Welt im Regelbedarf anders als bisher darzustellen. Da wird es sicherlich um höhere Regelbedarfssätze gehen, natürlich. Was denn sonst? Dass 3 € pro Monat nicht ausreichen, erkennen wir alle an. In diese Richtung muss etwas passieren. Da sind wir wohl alle einig. Ich halte es nicht für sinnvoll, das über Mehrbedarfe zu regeln. Ich glaube, es geht um die Regelbedarfssituation.

Tatsache ist, dass zur Kindergrundsicherung unterschiedliche Auffassungen bestehen, die beim Zusammenführen mehr oder weniger die Notwendigkeit einer Veränderung sieht. Die Arbeits- und Sozialminister - ich bin Arbeitsminister, der Kollege Garg ist Sozialminister - sehen sehr wohl den Bedarf für die Kindergrundsicherung. Wir haben das übrigens in der 97. Arbeits- und Sozialministerkonferenz - alle, übrigens auch die anders regierten Länder; nur Bayern war dagegen, wenn ich das ein-

mal sagen darf - mit einer 14:1:1-Entscheidung belegt und gesagt: Wir wollen die Einführung der Kindergrundsicherung, und wir bitten den Bundesminister für Arbeit und Soziales, einen Vorschlag zu unterbreiten.

Ich muss nur leider auch feststellen, dass wir für die anstehende Konferenz am 6. und 7. Oktober 2021 einen weiteren Beschlussvorschlag vorliegen haben. Ich möchte Ihnen die letzte Nummer gern einmal vortragen. Sie heißt: Der Bund, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist seit der 97. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in der Frage der Bekämpfung von Kinderarmut weder selbst initiativ geworden, noch wurden die Länder zu einem Austausch über inhaltliche Fragen oder mögliche Umsetzungsoptionen eingeladen. Der Sachstandsbericht des Bundes enthält darüber hinaus an keiner Stelle Hinweise auf mögliche Maßnahmen in dieser Angelegenheit.

Das ist auch Teil der Wahrheit in diesem Prozess. Wenn man das anstrebt, hätte man grundlegend Vorschläge machen können, die man zumindest hätte diskutieren können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3279, abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, dem Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3310, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei Enthaltung der Fraktion der SPD bei Zustimmung sämtlicher anderer Abgeordneten angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 45 auf:

Jugendberufsagenturen

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2811 (neu)

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Übergang von Schule zu Beruf ist nicht nur für junge Leute ein entscheidender Punkt in ihrem Lebensweg, sondern er ist leider auch eine Schnittstelle, an der es oft knarzt, wenn der Übergang dadurch nicht gelingt, dass die Zeit zwischen der Schule und dem Beruf zu lang wird oder man sich nicht so schnell orientiert oder man eben unterwegs irgendwo hängenbleibt.

Deswegen ist es wichtig, dass man sich insbesondere vonseiten des Arbeitsministeriums der Frage widmet: Wie kriegen wir es gerade in Coronazeiten, trotz Pandemie, in denen Berufsorientierung an den Schulen schwer war, in denen Orientierung durch Jobmessen nicht stattfinden konnte, hin, dafür zu sorgen, dass gerade diejenigen, die Hilfen brauchen, diese Hilfen auch bekommen können?

In diesem Zusammenhang spielen Jugendberufsagenturen für uns eine wirklich große Rolle. Sie sind in der Tat die Chance, dass wir - wie heißt es so schön? - rechtskreisübergreifend nicht nur die Jobcenter und die Agenturen, sondern auch die Schulen und die Jugendämter an einem Tisch haben und die eine oder andere Karriere, die es gibt, eben nicht erst jedes Mal in jedem Amt wieder neu aufgearbeitet werden muss, sondern begleitet wird. Das, was der Schule bekannt ist, kann das Jobcenter auch wissen, und das Jugendamt sollte es auch wissen.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ich will nicht bestreiten, lieber Herr Habersaat, dass das am Anfang ein durchaus schwieriges Kapitel war. Das Datenschutzrecht in Deutschland ist an dieser Stelle nun einmal nicht so ganz einfach. Wir haben viel Zeit gebraucht, dafür zu sorgen, dass bei diesem Abgleich, der Weitergabe von Daten alle berechtigt und bereit waren. Um ehrlich zu sein: So ganz sind wir immer noch nicht am Ende. Es gibt an einigen Stellen immer noch Hakeligkeiten. Die eine oder andere Auskunft kann nicht gegeben werden, obwohl es zu Nutz und Frommen derjenigen wäre, die in der Betreuung sein sollten.

Wir haben das fortgesetzt, was eine Vorgängerregelung in diesem Land positiv angefangen hat. Wir haben seit 2017 17 neue Standorte für Jugendberufsagenturen eröffnet. Wir haben allein im Jahr 2019 vier Kreise mit insgesamt sieben Standorten hinzugewonnen. Dazu gehören der Kreis Nordfriesland, der Kreis Plön, der Kreis Herzogtum Lauenburg und die Stadt Lübeck. Ja, es hat coronabedingt das eine oder andere an Verzögerung gegeben, weil die Gespräche geschoben werden mussten. Ich denke insbesondere an Niebüll und Informationsgespräche mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, die noch ein bisschen dauern. Auch da sehe ich, dass man die Sinnhaftigkeit der gemeinsamen Arbeit an dieser Schnittstelle beim Übergang von Schule zu Beruf sehr wohl sieht.

Es gibt aber auch Kreise im Land, die die Notwendigkeit nicht sehen. Das muss man auch sagen. Das ist der Kreis, dem wir beide angehören, Herr Habersaat, nämlich Stormarn. Man muss aber auch sagen, dass es in Stormarn eine spezielle Situation gibt.

(Martin Habersaat [SPD]: Das gilt immer!)

- Sie haben völlig recht: Das gilt immer. - Es gibt dort eine Form der eher virtuellen Art der Zusammenarbeit, die in dem rechtskreisübergreifenden Sinne schon ein bisschen funktioniert. Gleichwohl wünsche ich mir, dass es einen zentralen Ort und einen Ansprechpunkt gibt, wo wir auch im Kreis Stormarn und in den anderen noch ausstehenden Kreisen dahin kommen, dass es für alle einen Ort gibt, an dem man sich trifft und an dem man gemeinsam agieren kann.

(Beifall SPD und SSW)

Wir haben uns im Jahr 2019 durch Befragung der Beteiligten zu vergewissern versucht, also zu evaluieren: Wie wird es angenommen? Wie wird es gemacht? Wir müssen natürlich auch feststellen, dass die Art der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Behörden, die unter dem einen Dach der Jugendberufsagenturen agieren, sehr unterschiedlich ist, dass das sehr individuell gehandhabt wird. Ehrlich gesagt wünsche ich mir da manchmal mehr Vereinheitlichung. Der Einfluss eines Arbeitsministers ist hier aber begrenzt. Deshalb kann ich nur dafür werben.

Wir werden uns in Zukunft Gedanken darüber machen, ob es möglich ist, die Best Cases, die Benchmarks aus den Bereichen anders zugänglich zu machen, weil es darum gehen muss, dass viele von den anderen Erfahrungen lernen. In manchen Bereichen gibt es regelhafte gemeinsame Konferenzen, bei denen alle an einem Tisch sitzen und grundsätzlich

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

darüber reden, also nicht erst, wenn es um einen Einzelfall geht. Das ist ein gutes Instrument. An anderen Stellen gibt es eher einzelfallbezogene Zusammenarbeit.

Auch das Hinzuziehen weiterer Behörden ist außerordentlich unterschiedlich ausgeprägt. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass wir mit den Jugendberufsagenturen auf einem richtigen Weg einen erheblichen Schritt weiter vorangekommen sind.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Es fehlen noch Flensburg, Stormarn und Steinburg. Vielleicht werden wir die letzten drei Renitenten noch überzeugen. Wir müssen allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass zum Beispiel im Kreis Stormarn die Arbeitslosigkeit und damit auch die Jugendarbeitslosigkeit und damit die Problematik des Übergangs von Schule zu Beruf am geringsten ausgeprägt ist. Es gibt dort eine Arbeitslosenquote von nur 3 % und eine ganz geringe Quote im Jugendarbeitslosigkeitsbereich.

Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben viel gemacht. Ich gebe zu, dass wir während der Pandemie eigentlich noch schneller hätten sein wollen. Die Gespräche sind aber ein Stück geschoben worden. Das ist nun einmal so. Sie haben nicht stattgefunden.

Die Jugendberufsagenturen sind ein gutes Instrument. Wir wollen sie in diesem Land weiter stärken und ausbauen. Dabei sind wir, finde ich, gut unterwegs. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 1 Minute erweitert. Somit haben alle hinreichend Zeit. Ich merke gerade, hierüber freut man sich.

Somit eröffne ich nun die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, herzlichen Dank für den Bericht an Sie, an Ihr Haus und an all die, die an diesem Bericht mitgewirkt haben.

Als Britta Ernst 2014 Bildungsministerin wurde, hat sie die berufliche Bildung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht und diese berufliche Bildung ausdrücklich in der Bezeichnung ihres Ministeriums verankert. Ihr Anliegen, dass kein

junger Mensch auf der Strecke bleiben darf, sondern dass möglichst jeder und jede einen Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung beziehungsweise einen Hochschulabschluss haben soll, wurde im damaligen, noch immer gültigen Eckpunktepapier zu den Jugendberufsagenturen verankert. Und das ist bis heute richtig. Der Minister hat es bestätigt. Das ist nach wie vor die Position: Wir brauchen Dinge - so haben Sie es gesagt -, wenn es knarzt auf dem Weg, dann brauchen junge Leute Unterstützung.

Der aktuelle Bericht der Landesregierung zeigt, dass es inzwischen - die Zahlen haben wir gerade gehört - in zehn Kreisen und kreisfreien Städten Jugendberufsagenturen gibt. Davon wurden drei nach 2017 gegründet. Zwei Kreise sowie die Stadt Flensburg sind noch auf dem Weg. Nur Ostholstein - Ostholstein haben wir vorhin vergessen - und Stormarn können sich mit der Idee bisher nicht anfreunden. Der Minister hat es angedeutet. Es mag sein, dass hier auch die nötige Überzeugungskraft vonseiten des Ministeriums wegen der Ereignisse in den letzten Monaten nicht kraftvoll genug war, wie sich das Ministerium und wahrscheinlich auch der Minister dies gewünscht hätten.

Das 2019 vom Arbeitsministerium mit einer Evaluation über die Wirksamkeit der Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein beauftragte Forschungsinstitut kommt zu dem Ergebnis, dass die Zusammenarbeit von den Partnern in den Jugendberufsagenturen überwiegend positiv bewertet wird und einen Mehrwert darstellt. Das ist, glaube ich, der Punkt, an dem wir uns alle einig sind. Das, was da auf den Weg gegangen ist, ist eine gute Initiative, ist nötig für das Land.

Aber es wird eben auch festgestellt, dass die Angebote regional sehr unterschiedlich sind. Auch was die beteiligten Kooperationspartner angeht, ist die Situation wirklich nicht einheitlich. Das ist genau der Punkt und auch die Frage, die man sich stellen muss: Brauchen wir nicht mehr Einheitlichkeit, brauchen wir bei aller Unterschiedlichkeit der Situation nicht mehr Klarheit in den Strukturen der Jugendberufsagenturen, damit es in Schleswig-Holstein nicht gar so unterschiedlich und so abhängig davon ist, wo ich gerade wohne?

Die Evaluation kommt zu dem Ergebnis, dass noch Potenzial besteht. Es ist höchste Zeit, dass es eine Marke „Jugendberufsagentur“ in Schleswig-Holstein gibt, dass da etwas Gemeinsames beschrieben wird. So wie wir bei Jobcenter und Berufsagentur eine Überschrift haben, so muss auch über der Ju-

(Kirsten Eickhoff-Weber)

gendberufsagentur etwas stehen, was zuverlässig ist.

Dazu braucht es eine Finanzierung; das ist klar. Wir brauchen gemeinsame, gleichwertige Angebote; wir brauchen zuverlässige Standards und Benchmarks. Auch da sind wir uns einig. Wir bleiben an vielen Stellen hinter den Möglichkeiten zurück. Das zeigt auch der Blick nach Hamburg.

Dazu muss das Eckpunktepapier von 2016 dringend überarbeitet werden. Seitdem sind mittlerweile fünf Jahre vergangen, auch fünf Jahre Erfahrungen. Da müssen die Landesarbeitsgemeinschaft und alle Akteure beim Übergang von Schule in Beruf miteinander kritisch schauen: Was ist zu aktualisieren? Was ist anzupassen, damit das Instrument der Jugendberufsagentur deutlich effektiver wird? Ich glaube, wir brauchen einen Innovationsschub für die Jugendberufsagentur.

Das gilt auch für ein einheitliches Erscheinungsbild. Wenn man sich die unterschiedlichen Homepages ansieht, hat man immer das Gefühl, man würde in unterschiedlichen Bundesländern landen. Wie immer ist die Unterschiedlichkeit okay. Aber es braucht etwas, was auch Wiedererkennung bedeutet.

Wir müssen jetzt in die Zukunft investieren, das heißt auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. In dem Bericht ist ausgewiesen: Auf die im Jahre 2015 zur Verfügung gestellten 200.000 € sind mittlerweile 270.000 € obendrauf gepackt worden. Aber ich glaube, es muss noch mehr passieren.

Wir müssen auch über eine Schwerpunktförderung nachdenken; denn es gibt Kreise und kreisfreie Städte, die kein finanzielles Vermögen haben. Das sind leider aber oft auch die, die deutlich mehr Unterstützung für ihre Kinder und Jugendlichen brauchen. Da muss man überlegen, ob man denen noch etwas besser zur Seite stehen kann, damit auch die Kinder und Jugendlichen in diesen Kommunen eine Chance haben.

Auch die Arbeit der einzelnen Jugendberufsagenturen muss evaluiert werden. Bei allem Respekt und bei aller Achtung vor dem, was getan wird, muss man schauen, was noch besser werden kann.

Die Eckpunkte sind die Fallkonferenzen. Die sind nicht überall gleich; da ist nicht überall die gleiche Intensität und auch die Teilnehmer sind unterschiedlich. Wir müssen aus den Erfahrungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie aus den Erfahrungen der Jugendlichen lernen und müssen

Konsequenzen ziehen, damit wir an der Stelle einfach besser werden.

Nun zum Thema Datenweitergabe. Herr Minister, Sie haben es erwähnt. Deshalb an dieser Stelle nur noch dieses: Die Landesdatenschützer machen regelmäßig deutlich, dass der Datenschutz nicht als Alibi dafür herhalten darf, notwendige Dinge zu unterlassen. Da braucht es dann vielleicht auch die Unterstützung des Landes, damit die Kommunen nicht immer schlittern.

Die große Herausforderung der Fachkräftesicherung, aber auch die aktuelle Situation nach Corona zeigen und bestätigen den Ansatz von Ministerin Ernst: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass kein junger Mensch auf der Strecke bleibt. Wir müssen uns mit starken Jugendberufsagenturen an die Seite all derer stellen, die aus welchem Grund auch immer den Übergang von der Schule in den Beruf oder die aktuelle Berufsausbildung, das Studium alleine nicht schaffen. Es muss gelingen, für jeden einzelnen Jugendlichen, aber es muss auch gelingen für Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb müssen wir die Jugendberufsagenturen weiter voranbringen; wir müssen sie stärken.

Ich hoffe, Herr Minister, dass das, was Sie heute zugesagt haben, auch Wirklichkeit wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Peer Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir werden die Errichtung von Jugendberufsagenturen mit einer Anschubfinanzierung in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein unterstützen. So ist es 2017 im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Es ist aber nicht nur vereinbart worden, sondern es ist auch erfolgreich umgesetzt worden.

Mittlerweile haben wir in zehn Kreisen und kreisfreien Städten Jugendberufsagenturen, die an 20 Standorten vertreten sind. Auch die Stadt Flensburg wird nach Corona noch eine weitere Jugendberufsagentur eröffnen. Das ist eine tolle Entwicklung, egal, wie man das betrachtet.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftebedarfs muss der Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf zügig

(Peer Knöfler)

gestaltet werden. Daher ist in der beruflichen Orientierung eine individuelle und zielgerichtete Förderung wichtig. Die Jugendberufsagenturen können hier sehr hilfreich sein.

Die Aufgabe der Landesregierung ist es, Maßnahmen zu ergreifen, um die Jugendberufsagenturen zu stärken und weiterzuentwickeln, wie zum Beispiel die Übergabe der operativen Aufgaben der Jugendberufsagenturen vom Arbeitsministerium auf das SHIBB. Durch das SHIBB wird der Übergang von der Schule in den Beruf weiter gestärkt und in den nächsten Jahren eine besondere Gewichtung erfahren.

Aufgabe der Landesregierung ist nicht, Jugendberufsagenturen aus dem Boden zu stampfen. Es obliegt ganz allein den Kreisen und kreisfreien Städten, zu beurteilen, ob bestehende Ressourcen ein kreisweites Angebot ermöglichen würden und in welcher Form Jugendlichen, die beim Übergang von der Schule in den Beruf von bestehenden Maßnahmen des Regelsystems nicht erreicht werden, Angebote unterbreitet werden können. Denn wie auch aus dem Bericht hervorgeht, gibt es andere Strukturen und Formen der Kooperationen.

Der Kreis Stormarn bringt es in seiner Informationsmeldung durchaus auf den Punkt. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind aus Sicht des Kreises klar in den Sozialgesetzbüchern geregelt und die beteiligten Institutionen sind handlungsfähig.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hier nicht den Anschein erwecken, dass ich die Jugendberufsagenturen infrage stellen würde, aber gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels haben auch Verwaltungen Schwierigkeiten, Personal zu bekommen oder zu generieren. Da ist die virtuelle Jugendberufsagentur, die aktuell in meinem Wahlkreis Ostholstein, im Kreis Steinburg, in der Ausarbeitung ist, unbürokratisch schlank und am Zahn der Zeit.

Auch aufgrund der im Jahre 2019 erfolgten Evaluation der Jugendberufsagenturen durch das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung haben das Arbeitsministerium und die Expertenrunde Monitoring das empfohlene, landesweit einheitliche Monitoring bereits angeschoben. Die Konzeption soll bis Ende 2021 abgeschlossen sein. Die dann im Anschluss stattfindende Datenerhebung sollten wir im Auge behalten.

Wenn wir das Ganze einmal vom Ende denken, sollte das, worüber wir uns alle einig sind, das Hauptziel sein. Das Entscheidende ist, wie der

Minister am Anfang gesagt hat, dass im Übergang von Schule zum Beruf niemand verlorengeht. Wie die Kreise das unterschiedlich lösen, dazu sollte eine Landesregierung oder ein Parlament eine Richtschnur beziehungsweise Unterstützung geben. Aber die Auswahl der Möglichkeiten sollte vor Ort beurteilt und ausgewählt werden können. Wenn ich die Vielschichtigkeit in den unterschiedlichen Kreisen betrachte und mir zu Gemüte führe, sehe ich, dass auch in den anderen Kreisen vom Prozentsatz her nicht mehr Menschen, sondern genauso viele Menschen verlorengehen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Es darf gar keiner verlorengehen!)

Also ist das Hauptproblem, den Übergang zu gestalten - möglichst verlustfrei, wenn man das technisch betrachtet. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jugendberufsagenturen sind ein Erfolgsmodell. Ich freue mich, dass ich diese Idee in der Küstenkoalition in der letzten Wahlperiode mit Unterstützung unserer damaligen Koalitionspartner SPD und SSW und auch der CDU voranbringen konnte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die FDP war damals noch ein wenig skeptisch, aber die Skepsis hat sich gelegt. Das freut mich. Es zeigt einmal wieder, dass das Gute an der beruflichen Bildung ist, dass man oft fraktionsübergreifend einer Meinung ist. Es gibt nicht diese Grabenkämpfe wie bei der allgemeinen Bildung. Das macht es so angenehm, für dieses Themenfeld zu arbeiten.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir hatten uns als Bildungsausschuss damals mehrere Jugendberufsagenturen, unter anderem die Jugendberufsagentur Hamburg, angeschaut. Das war überzeugend. Kein Jugendlicher, keine Jugendliche geht auf dem Weg von der Schule in den Beruf ver-

(Ines Strehlau)

loren. Die Jugendlichen haben eine Stelle, an der sie beraten werden - egal, ob sie einen Ausbildungsplatz, finanzielle Unterstützung, eine eigene Wohnung oder einen Kitaplatz suchen. Es ist kein aufwändiges Ämterhopping mehr nötig. Diese Unterstützung hilft den Jugendlichen, direkt nach der Schule einen Ausbildungsplatz zu finden und einen guten Start in den Beruf vorzubereiten. Das ist gut gegen den Fachkräftemangel, vor allem aber ist es gut für die Jugendlichen selbst,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

die mit einer Ausbildung den Weg in die finanzielle Unabhängigkeit und zu einer positiven Berufslaufbahn einschlagen können.

Der Bericht des Wirtschaftsministeriums zeigt, dass sich die JBA im Land immer mehr etablieren. Vielen Dank, Herr Minister Buchholz, für den Bericht, auch an Ihr Haus und an die Kreise und Jugendberufsagenturen, die Beiträge zum Bericht geliefert haben.

Inzwischen - wir haben es gehört - gibt es in 10 von 15 Kreisen und kreisfreien Städten Jugendberufsagenturen, teilweise sogar mit mehr als einem Standort, insgesamt mit 20 Standorten. Einige sind dabei, die noch in den Startlöchern stehen. Nur in Ostholstein und Stormarn sieht man die Notwendigkeit nicht. Es sind merkwürdigerweise oft diese beiden Kreise, die anders handeln als die anderen. Und Peer, es wäre doch schön, wenn du dich in deinem Heimatkreis Ostholstein für die Einrichtung einer Jugendberufsagentur einsetzen würdest.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Kooperationen beim Übergang Schule - Beruf in den Kreisen und kreisfreien Städten gab es schon vorher. Die JBA sind also nicht aus dem Nichts entstanden. Im regionalen Übergangmanagement waren die Akteurinnen und Akteure auch schon im Austausch. Der Unterschied ist aber, dass die JBA jetzt eine verpflichtende Zusammenarbeit hat, und das über Rechtskreise hinweg. Jugendhilfe der Kreise und kreisfreien Städte, Agenturen für Arbeit, Jobcenter und je nach JBA auch die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und andere Institutionen arbeiten an einem Ort zusammen. Sie betreuen einen Jugendlichen in allen Bereichen, die für ihn oder sie beim Übergang in den Beruf wichtig sind. So arbeiten alle JBA beispielsweise auch mit den Schuldnerberatungen zusammen.

Diese rechtskreisübergreifende Arbeitsweise war für viele in der JBA neu. Es hat auch an manchen Stellen geruckelt. In der JBA sollen alle Akteurinnen und Akteure auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Idealerweise gibt es eine umschichtige Leitung. Das gelang nicht immer sofort. Auch die Auswahl des Standortes lief nicht immer konfliktfrei. Soll die JBA in den Räumen der Agentur für Arbeit sein oder lieber am RBZ oder der beruflichen Schule, an der die Jugendlichen sowieso sind?

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Genau!)

In der Evaluation aus dem Jahr 2019, die im Januar 2021 noch einmal überarbeitet wurde, wird deutlich, dass organisatorisch und qualitativ noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist. So gibt es zum Beispiel noch nicht in allen JBA eine Kooperation mit den Gymnasien. Das wäre aber wichtig, denn auch viele Abiturientinnen und Abiturienten kennen ihre Stärken nicht und sind unsicher, welchen beruflichen Weg sie gehen wollen. Für einige ist eine berufliche Ausbildung vielleicht der bessere Weg als ein Studium.

Die JBA sind in den Kreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich aufgestellt. Deshalb fehlen Daten, um den Erfolg zu messen. Wir wissen nicht, wie viele Beratungen die einzelnen JBA machen. Wie viele Kundinnen und Kunden der JBA schaffen es direkt in eine Ausbildung? Wie wichtig sind Fallkonferenzen, und wie müssen sie zusammengesetzt sein? Im Bericht ist angekündigt, dass es ein landesweites Monitoringsystem geben soll. Das ist ein richtiger Schritt. Ende 2021 soll das Konzept dazu abgeschlossen werden.

Wir werden den Bericht in den Bildungsausschuss überweisen. Dort können wir sicher vom Wirtschaftsministerium Näheres zum aktuellen Stand erfahren. Auch mit der Evaluation der JBA sollten wir uns im Ausschuss befassen.

Fazit: Die Jugendberufsagenturen etablieren sich immer mehr in Schleswig-Holstein. Rechtskreisübergreifendes Arbeiten ist Neuland, braucht Zeit und einen festen Rahmen, um gut umgesetzt zu werden. Das betrifft auch das Aushandeln der Finanzierung von Personal, zum Beispiel für die Koordinatorinnen und Koordinatoren oder die Menschen am Empfang. Es darf für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine zusätzliche Belastung sein, in der JBA zu arbeiten.

Es ist deshalb gut, dass das Land eine Anschubfinanzierung zur Einrichtung einer JBA und zusätzliche Mittel aus IMPULS zur Modernisierung bereitstellt. Die Jugendberufsagenturen leben neue For-

(Ines Strehlau)

men der Kooperation. Sie überwinden rechtliche Grenzen und stellen die Jugendlichen ins Zentrum. Das ist ein Modell auch für andere Übergänge - von der Kita in die Grundschule und von der allgemeinbildenden in die berufliche Schule.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch hier müssen wir Grenzen der Institutionen der Rechtskreise überwinden, um positive Bildungsverläufe zu unterstützen. Dazu gehört auch die Überwindung von Grenzen zwischen unterschiedlichen Ministerien. Dies werden wir in der kommenden Wahlperiode angehen müssen. Der Spirit der Jugendberufsagenturen kann da eine Blaupause sein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Gründung der Jugendberufsagenturen hat sich Schleswig-Holstein im Jahr 2014 auf den Weg gemacht, um für Jugendliche einen ganzheitlichen Ansatz für den Übergang zwischen Schule und Beruf zu schaffen. Ja, seinerzeit ist die FDP kritisch gewesen, weil wir ganz klar gesagt haben, dass das Hamburger Vorbild, das dieser Idee zugrunde liegt, schlicht und ergreifend nicht eins zu eins auf ein Flächenland wie Schleswig-Holstein übertragen werden kann. Inzwischen müssen wir aber auch feststellen - und auch das hat sich in den Koalitionsverhandlungen widergespiegelt: Man hat es anpassen können. Denn unser Ziel war und ist es, dass wir eine zentrale Anlaufstelle für Jugendliche schaffen wollten und über kurze Wege und direkten Zugang schnelle individuelle Hilfe anbieten konnten.

Wir haben bei der Festlegung der Eckpunkte 2015 ganz klar das Ziel gesetzt, dass kein Jugendlicher und keine Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren auf dem Weg in den Beruf und auf dem Weg in den Arbeitsmarkt alleingelassen werden soll, insbesondere, wenn man Betreuungs- und Beratungsbedarfe erkennt.

Denn eines ist auch klar: Wir können es uns als Gesellschaft einfach nicht leisten, Jugendliche auf diesem Weg zurückzulassen und sie beim Übergang in

den Arbeitsmarkt im schlimmsten Fall auch zu verlieren.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Die Folge wären Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit oder ein geringeres Einkommen aufgrund abgebrochener oder nicht begonnener Ausbildungen, was für den weiteren Lebensweg der Menschen eine gravierende Auswirkung haben kann. Aber auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht können wir es uns nicht leisten, jemanden zurückzulassen. Denn bereits heute sind viele Branchen - Schule, Kinderbetreuung, der gesamte Pflegebereich, die IT oder technische Berufe - vom Fachkräftemangel betroffen. Es ist doch zu erwarten und absehbar, dass sich das in Zukunft verschärfen wird. Aufgrund der demografischen Entwicklung sehen wir, wie wichtig jede einzelne Arbeitskraft ist.

Auch neue und veränderte Berufsfelder bieten unseren Schulabgängerinnen und Schulabgängern eigentlich gute Perspektiven. Umso wichtiger ist es, dass wir jede Jugendliche und jeden Jugendlichen entlang seiner Stärken und Veranlagungen fördern und in die passenden Berufe bringen, damit es zu erfolgreichen Erwerbsbiografien kommt.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Jugendberufsagenturen helfen auf diesem Weg. Sie bündeln die Kräfte, um junge Menschen auf ihrem Weg zu begleiten, zu beraten und einen guten Übergang in das Berufsleben zu gewährleisten. Das beginnt mit der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen, wo bereits frühzeitig aufgezeigt werden kann, welche Perspektiven und welche Berufsfelder es gibt und wo sich Unternehmen auch vorstellen können.

Mit der Oberstufenreform haben wir einen wichtigen Beitrag geleistet, indem wir die Berufsorientierung dort fest verankert und damit gezielt gestärkt haben.

(Beifall FDP)

Wie heute schon mehrfach erwähnt, sind die Jugendberufsagenturen mittlerweile an 20 Standorten vertreten und arbeiten dort Hand in Hand mit den örtlichen Institutionen der Bundesagentur für Arbeit, mit den Schulen und auch kommunalen Landesverbänden zusammen. Ja, ich erinnere mich, dass bei der Diskussion um Pflegestützpunkte Stormarn sehr lange gebraucht hat. Aber die Stormarner sagen eben auch: Wir müssen schauen, ob der Bedarf da ist. - Wenn eine Struktur aus deren Sicht nicht funktioniert, geben sie dafür kein zusätzliches

(Anita Klahn)

Geld aus. Aber da kann man ja vielleicht noch Überzeugungsarbeit leisten.

Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit sichert die schnelle Hilfe. Der Informationsaustausch ist zeitnah und reibungslos sichergestellt, und die Übermittlung von personenbezogenen Daten haben wir inzwischen rechtssicher über die Schuldatenschutzverordnung geregelt - ein ganz wichtiger Baustein.

Wenn es natürlich, wie der Bericht auch sagt, in einigen regionalen Bereichen noch Entwicklungspotenziale zu der frühzeitigen und präventiven Kommunikation zwischen Schule und JBA gibt, bin ich sicher, dass auch das sich im Laufe der nächsten Jahre verbessern wird.

Wichtig ist mir noch, dass wir mit der Gründung des SHIBB und der Zusammenlegung der beruflichen Bildung unter einem Dach nun auch die Jugendberufsagenturen noch einmal stärken und unterstützen, indem nämlich alle relevanten Informationen und Beratungsleistungen unter einem Dach zusammengeführt sind. Wir begrüßen auch den Aufbau des landesweit einheitlichen Monitorings der Jugendberufsagenturen, denn damit stellen wir sicher, dass wir keine Doppelstrukturen schaffen, die einer effektiven Förderung der Jugendlichen im Weg stehen würden.

In Anbetracht der aktuellen Haushaltsberatungen möchte ich noch einen Hinweis geben: Für die nach Hamburger Vorbild eingerichtete Jugendberufsagentur wurde 2015 ein Finanzbedarf von 180.000 € bis 200.000 € formuliert. Aktuell haben wir vom Land aus bereits 470.000 € investiert. Ich denke, damit stützen wir einerseits die Wirtschaft, aber es ist insbesondere eine Wertschätzung gegenüber den jungen Menschen, denn eine finanzielle Unabhängigkeit durch eigene Erwerbstätigkeit ist am Ende die beste Sozialpolitik. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn der vorliegende Bericht nicht mehr ganz druckfrisch ist, möchte ich mich doch bei Minister Buchholz und seinem Team

für den schriftlichen Bericht bedanken. Die zentrale Botschaft bleibt natürlich bestehen: Denn in den fünf Jahren seit ihrer Einführung bei uns im Land haben die Jugendberufsagenturen längst ihren Wert unter Beweis gestellt. Die organisatorische Zusammenführung der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter, der Jugendämter und der Schulen ist zielführend. Diese enge Vernetzung und Zusammenarbeit der relevanten Akteure hilft dabei, mehr junge Menschen zu erreichen und sie vor Arbeits- und Perspektivlosigkeit zu bewahren. Das zeigt nicht nur der Blick in Stadtstaaten wie Hamburg, die hier eine längere Tradition haben, sondern wird auch bei uns zunehmend deutlich.

Aus meiner Sicht gibt es kaum eine wichtigere Aufgabe, als Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Perspektive für die Aufnahme einer Ausbildung zu geben. Für den SSW steht fest, dass gerade junge Leute eine echte Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, auf gute Bildung und ein selbst erzielt Einkommen brauchen. Der vorliegende Bericht zeigt: Dabei macht die vertrauensvolle, fallbezogene Zusammenarbeit im Rahmen einer Jugendberufsagentur oftmals den entscheidenden Unterschied; denn hier übernehmen die verschiedenen Akteure gemeinsam Verantwortung, statt sie sich im Zweifel gegenseitig zuzuschieben. Diese Kultur wollen wir vom SSW unbedingt weiter voranbringen.

Wie wir wissen, hat sich die Zahl der Jugendberufsagenturen seit der letzten Debatte zum Thema im Jahr 2017 nahezu verdoppelt. Mittlerweile gibt es sie in zehn Kreisen und kreisfreien Städten mit insgesamt 20 Standorten. Diese Entwicklung sehen wir als großen Erfolg. Nun wissen wir auch: Stormarn und Ostholstein haben da noch Nachholbedarf, der Kreis Rendsburg-Eckernförde und die Stadt Flensburg auch. Ich glaube, es ruckelt sich in den nächsten paar Monaten zurecht, und dann schauen wir einmal bei der nächsten Debatte, was dabei herausgekommen ist.

Auf alle Fälle sehen wir diese Entwicklung als großen Erfolg, und wir werden auch den weiteren Ausbau dieser Angebote unterstützen. Für uns ist klar, dass wir vielfältige Möglichkeiten brauchen, um möglichst alle jungen Menschen in ihrer Lebenswelt abzuholen und optimal zu fördern. Neben den JBA beziehungsweise neben Arbeitsverwaltung, Jugendhilfe und Schulen müssen hier auch Wirtschaft und Kommunen so eng wie möglich zusammenarbeiten - und zwar bestenfalls flächendeckend.

Wie wichtig dieser gemeinsame Einsatz ist, zeigt nicht zuletzt die mit über 8 % noch immer viel zu

(Jette Waldinger-Thiering)

hohe Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher. In meinen Augen ist es ein Riesenproblem, dass jedes Jahr über 1.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Noch dazu stecken viel zu viele junge Leute in der Warteschleife von berufsvorbereitenden Maßnahmen fest. Wir können davon ausgehen, dass Corona diese Situation nicht gerade entschärft hat. Natürlich gibt es die unterschiedlichsten Gründe für diese Biografien. Aber die Zahlen zeigen uns doch, dass es noch längst nicht gelingt, allen jungen Menschen eine echte Perspektive zu geben. Für den SSW folgt daraus vor allem eines: Wir müssen alle miteinander noch eine Schippe drauflegen, damit noch mehr junge Menschen passgenau beraten und Abbrüche von Schul- oder Ausbildungsgängen verhindert werden.

Auch vor dem Hintergrund der in dem Bericht erwähnten Evaluation der JBA muss ich auf einen Punkt hinweisen: Die Effekte dieser Arbeit mögen schwer messbar sein, aber unsere Zwischenbilanz fällt überwiegend positiv aus. Doch selbst wenn die Einrichtung von JBA in allen Kreisen und kreisfreien Städten gelingt, sind damit längst nicht alle Probleme gelöst. Das soll heißen, dass unsere Erwartungen zwar hoch, aber nicht himmelhoch sein dürfen, allein schon, weil die Ressourcen nun einmal stark begrenzt sind.

Es liegt auf der Hand, dass eine dauerhafte finanzielle Unterstützung entscheidend für den Erfolg und die Etablierung dieser Einrichtungen ist. Deshalb sollten wir gemeinsam überlegen, wie wir die wertvolle Arbeit der JBA langfristig absichern können. Auch deshalb werden wir ihre weitere Entwicklung als Teil des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung kritisch begleiten.

Klar ist, dass uns die knapp 8 % Steigerung bei den neu geschlossenen Ausbildungsverträgen im Vergleich zum Vorjahr nicht reichen können. Dies zeigt, dass es noch viel zu viele junge Menschen ohne Chance auf einen Ausbildungsplatz und eine eigenständige Zukunft gibt. Das müssen wir dringend ändern.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis, dass ich kein großer Fan der Entscheidung der Koalition war, auf der Zielgerade der Koalitionsverhandlungen die berufliche Bildung dem Wirtschaftsministerium anheim zu stellen. Das hing durchaus auch mit der ablehnenden Haltung der FDP zu den Jugendberufsagenturen zusammen. Ich glaubte schon, ein bisschen abnehmenden Schwung wahrgenommen zu haben. Wir haben gehört: Die Mehrzahl der Jugendberufsagenturen ist bis inklusive 2017 gegründet worden. Wenn man sich anschaut, wie es mit den Fördermitteln war, sieht man: 84 % der Fördermittel sind bis einschließlich 2017 verausgabt worden.

Herr Buchholz, was Sie aber heute erzählt haben, macht mir Hoffnung und Mut, dass Sie das verbleibende halbe Jahr gut nutzen werden, um die Jugendberufsagenturen doch noch weiter voranzubringen. Es gibt ein paar Ansatzpunkte, die im Bericht geschildert werden, bei denen man wirklich zupacken kann.

Der Kern der Jugendberufsagenturen, wie ich sie verstehe, das, was sie besonders gut machen, ist, die Unterstützung für junge Leute aus einer Hand zu organisieren, wenn man den jungen Menschen quasi erst einmal vor sich hat, ihn erst wieder wegzulassen, wenn Unterstützung organisiert wurde und der richtige Weg erreicht ist. Herr Kollege Knöfler, deswegen glaube ich, dass eine virtuelle Jugendberufsagentur nicht die beste Idee ist, weil die das nicht leisten können wird.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Nun haben wir die potenziellen Verbesserungspunkte heute schon gehört. Ich will sie noch einmal zusammenfassen: Die Umsetzung dieser übergreifenden Fallkonferenzen und -gespräche - wie steht es im Bericht so schön - „ist noch unterschiedlich stark ausgeprägt“. Da ist also etwas zu tun. Der Informationsaustausch zwischen Schulen und Jugendberufsagentur muss verbessert werden - das steht auf Seite 11. Die strukturelle Einbindung der Gymnasien ist nicht ausreichend - Seite 15. Ein Randaspekt, aus meiner Sicht aber auch wichtig: Mit dem Handlungskonzept PLS, das die Europäische Union hauptsächlich finanziert hat, ist eine wichtige Säule und ein wichtiges Instrument weggefallen, auf das diese Jugendberufsagenturen zurückgreifen konnten. Das Land ist teilweise, aber nicht völlig eingesprungen. Ich glaube aber, dass das ein Unterstützungssystem ist, das wir uns noch genauer anschauen müssen.

(Martin Habersaat)

Meine Damen und Herren, ich habe es bereits gesagt: Es ist einiges zu tun. Sie haben noch ein gutes halbes Jahr Zeit. Auf geht's! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2811 (neu), dem - und das ist jetzt die Frage - Wirtschafts- und Bildungsausschuss oder nur dem Bildungsausschuss zu überweisen?

(Zurufe: Bildungsausschuss!)

In Ordnung: Es geht darum, ihn dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

„Vision Zero - Null Verkehrstote“ - Mündlicher Bericht zur Verkehrssicherheit

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3213

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vision Zero ist eine Vision, aber es ist eine wichtige Vision. Es muss darum gehen, gerade im Bereich des Verkehrs, der Mobilität, möglichst wenige Verletzte, möglichst wenige Getötete zu erzeugen. Jeder Verletzte und jeder Getötete im Verkehr ist eigentlich einer zu viel.

Deshalb ist eine Entwicklung, die im letzten Jahr im ersten Halbjahr trotz Pandemie stattgefunden hat, durchaus bemerkenswert - und zwar negativ. Wir hatten nämlich im ersten Halbjahr 2020 trotz der Pandemie einen fast unerklärlichen Anstieg von Verkehrstoten durch schwere Verkehrsunfälle. Dankenswerterweise haben wir im ersten Halbjahr dieses Jahres wieder einen deutlich stärkeren Rückgang zu verzeichnen. Aktuell haben wir 38 Todesfälle im ersten Halbjahr gehabt. Das sind 26 weniger als im Vorjahreszeitraum, ein Minus von fast 40 %.

Allerdings - und das muss man berücksichtigen - hatten wir auch in diesem Jahr eine Lockdownphase. Wir haben eigentlich eine stetig und ständig sinkende Zahl an Verletzten und Verkehrstoten auch im Land Schleswig-Holstein. Trotzdem muss man sagen, dass dieser Rückgang auch der Pandemie geschuldet ist. Die Anstrengungen müssen deshalb hoch bleiben, um auch in Zukunft dafür zu sorgen, dass uns die Zahlen nicht wieder nach oben ausbün-

Wer für mehr Verkehrssicherheit sorgen will, muss sich angucken, wo die Zahl von Verletzten und Getöteten herkommt. Deshalb ist es wichtig, dass man sich zunächst einmal in der Analyse ansieht: Was passiert eigentlich wo? Unfälle mit tödlich Verunglückten passieren bei uns im Land hauptsächlich auf Bundesstraßen, auf Landesstraßen und auf Kreisstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften. 66 % - zwei Drittel - aller Unfälle mit Todesfällen passieren auf solchen Straßen. Übrigens: 24 % der weiteren Unfälle mit Getöteten finden innerorts statt. Nur 10 % der Unfälle, bei denen jemand getötet wird, finden auf Autobahnen statt. Kollege Tietze, soviel zum Thema Tempolimit als Argument für Verkehrssicherheit.

(Beifall AfD - Zuruf Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das hat möglicherweise auch andere Gründe, ja. Es ist aber statistisch schon sehr auffällig. So ist die Verteilung in jedem Jahr. Wir haben schlicht und ergreifend die meisten Verkehrstoten nicht auf Autobahnen zu beklagen, sondern 66 % der Unfälle außerhalb auf Landstraßen, 24 % innerorts und eben nur 10 % auf Autobahnen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Minister. - Das ist richtig interessant, was Sie jetzt beschreiben, wo die Unfallschwerpunkte liegen. Ich gehe aber davon aus, dass die Unfallursache auf Bundes- und Landesstraßen auch zu schnelles Fahren ist. Dort wird ja gerast. Wer im Land unterwegs ist, kennt die engen Kurven und Alleen. Er sieht natürlich, wie schwierig es ist, wenn man dort, ich sage mal, mit einem Bleifuß unterwegs ist.

- Herr Kollege Dr. Tietze, wir können uns darauf verständigen, dass es eine unangepasste Fahrweise ist, die oft etwas mit Witterungsverhältnissen und mit Sichtverhältnissen zu tun hat. Diese Fahrweise - und das muss ich an dieser Stelle einmal sagen - hat aber nichts zu tun mit der Frage eines Tempolimits auf Autobahnen. Der Zusammenhang lässt sich verkehrssicherheitstechnisch einfach nicht herstellen.

(Beifall FDP und AfD)

Lassen Sie uns die Diskussion an dieser Stelle nicht vertiefen. Wir können gern aus ökologischen Gründen über alles Mögliche reden. Aus Verkehrssicherheitsgesichtspunkten müssen wir uns angesichts der Zahlen der Verkehrstoten aber fragen: Wie gehen wir auf Bundes-, Land- und Kreisstraßen und in den innerörtlichen Abbiegesituationen damit um?

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da liegt der größte Block der Themen, die wir haben.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine zweite Zwischenfrage?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Minister. - Ich gehe aufgrund der Studien, die ich gelesen habe und kenne, davon aus, dass die Unfälle auf Autobahnen - sie mögen in der Prozentzahl so sein, wie Sie es beschrieben haben - wesentlich schwerer sind. Je schneller, desto töter - so könnte man es sagen. Die Hauptursache dafür ist Raserei, übrigens ge-

rade der Damen und Herren, die da mit 220 km/h von hinten angeschossen kommen und überhaupt nicht mehr das Fahrzeug unter Kontrolle haben.

- Herr Abgeordneter Tietze, gerade nicht!

(Zurufe)

Die Statistik sagt genau das Gegenteil. Da, wo am Schnellsten gefahren wird, entstehen nicht automatisch die meisten Verkehrstoten. Im Gegenteil: Da, wo die Verkehrsreglementierung auf Geschwindigkeiten von eher 80 km/h oder 100 km/h die Regel ist, entstehen die meisten Verkehrstoten.

Das ist übrigens auch nicht verwunderlich, weil es sich in der Regel um Überholsituationen handelt, um Situationen, wo man, wenn man von der Fahrbahn abkommt, nicht auf einen Standstreifen und gegen eine Leitplanke kommt, sondern die Böschung runterrauscht und in anderen Situationen ist. Den Zusammenhang herzustellen, wäre unpassend.

(Zurufe Wolfgang Baasch [SPD] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine ganz andere Frage, auf die ich viel eher unter Verkehrssicherheitspunkten das Augenmerk richten möchte, ist die, wo die Verkehrsunfallzahlen eigentlich ansteigen und Verletzungen und tödliche Verläufe stark zunehmen. Das sollte uns sehr zu denken geben: In den letzten Jahren verzeichnen wir einen Höchststand der Zunahme von Unfällen bei Radfahrern.

Dass Radfahrer inzwischen mit 32,7 % aller Unfälle einen Höchststand auslösen, dass es im letzten Jahr 16 getötete Radfahrer gab, davon neun aus der Altersklasse über 65 Jahre, zeigt, dass durch neue Mobilitätsmittel, durch Pedelecs und E-Bikes, eine neue Situation entsteht.

(Jörg Nobis [AfD]: Wir sollten Fahrradfahren verbieten! - Unruhe)

Gerade im Bereich der Schulkinder und sehr jungen Verkehrsteilnehmer ist leider eine extrem erhöhte Anzahl von Unfällen festzustellen.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist das!)

Hier müssen wir ansetzen, und zwar mit unserem Verkehrssicherheitstraining. Auch das bitte ich zu vergegenwärtigen: 56 % aller Unfälle auf dem Fahrrad haben als Ursache persönliches Fehlverhalten des Radfahrenden, nicht des anderen Verkehrsteilnehmers - 56 %! Was ist dabei die häufigste Ursache? - Radfahrer benutzen in 37 % der durch sie mitverursachten Verkehrsunfälle verbotswidrig den

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Gehweg, andere Straßenteile oder die Fahrbahn oder den Radweg entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung. Die schlimmsten Unfälle, die wir feststellen, entstehen durch die falsche Benutzung des Straßenkörpers durch Radfahrerinnen und Radfahrer.

Leider haben wir das ganz aktuell durch einen bundesweiten Aktionstag „sicher.mobil.leben“ am 16. September 2021 bestätigt bekommen. Bei 4.576 kontrollierten Radfahrern im Land wurden 1.670 Regelverstöße festgestellt, weil man die Fahrbahn falsch oder in entgegengesetzter Richtung benutzt hat.

Was heißt das? - Wir haben Anknüpfungspunkte für Verkehrssicherheit in drei Bereichen.

Der erste und wichtigste Bereich ist der Mensch selbst. Es geht um die Ausbildung, die Präventionsarbeit, beginnend bei den kleinsten Verkehrsteilnehmern, wenn es um die Einschulung oder davor geht, über das „kleine Zebra“, Aktionen für Schulanfänger und die Radfahrausbildung in der 4. Klasse bis zur Ausbildung, was Fahrradfahren angeht, in der Altersgruppe der 10- bis 15-Jährigen, wo wir eine exorbitant hohe Zahl von Unfällen haben.

Aktuell stellt das Land den Kommunen, um schnelles Fahren innerorts, wenn man von einer Landstraße kommt, zu reduzieren, 50 Dialog-Displays zur Verfügung; das sind die Smileys, die, wenn Sie in einen Ort hineinfahren, rot oder grün aufleuchten. Mit der Verkehrswacht gemeinsam geben wir diese Gerätschaften gern heraus, weil wir festgestellt haben, dass ihre Wirkung - wissenschaftlich nachgewiesen - viel höher ist als die eines Verkehrszeichens. Da blinkt etwas, da wird mir angezeigt, dass ich mich verkehrswidrig verhalte. Die Wirkung ist deshalb durchaus positiv. Der Mensch steht im Mittelpunkt der Präventionsarbeit.

Der zweite große Schwerpunkt ist die Technik. Die Technik bietet uns heute andere Möglichkeiten, Verkehrsunfälle zu vermeiden. Was ursprünglich der Sicherheitsgurt war, sind heute der Abbiegeassistent und andere technische Instrumentarien, die rund um das Fahrzeug eine Absicherung vorsehen. Das geht bis zur Automatisierung des Fahrens, die uns davor schützen kann, dass insbesondere die schwächsten Verkehrsteilnehmer, Fußgänger und Radfahrer, angegriffen werden. Technik spielt weiter eine wichtige Rolle.

Drittens spielt die Infrastruktur eine wichtige Rolle für die Verkehrssicherheit. Nicht umsonst bauen wir im Land an vielen Stellen zweispurige große Bundesstraßen wie die B 5 oder B 404 streckenweise

dreispurig aus, um gefährliche Überholmanöver wegzuholen. Nicht umsonst gucken wir an den Ecken, wo innerorts Abbiegesituationen entstehen, dass diese technisch und von der Infrastruktur her entlastet und anders ausgebaut werden. Nicht umsonst kümmern wir uns, insbesondere aber bitte schön auch die Kommunen, auch um den Zustand unserer Radwege. Das Land kümmert sich um die Radwege an Bundes- und Landesstraßen; in den Kommunen gibt es die Aufgabe, vor Ort dafür zu sorgen, dass man die Infrastruktur so anpasst, dass es Möglichkeiten gibt, Verkehrssicherheit besser darzustellen.

Das sind alles Aktivitäten, die notwendig sind, wenn wir Vision Zero realisieren wollen. Ich glaube, das bleibt eine Vision. Aber jeder Schritt, den wir tun, um einen Verkehrstoten zu verhindern, ist richtig. Deshalb sind die Anstrengungen richtig, die hier unternommen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zu. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, herzlichen Dank für den Bericht, herzlichen Dank auch den Mitarbeitern, die zu dem Bericht beigetragen haben, aber auch herzlichen Dank für die Verlängerung der Redezeit.

Vision Zero ist nicht Jugendsprache oder Anglizismus für „keinen Durchblick“ - so könnte man es auch, wenn man wollte, übersetzen -, nein, es ist ein Konzept für den Straßenverkehr gemeint. Auch wenn Vision Zero zunächst eine Sicherheitsstrategie aus der chemischen Industrie war, wurde sie seit Einführung im 19. Jahrhundert viele Male adaptiert. Eine Erfindung - wie könnte es anders sein - von den sicherheitsbewussten Schweden. Als Erfinder des Dreipunkt-Gurts, des Reboarded-Kindersitzes und natürlich des Volvo lässt sich der Kern der verkehrlich orientierten Vision Zero bereits erahnen: keine Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr.

(Hartmut Hamerich)

Wir haben eigentlich eine ganz einfache Regelung, um Unfälle verhindern zu können:

„Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Wer am Verkehr teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.“

Der eine oder andere wird sich an § 1 der Straßenverkehrs-Ordnung erinnern. Damit wäre alles geregelt, wenn sich denn alle Menschen an Vorschriften und Gesetze halten, aber das ist nun einmal nicht so. Also müssen wir etwas tun.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Auch wenn wir Schleswig-Holsteiner die „Skandinavien Deutschlands“ sein mögen, müssen wir uns dennoch an deutschen Zahlen messen lassen. Die Vision Zero ist auch in Deutschland seit 2007 zentraler Bestandteil des Deutschen Verkehrssicherheitsrates. Erfolge dieser Grundlagen lassen sich seit Jahren beobachten. Deutschlandweit sind die Zahlen der Verkehrstoten und Verletzten weiterhin sinkend, auch wenn es Abweichungen im letzten und vorletzten Jahr gegeben hat, Herr Minister.

Zum einen mag dies aus den zahlreichen Maßnahmen, Regelwerken und Verordnungen resultieren, die mit der Vision einhergehen. Zum anderen ist auch ein entscheidender Faktor der technische und gesellschaftliche Fortschritt. Bessere Sicherheitssysteme in den Kraftfahrzeugen wie automatische Bremssysteme, Hinderniserkennung oder adaptive Lichterführungen seien hier genauso genannt wie Fahrsicherheitstraining, leistungsstarke Lichter auch für Zweiräder sowie Reflektoren und Schutzkleidung.

Ein nicht zu vernachlässigender Punkt ist das eingeführte begleitete Fahren. Dass junge Fahranfänger für einen längeren Zeitraum mit erfahrenen Begleitern fahren - es müssen aber auch wirklich erfahrene Begleiter sein; nicht jeder, der rechtlich zugelassen ist, ist tatsächlich ein erfahrener Fahrbegleiter -, ist ein guter Weg. Fahranfänger haben so die Chance, von der Erfahrung älterer Fahrer zu profitieren und mit weit mehr Erfahrung in das eigenständige Fahren überzugehen. Gerade für ländliche Regionen ist dies ein Gewinn an Mobilität und Sicherheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahlen von Verkehrstoten, Schwerverletzten, aber auch von Unfällen allgemein waren in den Jahren 2020 und 2021 auf einem historischen Tief. 2020 hatten

wir mehr Tote, der Minister hat es berichtet. Leider muss man hier sagen, dass diese deutlichen Rückgänge vor allem auf einen Faktor zurückzuführen sind - ich dachte, einmal eine Rede ohne Corona halten zu können -: Die Rückgänge sind coronaabhängig gewesen, weil wir wesentlich weniger Verkehre auf den Straßen hatten.

Während des ersten und zweiten Lockdowns hat die Polizei mit 17.062 Unfällen den niedrigsten Stand seit 20 Jahren registriert.

Auch wenn die Zahlen durch Corona getrübt sind, lässt sich erkennen, dass die Maßnahmen in Schleswig-Holstein fruchten. Wie bereits erwähnt, sind die Zahlen der Verkehrstoten seit Jahren rückläufig. Doch eine Zielgruppe bleibt 2022 und 2021 im besonderen Fokus: die Radfahrer, hierbei besonders zu nennen die Pedelec-Fahrer. Die sind mit einer ganz anderen Geschwindigkeit unterwegs als auf einem nur mit Muskelkraft betriebenen Fahrrad.

Durch den weiter zunehmenden Radverkehr wird auch die Komplexität im Verkehrsraum erhöht. Radwege kreuzen die Spuren der Busse, Gehwege oder wechseln auf unübersichtlichen Straßenkreuzungen. Erfreulicherweise ist dies eindeutig, da die Zahl der Unfälle mit konventionellen Rädern um 2,4 % zurückgegangen ist.

Ein weiterer kritischer Punkt in der Unfallstatistik ist der Punkt der „Ablenkung“ - das ist nett ausgedrückt. Vornehmlich im Bereich der Pkw, doch auch im Radverkehr, lassen sich bei Untersuchungen viele Unfälle nicht anders erklären als durch die Nutzung des Mobiltelefons. Die Landespolizei hat sich hier erfolgreich für eine Anpassung der Unfallursachen eingesetzt, und wir werden daher wohl bald etwas Licht in diesen Schatten bringen können.

Ein weiterer betrachteter Bereich sind die Bundesautobahnen, speziell die A 1, A 7 und A 23 - gut, viel mehr haben wir hier ja auch nicht. Hauptunfallursache waren hier die „nicht angepasste Geschwindigkeit“, Kollege Tietze, nicht die Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Die nicht angepasste Geschwindigkeit! Mit 30 % ist dies die höchste Kategorie. Hierbei handelt es sich explizit nicht um Probleme mit der Geschwindigkeitsgrenze, sondern der bewusst vermiedenen oder nicht rechtzeitig durchgeführten Anpassung auf veränderte Umstände wie Baustellen, dichten Verkehr, schlechte Sicht et cetera.

Die Polizei führt vermehrt Kontrollen durch, um diese sowohl für Verkehrsteilnehmer als auch Sicherheitskräfte und Straßenarbeiter gefährliche Si-

(Hartmut Hamerich)

tuation zu bekämpfen. Die Umsetzung des neuen Bußgeldkatalogs, mit dem Wiederholungstäter nun deutlich intensiver und schneller mit Fahrverboten bestraft werden, wird hierbei ihr Übriges tun.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter Hamerich. Es ist sehr unruhig im Saal. - Danke!

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich kann noch lauter, so ist das nicht. Gut. - Neben diesen beiden bereits genannten Aspekten bleiben die bekannten Risikogruppen der jungen Fahrer, Senioren und Kinder. Auch hier steuert die Landespolizei mit zahlreichen Maßnahmen gegen, ebenso auch bei den Delikten mit Rauschmitteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg, die Vision Zero umsetzen zu können. Auch wenn es noch immer Verkehrstote gibt, werden die weiteren Maßnahmen unserer Landespolizei mit Sicherheit fruchten. Die Verkehrsüberwachung, Kontrolle der Gurtpflicht, Ahndung von Ablenkung und Handynutzung sowie die Bekämpfung von Aggressionsdelikten seien hierbei, neben den präventiven Maßnahmen, als reaktive Instrumente genannt. Neben der Kontrolle von Sicherheitsaspekten bedarf es für eine Vision Zero natürlich auch intakter Straßen und Radwege. Daher dürfen wir nicht müde werden, unsere Infrastruktur zu modernisieren und weiter instand zu setzen. Mit der Sanierungsstrategie der Landstraßen leistet Jamaika also einen Beitrag zur Umsetzung der Verkehrssicherheit und Vision Zero.

Doch nicht nur die Landstraßen sind im Fokus, sondern mit einem neuen Sanierungsplan der Radwege wird auch hier mit Instandhaltung und Modernisierung ein wesentlicher Aspekt zur Sicherheit im Straßenverkehr geleistet. Weitere Maßnahmen, um gerade die Risikogruppe der Radfahrer zu schützen, sind in der erstellten Radstrategie verankert. Ich denke hier zum Beispiel an die Installation von Abbiegeassistenten bei Großfahrzeugen, damit man dort etwas besser sehen kann.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, dass Schleswig-Holstein hier auf einem guten Weg ist, auch seinem Ruf als „Skandinavien Deutschlands“ gerecht zu werden. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, dass wir ein gegenseitiges Verständnis für die verschiedenen Verkehrsträger und Grundlagen für die unterschiedlichen Bedürfnisse im Straßenverkehr schaffen. Denn wir wollen sowohl als Rad-

fahrer und Autofahrer als auch als Fußgänger sicher und respektiert im täglichen Straßenverkehr unterwegs sein. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Sehr geehrter Herr Minister, vielen herzlichen Dank für den Bericht. Nachdem Sie bereits im Jahr 2019 angekündigt hatten, dass Verkehrssicherheit ein Schwerpunkt Ihres Ministeriums sein sollte, bin ich zumindest schon einmal erfreut, dass es zwei Jahre später dieser Schwerpunkt endlich bis zu einer Landtagsrede geschafft hat.

(Minister Dr. Bernd Buchholz: Da war eine Pandemie dazwischen!)

- Nichtsdestotrotz ist das Thema Verkehrssicherheit im Jahr 2020 genauso wichtig gewesen wie im Jahr 2021, wenn man das Jahr 2019 schon als das Jahr der Verkehrssicherheit ankündigt.

Denn an Taten für Verkehrssicherheit war Ihr Wirken bisher nach meinem Empfinden wirklich sehr übersichtlich. Wenn in einem Pandemiejahr mit deutlich weniger Verkehrsbewegungen trotzdem die Anzahl der im Verkehr Getöteten von 100 auf 107 Personen steigt, dann sind wir von der Vision Zero sehr, sehr weit entfernt.

Am Tag der Verkehrssicherheit im Jahr 2021 hat sich der Minister auf seinem ministeriumseigenen Videoportal nur mit dem motorisierten Zweirad befasst. Der hier propagierte Leitplankenunterschutz kann wirklich lebensrettend sein - das stelle ich überhaupt nicht infrage -, was ich allerdings vermisse, sind weitere Anregungen für Verkehrssicherheit bei motorisierten Zweirädern, zum Beispiel sichtbare Geschwindigkeitsabsenkungen in Kurvenstrecken, Blitzer zeitgleich von vorne und hinten und deutlich mehr Kontrollen zur Prävention und Abschreckung.

Die meisten tödlichen Unfälle, und um die geht es ja bei Vision Zero, passieren beim Autofahren. Die Landstraßen sind hier bei Weitem die unfallträchtigsten. Zusätzliche Leitplanken gerade in den Allee Straßen, bessere und frühere Sichtbarkeit in ge-

(Kai Vogel)

fährlichen Kurven, mehr Zäune gegen Wildwechsel, regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen in den unfallträchtigen Streckenabschnitten und mehr Überholverbote wären alles Lösungsansätze für mehr Verkehrssicherheit. Bisher habe ich in dieser Richtung keine Initiative von Ihnen wahrgenommen, das war alles Mangelware.

In der Sommerpause habe ich die fest oder annähernd dauerhaft an einem Standort platzierten Geschwindigkeitsmessgeräte kritisiert. Auf der B 5 zum Beispiel kommt es regelmäßig zu schwersten Unfällen im Bereich Witzwort, leider oft auch mit tödlichem Ausgang. Bäume, Kurven, keine Leitplanken und gefährliches Überholen sind in diesem Abschnitt der Grund dafür. Sie wissen, es wird auch noch eine gewisse Zeit dauern, bis wir die Dreispurigkeit auf diesem Abschnitt realisiert haben werden. Hier sind kaum Geschwindigkeitskontrollen vorhanden, doch müsste hier jetzt dringend etwas geschehen - nicht erst in ein paar Jahren. Wenn man ein Stück weiter südlich fährt, steht Höhe Hemme der fest installierte Blitzer auf gerader Strecke: Leitplanken sind auf beiden Seiten vorhanden, und Unfälle geschehen hier wirklich kaum. In der Gegenrichtung am Übergang von der A 23 zur B 5 wird gefühlt - ich fahre da zwar nicht jeden zweiten Tag, aber man hört es zumindest jeden Tag im Verkehrsfunk im Radio - jeden zweiten Tag die Geschwindigkeit kontrolliert. Unfälle sind nach meinem Empfinden hier die absolute Seltenheit.

Wir appellieren regelmäßig, an den Unfallschwerpunkten zu kontrollieren und nicht nur regelhaft dort, wo die möglichen Einnahmen durch Bußgelder am höchsten sind.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Herr Minister, Sie hatten es gesagt: Autobahnen gelten als sicher, aber auch hier versterben jährlich über zehn Personen. Sie werden doch nicht leugnen, dass, wenn man mit einer sehr hohen Geschwindigkeit einen Unfall verursacht, die Wahrscheinlichkeit, diesen nicht zu überleben, deutlich erhöht und größer ist, als wenn man mit einer deutlich geringeren Geschwindigkeit unterwegs ist. Deshalb ist das doch definitiv etwas, was für eine Geschwindigkeitsbeschränkung spricht. Sie wissen doch, dass an den beiden letzten Wochenenden Unfälle geschehen sind, bei denen die Fahrzeuge - so stand es jedenfalls in der Zeitung - mit weit über 200 h/km unterwegs waren. Die Unfallschwere war eine deutlich höhere, als wenn die Betroffenen mit einer deutlich geringeren Geschwindigkeit unterwegs gewesen wären.

(Zurufe FDP)

Unser Vorschlag war, an der A 7 zum Beispiel und an den anderen Autobahnen eine Verkehrssteuerung über digitale Schilderbrücken zu realisieren. Das haben Sie abgelehnt. Dass es aber bis auf den Blitzeranhänger am Bordesholmer Dreieck weitere Verkehrssicherheitsmaßnahmen gibt, beispielsweise an der A 7, wie Abstandskontrollen oder auch Handyskontrollen von Brücken, ist mir definitiv nicht aufgefallen, und auf dieser Autobahn bin ich wirklich jeden zweiten Tag unterwegs.

An den Bahnübergängen passieren bei uns auch jährlich Unfälle mit Todesfolge. Vor wenigen Tagen ist da erst wieder auf der Höhe Sylt ein tragischer Unfall passiert. Der Minister versprach im Sommer 2019 nach wiederholten Unfällen in Dithmarschen, Abhilfe zu schaffen. Über eine Kleine Anfrage erfuhren wir dann allerdings, dass er seine Möglichkeiten mangels Zuständigkeit erneut überschätzt hatte, sodass wir auch hier bei der Vision Zero keinen Schritt weitergekommen sind. Lassen Sie doch bitte diese leeren Versprechungen, Herr Minister.

Heute melden die „Lübecker Nachrichten“, dass Schleswig-Holstein trauriger Spitzenreiter bei Unfällen mit Kindern ist. Aktionen für das Tragen von Fahrradhelmen, Unterstützungsprogramme für Kommunen für mehr Verkehrssicherheit, Programme für Pedelecs, aber auch E-Scooter, mehr Rotlichtkontrollen, Entschärfen unübersichtlicher Kreuzungen - die Möglichkeiten zur Steigerung der Verkehrssicherheit sind auch hier extrem vielfältig. Stattdessen gibt es mal hier und da eine Aktion, doch dass es irgendwo eine auffallende Steigerung der Maßnahmen oder Mittel in den letzten Jahren gegeben hätte, bleibt auch im Jahr vier von Jamaika Mangelware. Sprechen Sie einmal mit der Landesverkehrswacht!

Der Bundesländerindex Mobilität und Umwelt hat für 2020/21 die Verkehrssicherheit in den Bundesländern in einer großen Untersuchung bewertet. Mit Platz 15 landen wir hier auf dem ernüchternden vorletzten Platz.

Diese Untersuchung unter anderem vom BUND und der Allianz pro Schiene schreibt über die Verkehrssicherheit in Schleswig-Holstein, und ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin: Schleswig-Holstein ist „von allen Ländern am unkonkretesten bei den Verkehrssicherheitsambitionen“.

Verkehrssicherheit und insbesondere Vision Zero sind damit definitiv kein Schwerpunkt Ihrer Regierung, und das werden wir Monat für Monat weiter fleißig kritisieren. - Vielen Dank.

(Kai Vogel)

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! - Ich war ein bisschen entsetzt, weil die Uhr schon lief und ich noch nichts gesagt hatte. - Mobilität heißt Teilhabe an der Gesellschaft, und angesichts des hohen Mobilitätsaufkommens sind der Schutz und die Sicherheit für - ich glaube - alle Parteien hier im Haus eine hohe politische Verantwortung.

Herr Minister, Sie haben es gesagt: Erfreulicherweise gehen die Unfallzahlen in 2021 zurück. Der Verkehr wurde sicherer. Sie haben die Gründe benannt, die, so glaube ich, unstrittig sind. Durch die Folgen der Coronapandemie haben mehr Homeoffice, weniger Geschäftsreisen, weniger Messen und Events, weniger Urlaubsreisen stattgefunden. Übrigens hat auch das Klima davon profitiert. Dennoch muss man feststellen: Weniger Verkehr heißt weniger Unfälle. Wenn wir jetzt über Digitalisierung in diesem Haus reden, dann ist es hoffentlich so, dass wir auch zukünftig schlicht sagen: Der beste Schutz ist die Vermeidung von Verkehren. Das heißt, wir haben über die Digitalisierung möglicherweise andere Möglichkeiten. Das schont auch das Klima.

Meine Damen und Herren, auch ich habe heute die Zahlen in den „Lübecker Nachrichten“ gelesen. Die Unfallzahlen von Kindern in Schleswig-Holstein steigen. Ich glaube, 288 Kinder pro 100.000 Einwohner sind in Schleswig-Holstein verunglückt. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass wir tatsächlich von allen Bundesländern die höchsten Zahlen haben. Ich habe auch gelesen, und auch das sollte uns nachdenklich machen, dass überwiegend Jungen betroffen sind. Bei ihnen gibt es häufiger Unfälle als bei Mädchen. Das mag auch daran liegen, dass sie etwas riskanter unterwegs oder abgelenkter sind. Jedenfalls ist das eine Situation, die uns in der Prävention und in der Verkehrserziehung ganz klar eine geschlechterspezifische Verkehrserziehung nahelegt und uns nachdenklich machen sollte. Wir machen es in der Jugendarbeit auch, dass wir seit vielen Jahren über Mädchen- und Jungenarbeit reden. Der Kinderschutzbund hat das heute in der Presse sehr klar kritisiert.

Nachdenklich machen auch die höheren Unfallzahlen bei Erwachsenen. Wir Grüne freuen uns, dass es

in der Coronazeit einen Fahrradboom gegeben hat. Man konnte im letzten Jahr gar keine Pedelecs mehr kaufen, die gingen weg wie warme Semmeln. Diese waren sehr beliebt bei den Leuten. Man hat entdeckt, dass es Spaß macht, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren, und dass es besonders Spaß macht, wenn man ein Pedelec hat, mit dem man auch weitere Strecken zurücklegen kann. Also: Die Leute fahren mehr Rad in diesem Land. Sie haben in den letzten zwei Jahren das Rad für sich entdeckt, nicht nur, um es im Alltagsverkehr zu nutzen, sondern auch, um etwas für ihre Gesundheit zu tun.

Es ist auch richtig, dass das Fahrrad durch den elektrischen Hilfsmotor schneller fährt und dass die Unfallhäufigkeit zunimmt. Wenn Sie in der Urlaubszeit unterwegs waren, dann haben Sie gesehen: Es fahren auch Leute Rad, die viele Jahre lang nicht so geübt Rad gefahren sind. Plötzlich fahren sie Pedelec. Darf ich einmal fragen: Wer von Ihnen ist schon Pedelec gefahren? - Wahrscheinlich alle.

(Zurufe)

Wer hat dabei einen Helm getragen? - Sehr vorbildlich, Olli. Die meisten Leute tragen beim Fahren von Pedelecs keinen Helm. Die schwersten Verletzungen, die man bei Fahrradunfällen mit dem Pedelec hat, sind Kopfverletzungen. Auch hier sage ich als Grüner: Vielleicht ist es dann doch sinnvoll, wenn wir auf Bundesebene die Helmpflicht einführen. Wir haben sie ja auch bei motorisierten Zweirädern. Wer also mit einem Pedelec unterwegs ist, ist schneller unterwegs, und niemand würde heute den Anschnallgurt in Kfz infrage stellen. Es ist wichtig, dass wir Leben schützen und alles dafür tun, damit das entsprechend stattfinden kann.

Meine Damen und Herren, Wir haben also mit der Vision-Zero-Strategie und der Radstrategie eine gute Grundlage gelegt. Herr Minister, es gilt jetzt tatsächlich, diese mit Inhalt zu füllen und diese Radstrategie sehr schnell in die Umsetzung zu bringen.

Herr Minister, jetzt wechsle ich tatsächlich auch einmal zur Bundespolitik. Sie haben das Thema Tempolimit angesprochen. Bei Eurostat wurde ganz klar gesagt: Auf eine Milliarde gefahrener Kilometer in Europa gibt es 0,95 % Tote mit Tempolimit, aber 1,67 % Tote ohne Tempolimit. Das heißt: Es gibt 75 % mehr Tote, wenn es kein Tempolimit gibt. Schauen wir uns die Länder in Europa an, die kein Tempolimit haben. Dann sehen wir, das sind nur wir mit Nordkorea und irgendwelchen anderen Ländern in der Dritten Welt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch: Gestern gab es eine große Umfrage: 71 % der Deutschen wollen in Deutschland ein Tempolimit. Wenn Sie jetzt sagen, die Grünen sind eine Verbotspartei, dann sage ich Ihnen: Ja, wenn wir in Berlin regieren, dann werden wir in Deutschland ein Tempolimit von 130 km/h fordern. Ich habe überhaupt keine Bange, dass wir diese Wahl verlieren werden, ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Leute wollen ein Tempolimit in Deutschland. Sie sind es leid. Hier wird von nicht angepasstem Fahren gesprochen. Das ist doch Schönrederei. Das ist doch Rasen, das ist Rüpelhaftigkeit. Das ist rücksichtsloses Fahren im Verkehr, und das führt zu Toten und zu mehr Unfällen, meine Damen und Herren. Damit muss Schluss sein, und daher brauchen wir ein Tempolimit auf Autobahnen in Deutschland.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bornhöft?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern. - Das macht ja den Unterschied, wenn die Leute sich fragen: Wen sollen sie am Sonntag wählen? Mit uns jedenfalls kommt ein Tempolimit.

Dennys Bornhöft [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege, dass Sie die Frage zulassen. - Ich fange mit einer Bemerkung an, dann habe ich eine Frage. Meine Bemerkung: Dass Sie Personen, die bei freier Bahn 150 km/h oder 160 km/h auf der Autobahn fahren, unterstellen, dass sie sozusagen für Morde oder für Tote zuständig seien, finde ich etwas übertrieben. Vielleicht sollten wir alle verbal etwas abrüsten in diesem Punkt.

Zu meiner Frage: Können Sie mir sagen, wie viele von diesen 71 %, die Sie zitieren, überhaupt einen Führerschein haben oder selbst Pkw fahren?

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Es gibt eine Umfrage unter denen, die wirklich Pkw fahren und einen Führerschein haben. Unter denen gibt es eine Mehrheit derjenigen, die ein Tempolimit ablehnen. Darum

geht es ja. Jemand, der nie Autofahren muss - -

(Zurufe)

Insofern würde mich interessieren: Wie viele Prozent von diesen 71 % haben einen Führerschein und wären überhaupt betroffen?

- Ich will das noch einmal differenzieren, Herr Kollege. Wenn Sie die Umfrage unter Porschefahrern oder unter weißen alten Männern oder unter bestimmten Berufsgruppen machen, dann werden wir ganz schnell herausarbeiten, wer in diesem Land für schnelles Rasen und schnelles Fahren ist. Aber seien Sie sicher - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Einen Moment! Es ist sehr laut. Würden Sie - -

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Würden Sie die Bevölkerung fragen, Herr Kollege Bornhöft, dann würden Sie sehen: Die große Mehrheit in der Bevölkerung, die vielen älteren Menschen, die Frauen und Kinder, sind die Hauptopfer dieses rüpelhaften Verhaltens im Verkehr, und die sind in Deutschland mehrheitlich für ein Tempolimit. Deshalb sage ich Ihnen: Es ist eine Sache der Vernunft. Es ist einfach und schlicht und ergreifend eine Sache der Vernunft, ein Tempolimit einzuführen. Das, was 15 europäische Länder seit vielen Jahrzehnten machen, kann nicht so falsch sein, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Bitte, Herr Kollege Bornhöft.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Moment, das mache ich! Also, erst einmal ist es sehr laut. Deswegen habe ich Sie unterbrochen. Es ist laut im Raum. Ich bitte Sie, zuzuhören.

Jetzt: Erlauben Sie noch einmal eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bornhöft?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Dennys Bornhöft [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Tietze, dass wir so noch einmal in

(Dr. Andreas Tietze)

der Lage sind, hier die Unterschiede klar aufzuweisen. Ich muss sagen: Ich weise es zurück, dass Sie jeden Menschen, der einen Pkw führt und bei freier Fahrt zum Beispiel mit 150 km/h oder 160 km/h fährt, als Rüpel bezeichnen, das weise ich zurück. Vielleicht denken Sie darüber auch unter dem Aspekt der Abrüstung bei diesem Thema noch einmal nach. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall FDP und Jörg Nobis [AfD])

- Herr Bornhöft, ich weiß nicht, in welchem Land Sie leben. Ich sehe nicht, dass die Leute mit 150 km/h oder 160 km/h fahren. Ich sehe die mit 200 km/h oder 220 km/h von hinten ranrauschen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Wo fahren Sie denn?)

Das sind Geschwindigkeiten, bei denen ein Auto zur Waffe wird. Das kann man nicht kontrollieren, wenn es entsprechende Überholmanöver gibt. Das ist hier angesprochen worden. Oder nehmen Sie dieses ungeduldige Drängeln, bei dem Ihnen die Leute hinten auf der Stoßstange sitzen, wenn Sie nur einmal versuchen, auf der linken Fahrspur ordentlich zu überholen. Das haben wir alles schon erlebt. Sich an dieser Stelle hinzustellen und das zu verteidigen, ist nicht mein Job.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie -

(Zurufe)

- Liebe Kollegen! - Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Knöfler?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich erlaube selbstverständlich eine Zwischenfrage des Kollegen Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]: Herr Kollege, gehen Sie mit mir mit, dass die Unfallstatistiken aus Unfallmeldebögen von der Polizei erstellt werden? Wenn ja, geben Sie mir recht, dass auf diesen Unfallbögen ein Kreuz bei „unangemessene“ oder „nicht angepasste Geschwindigkeit“ zu machen ist?

Stimmen Sie mit mir überein, dass für manche Menschen in der Stadt schon 20 km/h zu viel sind?

- Herr Kollege, auf dem Fußweg oder dem Radweg können in der Stadt bei 50 km/h Höchstgeschwindigkeit bei einem entsprechenden Unfall 20 km/h schon zu viel sein.

Ich verstehe jetzt den Zusammenhang Ihrer Fragen allerdings nicht. Ich habe darauf hingewiesen, dass es eine europäische Statistik gibt. Wir können gern einen Faktencheck machen. Der Minister und wir alle miteinander können gern einen Faktencheck machen. Wir gucken uns morgen einmal die Fakten an. Fakt ist: Je schneller Sie fahren und je höher die Geschwindigkeit ist, desto höher das Risiko, schwerverletzt zu sein, wenn es zu einem Unfall kommt - bis hin zu Todesfolgen. Das ist es, was ich hier vertreten habe, das ist die These, die aus allen Statistiken herauszulesen ist.

Wenn Sie andere Erkenntnisse haben, wenn Sie andere Studien und Forschungsergebnisse haben, legen Sie sie vor. Ich bin gern bereit, Sie mit Ihnen zu diskutieren. Wir dürfen aber nicht von den Problemen ablenken und es nicht schönreden, meine Damen und Herren. Es gehört klar angesprochen. Die Fakten liegen auf dem Tisch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Peer Knöfler [CDU]: Eine Bemerkung. Ich habe die Frage gestellt, weil ich nach den Aussagen des Ministers und nach Ihren Aussagen das Gefühl habe, dass es Auswertungen von wissenschaftlichen Unterlagen oder von Zahlen, die erhoben werden, gibt und Auswertungen von Zahlen, die woher auch immer stammen. - Vielen Dank.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Knöfler, das sind Themen, die wir auch beim Deutschen Verkehrsgerichtstag diskutieren. Die Debatte hinsichtlich der Unfallstatistiken wird allgemein geführt. Ich sage noch einmal: Ich habe die Zahlen bei Eurostat nachgelesen und habe mich auf die europäischen Vergleichszahlen der Europäischen Union bezogen. Hier werden Zahlen in allen europäischen Ländern gemessen. Es gibt europäische Länder, die seit vielen Jahrzehnten Tempolimits haben. Es gibt ein Land, das kein Tempolimit hat. Da gibt es signifikante Unterschiede. Das habe ich versucht, deutlich zu machen.

(Dr. Andreas Tietze)

(Zuruf CDU: Wir liegen genau im Mittelfeld!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamerich?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Hartmut Hamerich [CDU]: Herr Kollege Tietze, es gibt unterschiedliche Herangehensweisen. Ich bin auch ein Befürworter von Geschwindigkeitsbegrenzungen - nicht aber von 130 km/h auf der Autobahn.

Wir haben eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung. Vielleicht ist sie Ihnen noch bewusst. Sie sagt klipp und klar: Innerhalb übersehbarer Strecken darf nur so schnell gefahren werden, dass der Anhalteweg nicht länger ist als die sichtbare Strecke. Ich könnte Ihnen das hier berechnen; aber ich glaube, das führt zu weit. Bei unübersichtlichen Strecken muss man innerhalb der halben Sichtweite zum Stehen kommen.

Immer dann, wenn Sie von dem Unfall mit dem 250 km/h heranrasenden Hintermann reden, hat er eine unangemessene Geschwindigkeit oder den falschen Abstand. Das ist das Fehlverhalten dieses Menschen.

Ich bin für Geschwindigkeitsbegrenzungen in geschlossenen Ortschaften, auch auf Landstraßen, wenn die Straße es hergibt. Vollkommen klar. Die meisten Unfälle mit überhöhter Geschwindigkeit passieren auf der Landstraße, wo in der Regel nur eine Geschwindigkeit von 100 km/h erlaubt ist.

Vorhin wurde das Beispiel Wildwechsel genannt. Da muss viel mehr passieren. Bei Wildwechsel gibt es eine angemessene Geschwindigkeit - das brauche ich gar nicht auszuschildern - von 60 km/h bis 80 km/h.

Ein Blick ins Gesetz hilft manchmal ein bisschen, bevor man wilde Forderungen stellt.

Wie gesagt, Geschwindigkeitsbegrenzungen sind in Ordnung - nicht aber unangemessene. Das ist vollkommen neben der Spur. Das als Begründung für eine Gesamtgeschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn zu ver-

wenden, ist schon gefährlich. Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst beauftragt habe.

- Herr Kollege, wenn Sie bei Fragestellungen Grundsatzreden halten wollen, beantragen Sie doch mehr Redezeit für Ihre Fraktion oder leisten Sie einen Dreiminutenbeitrag. Ich weiß bei der Fülle der Fragen gar nicht mehr, wo jetzt Ihre Frage war. Es war eher ein Statement.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Das ist mir klar!)

Aber ich sage Ihnen eines:

(Hartmut Hamerich [CDU]: Das habe ich erwartet!)

Sie haben völlig recht, auf Landstraßen gibt es auch Probleme.

(Hartmut Hamerich [CDU] begibt sich zu seinem Platz)

- Ich bin noch bei der Beantwortung der Frage. Ich will Ihnen dann gern eine Antwort geben, Herr Kollege.

(Hartmut Hamerich [CDU] begibt sich zurück zum Mikrofon - Christopher Vogt [FDP]: Sie haben gesagt, Sie kennen die Frage nicht mehr!)

- Ich will die Frage zumindest da beantworten, wo Sie mich angesprochen haben. - Ich habe zum Thema Tempolimit auf Autobahnen gesprochen. Ich habe auch über andere Themen gesprochen. Ich habe über Radwege gesprochen. Ich habe über das Verkehrsrisiko Landstraße gesprochen. Sie haben vollkommen recht: Es gibt ganz unterschiedliche Unfallschwerpunkte. Natürlich wollte ich hier das eine nicht gegen das andere aufrechnen. Ich habe mich lediglich auf das Thema Tempolimit auf Autobahnen bezogen, das hier angesprochen worden ist. Zu dem Thema habe ich gesprochen. Dazu habe ich meine Ausführungen gemacht, nicht mehr und nicht weniger.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Zum Schluss meiner Rede könnte ich hier auch noch einmal das für mich und meine Fraktion wichtige Thema Klimaschutz ansprechen. Ich möchte aber sagen: Für uns ist wichtig, dass die am wenigsten Geschützten, also die Schwächsten aller Schwachen, in dem Verkehr am meisten geschützt werden. Das sind für uns die Kinder. Das sind Menschen, die mobilitätseingeschränkt sind. Da haben wir gemeinsam eine Verantwortung. Deshalb ist die Vision Zero für mich ethisch eine Aufgabe, die wir alle miteinander in den nächsten Jahren zu erfüllen ha-

(Dr. Andreas Tietze)

ben. Wir schützen damit die Schwächsten aller Teilnehmer. Das ist die erste Bürgerpflicht. Deshalb haben wir uns für diese Vision Zero stark gemacht. Natürlich profitiert auch das Klima davon. Diese Menschen haben keine Knautschzone. Sie haben keine Airbags.

Deshalb sage ich noch einmal: Vision Zero ist nicht nur Vernunft. Für uns ist wichtig, dass in der Mobilität niemand umkommt, sondern alle ankommen. Das ist der Grundsatz, nach dem wir in der Verkehrssicherheitspolitik arbeiten und denken wollen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Richert.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schön, dass wir bei einem solch emotionalen Thema auch emotional diskutieren. Das ist nicht ganz unangemessen. 11 % rückläufige Unfallzahlen in 2021 in Schleswig-Holstein - das ist erst einmal eine sehr gute Nachricht. Damit steht Schleswig-Holstein besser da als die meisten anderen Bundesländer. Das muss für uns alle zuvorderst ein Grund zur Freude sein.

(Beifall FDP)

Man kann natürlich einwenden, dass die Zahlen aus 2019, 2020 und 2021 nicht so richtig vergleichbar sind - vor allen Dingen nach einer unerfreulichen Entwicklung in 2020. Der Minister hat das berichtet. Die Verkehrsaufkommen haben coronabedingt stark geschwankt. Die Nachricht bleibt dennoch gut, denn hinter jedem Prozentpunkt und jeder Zahl, die weniger in der Statistik auftaucht, stehen echte Menschen, Menschen, die noch leben, und Angehörige, die nicht trauern müssen. Darüber freue ich mich schon.

Auch wenn die Zahlen gesunken sind, verunglücken weiterhin Menschen in unserem Land - die meisten mit dem Pkw, direkt darauffolgend mit dem Fahrrad. Wahrscheinlich liegt das an der Beliebtheit von E-Bikes und Pedelecs, dem dadurch gestiegenen Alter der Verkehrsteilnehmer und wahrscheinlich auch daran, dass sich die Verkehrsteilnehmer noch immer nicht richtig vollständig an die E-Bikes gewöhnt haben. Sie sehen aus wie richtige Fahrräder, sind aber entschieden schneller. Das führt häu-

fig zu gefährlichen Situationen. Vielleicht hat der eine oder andere hier noch eine andere Erklärung parat; es gibt sicherlich mehrere Deutungsmöglichkeiten.

Eines aber wird - wie ich finde - aus diesem Fakt ganz deutlich: Es ist immer gut, wenn Radwege und Straßen physisch voneinander getrennt sind.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Deswegen ist die Radwegesanieierung nicht nur eine gute Maßnahme für Modal Split und Fahrradtourismus, sondern auch eine gute Maßnahme für die Verkehrssicherheit. Aus demselben Grund finde ich persönlich es schlecht, wenn in einigen Städten Radwege entwidmet werden und der Radverkehr auf die Straßen gedrängt wird.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Neben der Wegesituation - der Minister hat sie mit dem Begriff Infrastruktur überschrieben - werden künftig Verkehrsmengen und menschliches Fehlverhalten zu Unfallursachen werden, zum Beispiel Selbstüberschätzung, falsches Einschätzen der Verkehrssituation, Unterschätzen der Komplexität von Verkehrssituationen.

Das menschliche Fehlverhalten äußert sich auch zunehmend in einer Ich-darf-das-Mentalität. Wenn Autos eng an Radfahrern vorbeifahren, statt auf eine gute Möglichkeit zum Überholen zu warten, wenn Radler durch Fußgängerzonen oder über rote Ampeln fahren, weil ja alle das tun, oder wenn Fußgänger breit nebeneinander über Radwege flanieren, ohne sich umzugucken, sind das vermeidbare Gefahrenquellen. Gegen Rücksichtslosigkeit - nichts anderes ist das hier - hilft kein Straßenbau und keine Radwegeverbreiterung. Hier kann nur jede und jeder durch eigenes positives Beispiel vorangehen und hoffen, dass das möglichst viele nachmachen. Das ist nicht immer einfach; ich habe davon gehört.

Meine Damen und Herren, eine Berichtsanfrage stellen wir nicht nur, um eine Zustandsbeschreibung zu bekommen. Wir wollen damit ja auch erfragen, wie es weitergehen soll. Insoweit stelle ich fest, dass die Landesregierung mit vielfältigen Maßnahmen an noch mehr Sicherheit auf Schleswig-Holsteins Straßen arbeitet. Herr Minister, Sie haben hier die Bereiche Mensch, Infrastruktur und Technik genannt.

Natürlich werden wir die Vision Zero, also wirklich null Tote und Verletzte im Straßenverkehr, nicht vollständig erreichen können; denn das allgemeine Lebensrisiko lässt sich auch mit noch so vielen

(Kay Richert)

Maßnahmen nicht ausschließen. Der Faktor Mensch wird uns immer erhalten bleiben. Selbstverständlich werden wir jedoch weiterhin alle Maßnahmen der Landesregierung unterstützen, die uns der Vision Zero näherbringen; denn hinter jeder Zahl in der Statistik stehen echte Menschen, deren Sicherheit und Unversehrtheit uns am Herzen liegen.

Die Landesregierung und die regierungstragenden Jamaika-Fraktionen sind also auf einem guten Weg. Das scheinen ja auch Sie so zu sehen; denn so richtig fundamentale Kritik habe ich nicht gehört. Vielmehr war das hier so etwas wie ein angestregtes Genörgel.

Ich bedanke mich beim Herrn Minister für seinen Einsatz. Ich bedanke mich bei den Jamaika-Fraktionen von CDU und Grünen sowie bei meiner eigenen FDP-Fraktion für die tolle Zusammenarbeit. Es macht wie immer Spaß, mit euch daran zu arbeiten, das Leben für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner durch unseren Einsatz jeden Tag ein bisschen besser zu machen.

(Beifall FDP, CDU, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ich dankenswerterweise noch ein paar Minuten übrig habe, möchte ich noch einige Anmerkungen zum Tempolimit machen.

Herr Kollege Tietze, das Tempolimit hat mit Drängeln und rücksichtslosem Verhalten nichts zu tun. Das kann man bei jeder Geschwindigkeit tun. Und ein Tempolimit schließt rücksichtsloses Verhalten nicht aus. Das können wir zunächst festhalten.

(Beifall FDP und CDU)

Auch ansonsten war das hier so etwas wie eine begrabte Faktenjongliererei, wenn ich das einmal so bezeichnen darf. Die Erwartungen an ein Tempolimit sind ja regelmäßig geringere Unfallzahlen, weniger Verkehrstote, besserer Verkehrsfluss und positive Klimaeffekte. Wenn wir uns das jetzt einmal faktenbasiert anschauen, dann muss man sagen, das Tempolimit auf Autobahnen wäre reine Symbolpolitik, die faktisch weder zu mehr Klimaschutz im Verkehrssektor noch zu mehr Verkehrssicherheit beitragen würde.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Das ist doch Blödsinn!)

- Das ist überhaupt kein Blödsinn.

Tempolimit würde weniger als 0,01 % des Kohlendioxidausstoßes reduzieren.

(Zuruf: Und das bei 1,9 Millionen t!)

Natürlich ist jeder Verkehrstote einer zu viel. Aber Deutschlands Autobahnen zählen trotz Tempolimits europaweit zu den sichersten Straßen. Es klang ja schon mehrfach an: Die gefährlichsten Straßen sind die Landstraßen. Und da gibt es ein Tempolimit. Mir erschließt sich also nicht, wie wir mit einem Tempolimit auf Autobahnen näher an Vision Zero herankommen sollten.

(Beifall FDP und CDU)

Nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht besteht ein Grundsatz. Und dieser Grundsatz besagt, dass Verkehrsbeschränkungen auf das Maß zu reduzieren sind, das nötig ist, um Verbesserungen herbeizuführen. Man könnte es auch anders ausdrücken, nämlich etwas populärwissenschaftlicher, und könnte sagen: Verbote werden nicht errichtet, weil einige Menschen sich gut dabei fühlen, andere zu gängeln, sondern Verbote werden errichtet, um das Leben für alle sicherer und besser zu machen. Ich finde, das sollte unsere Handlungsmaxime sein und bleiben.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne die Vertreterinnen und Vertreter der Landjugend.

(Beifall)

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Menschen machen Fehler, und Fehler im Straßenverkehr können tödlich enden. Diesen Aspekt der menschlichen Unzulänglichkeit setzt die Initiative Vision Zero ins Zentrum ihrer Idee. Als Ausgleich zur menschlichen Schwäche sieht sie die Notwendigkeit, alles um den Menschen herum, im Straßenverkehr oder in der Sicherheitstechnik so zu optimieren und zu gestalten, dass die Zahl der Schwerverletzten und der Verkehrstoten gegen null geht. In diesem Ansatz sehe ich jetzt auch den Auftrag an uns als Politik.

Für politische Entscheidungen werden gerne Zahlen, Daten und Fakten zugrunde gelegt. Aber das ist nicht immer so; denn politische Entscheidungen sind nicht immer nur rein rational nachvollziehbar. Wie sonst ist zu erklären, dass Jamaika Anträge ablehnt, die mehr Verkehrssicherheit auf der A 7 for-

(Christian Dirschauer)

dern, und dem eher homöopathische Anträge entgegengesetzt?

(Beifall SSW)

Ich denke aber, im Ziel sind wir vereint, in der Rechtsauslegung aber wohl noch nicht. Ich habe gehört, dass von nicht angepasstem Fahren gesprochen wird. Das kennt die Straßenverkehrsordnung nicht. Die Straßenverkehrsordnung kennt lediglich die nicht angepasste Geschwindigkeit. Da stimme ich insoweit dem Kollegen Tietze zu.

(Beifall SSW)

Nun aber wieder zu den Zahlen, Daten und Fakten. Dem Verkehrssicherheitsbericht 2020 war zu entnehmen, dass die Zahl der Verkehrsunfälle im letzten Jahr im Vergleich zum Vorjahr um rund 13,5 % zurückgegangen war. Das ist durchaus erfreulich, ist aber sicher auch pandemiebedingt und lockdownbedingt zu erklären. Dahingegen ist die Zahl der Getöteten - auch das haben wir schon gehört - im Vergleich zu 2019 um 7 % gestiegen.

Kürzlich hat das Statistische Bundesamt Zahlen des ersten Halbjahres 2021 veröffentlicht. Demnach sind in Schleswig-Holstein deutlich weniger Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen als im Vergleichszeitraum 2020.

Generell sind rückläufige Zahlen in Bezug auf Unfälle, Verletzte oder Schwerverletzte zu verzeichnen. Aber auch diese Zahlen - auch das haben wir schon gehört - sind nur bedingt aussagekräftig; denn wir hatten coronabedingt insgesamt auch weniger Verkehrsteilnehmer. Trotzdem ist es erfreulich, dass diese Zahlen zurückgegangen sind. Das sollte uns tatsächlich auch alle erfreuen.

Als Politiker sind wir daher weiter gefordert, das Projekt Vision Zero nicht aus den Augen zu verlieren. Das gilt aber nicht nur für uns als Landespolitik. Die Verantwortung für den Straßenverkehr zieht sich durch alle politischen Ebenen - ob es Bundes-, Landes- oder Kreis- und Gemeindestraßen sind. So sind auch die politischen Verantwortlichkeiten gegliedert.

Wir alle kennen doch genug Beispiele aus dem praktischen Leben, wo Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde monatelang für einen Zebrastreifen gekämpft, sich für eine Fußgängerampel eingesetzt oder eine 30er-Zone gefordert haben. Ganz jüngstes Beispiel ist erst ein paar Wochen her und kommt aus Flensburg. Da haben einige Kindergartenkinder auf einer Straße vor einer Schule Zebrastreifen mit Kreide gemalt. Als der politische Beschluss vor Ort gefasst wurde, dort einen Zebrastreifen einzurich-

ten, waren diese Kinder gerade erst geboren. Das zeigt, wie schwer und langwierig diese Prozesse manchmal sind.

Oftmals ist es dann so, dass die Rechtsnormen und Vorgaben solchen Wünschen entgegenstehen. Und dann ist es vor Ort ein langes Ringen mit der Verwaltung, etwas hinzubekommen.

Ich will aber klarstellen, dass die Verwaltung an Regelwerke gebunden ist und deshalb nicht nach Belieben entscheiden kann. Da kommen wir als Politik ins Spiel; denn wir sind diejenigen, die diese Regelwerke erstellen.

Mittlerweile sind wir einen Schritt weiter. Der Bundesrat hat im Juni einer Vorlage zugestimmt, wonach Vision Zero in die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung aufgenommen wird. Soll heißen, der Bundesrat verankert Vision Zero als Zielbestimmung für das Verwaltungshandeln, und es dient damit als Grundlage aller verkehrlichen Maßnahmen.

Auch wenn es sich ausschließlich um eine Zielbestimmung handelt, so denke ich, dass so manche Entscheidung bezüglich einer Verkehrsinfrastrukturgestaltung vereinfacht werden kann, zumindest der Dialog. Das ist auch gut so.

Gleichwohl müssen wir schauen, was wir über das hinaus leisten können und was geleistet werden muss, um den Verkehr sicherer zu machen. Das bedeutet, wir müssen Unfallschwerpunkte näher untersuchen und geeignete Maßnahmen ergreifen.

Die häufigsten Verkehrsunfälle, auch solche mit Todesfolge, geschehen auf unseren Landstraßen. Welches sind also die Gründe dafür, und wie können die Zahlen dort minimiert werden, wie können wir sie gegen null drücken?

Neben den verkehrlichen Maßnahmen müssen wir ein Augenmerk auf Standards der Fahrzeugtechnik legen. Stichwort: aktive und passive Sicherheitseinrichtungen bei Fahrzeugen. Hier müssen neue Fahrzeuge so ausgerüstet sein, dass sie immer auf dem aktuellen Stand der Technik sind, eben auch der Sicherheitstechnik.

Gleiches gilt für Verkehrsschulungen. Wir sollten wieder ein stärkeres Augenmerk auf so einfache Dinge wie Verkehrserziehung und -pädagogik legen, gerade auch an unseren Schulen.

(Beifall SSW)

Was ist aus den Schülerlotsen geworden? Wir sollten gerade die kleinsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer wieder stärker in den Fo-

(Christian Dirschauer)

kus nehmen; hier wurde in den letzten Jahren einiges versäumt. Zumindest sehe ich vor Ort, in Flensburg, wesentlich weniger Schülerlotsinnen und Schülerlotsen als noch zu meiner eigenen Kindheit. Das fällt schon deutlich auf.

Vision Zero ist insoweit ein Leitgedanke, dem sich hier im Haus niemand entgegenstellt. Aber dieses Ziel umzusetzen, wird eine große Herausforderung auf allen politischen Ebenen sein, der wir uns auch weiterhin nicht verschließen dürfen.

Wenn ich die Debatte hier so verfolge, Kollege Tietze, auch von Ihnen als Vorsitzender des Verkehrsausschusses, dann, Herr Minister Buchholz, lohnt es vielleicht doch, im Verkehrsausschuss die Verkehrssicherheit in unserem Land auf den Autobahnen noch einmal genauer zu untersuchen. Das können wir dann auf dem Weg der Selbstbefassung machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Erklärung, warum ich mich noch einmal zu Wort gemeldet habe; vielleicht wissen Sie es: Ich war zuständig bei der Polizei in Lübeck für die Verkehrssicherheitsarbeit und möchte deshalb vielleicht noch zwei oder drei Hinweise geben.

Meine erste Botschaft ist: Ich bin Fan von Vision Zero. Die Ziele, die sich dahinter verbergen, sind aller Ehren wert.

(Beifall FDP)

Aber jetzt zu meinen konkreten Punkten. Herr Tietze, Sie haben geklatscht, vielen Dank. Aber ich muss Ihnen zu Ihrer pauschalen Tempolimit-Forderung entgegenhalten: Ich habe meine Mutter in Flensburg wohnen. Wenn ich auf dem Weg zu meiner Mutter bin - auf der Autobahn zwischen Schleswig und Tarp, nachts, kein Auto unterwegs. Warum soll ich mich pauschal an 130 km/h halten müssen? Warum diese Pauschalität?

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum keine Einzelfallregelung? Das hat mir noch kein Befürworter der 130er-Regel plausibel erklären können,

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

es sei denn, vom Grunde her oder aus pauschalen, ideologischen Ansätzen. Vielleicht können wir darüber bilateral sprechen, dass wir diese Pauschalität ausmerzen können.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Gesetze müssen doch allgemeingültig sein!)

- Moment, ich habe noch einen zweiten Punkt für Herrn Vogel.

Herr Vogel, nicht jeder Blitzer muss gleich mit dem Etikett „Abzocke“ versehen werden. Zur Erklärung: Es gibt zum Beispiel in Lübeck einen Arbeitsplatz für Verkehr, der die Verkehrslage an einzelnen Punkten ganz genau analysiert. Dabei gibt es einen Faktor, und das ist das Verkehrsunfallgeschehen. Ein zweiter Punkt könnte zum Beispiel ein Beschwerdelager aus der Bevölkerung sein oder das, was Hartmut Hamerich sagte, Wildwechsel, oder, oder, oder. Das ploppt auf, wird beraten. Dann kann es Sinn machen, wenn man in die Einzelfallprüfung eingestiegen ist, dass dort eine Geschwindigkeitsmessung sinnvoll ist. Die Daten werden ausgewertet und die Maßnahmen getroffen. Wenn Sie nicht in die Einzelfallprüfung gehen, sondern pauschal sagen, dass Sie das nicht verstehen, wenn Sie das hier in der Form kritisieren, wie Sie das gemacht haben, dann muss ich Ihnen etwas Populismus vorhalten. Das macht man nicht. Man muss schon in den Einzelfall hineingehen und sagen: Wir schauen uns das genau an.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen SPD und SSW)

- Herr Vogel, Sie werden mir recht geben.

Insofern halte ich noch einmal fest: Die Vision Zero ist eine tolle Sache, ein sehr gutes Ziel. Der Verkehr wird immer dichter. Wir sollten alle daran arbeiten, dass wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren und umsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Entschuldigung, es gibt noch eine Wortmeldung. - Herr Abgeordneter Kalinka, bitte.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat berechtigt beim Thema Radwege auch auf die Kommunen verwiesen. Aber, Herr Minister, wir haben zwei große Probleme.

Erstens: Woher nehmen wir das Geld für die Sanierung? Es nützt nichts, wenn wir Flickschusterei machen und das übertünchen. Man muss ordentlich sanieren. Sie wissen selbst am besten, wie teuer das ist. Wenn wir derzeit im Kreis Plön 6 km Fahrbahn und Radweg erneuern, kostet das 1,2 Millionen €. Man kann sich ausrechnen, wie viel Kilometer man im Jahr zustande bringen kann.

Zweitens: unsere Bäume, weil das Wurzelwerk ständig durchschlägt. Wir müssen auch darüber miteinander sprechen, dass wir keine neuen Bäume mehr dicht an die Radwege pflanzen und uns überlegen, wie wir bestehende eventuell zurücksetzen können, weil wir sonst in eine Kontinuität, in eine Sackgasse der Sanierungsprobleme an Radwegen, kommen. Das können wir gar nicht mehr bezahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Darüber müssen wir ehrlich miteinander reden. Das sind die Kernprobleme, die wir dazu in der kommunalen Familie haben.

Es ist vollkommen richtig: Es nützt nichts, wie es in manchen Städten der Fall ist, dass man für eine Straße einen Pinsel nimmt, etwas hinmalt und sagt: Das ist der neue Radweg. Nein, Radweg heißt für mich, dass man ihn auch tatsächlich als solchen nutzen kann.

Damit bin ich bei einem anderen Thema. Wir stellen auch bei uns zunehmend fest, dass die Radwege nicht mehr benutzt werden. Einer der Gründe ist natürlich der Zustand, der andere ist auch, dass manche meinen, sie hätten auf den Straßen mehr Rechte. Wir müssen uns also schon über die Frage, ob Radwege auch genutzt werden, unterhalten - Thema: Benutzerpflicht. Dazu gibt es entsprechende Dinge, über die man möglicherweise sprechen kann.

(Beifall FDP)

Dritter Punkt: Tempolimit. Ich bin bei Autobahnen und alldem völlig bei Ihnen. Ich glaube, dass wir uns auch darüber einig sind, dass es in engen Straßen, die wir heute vor Ort haben, ein zunehmendes Problem bei Kitas, Schulen und Heimen gibt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir etwas tun und dass uns dazu mehr einfällt. Das muss ich

so klar sagen. Wir haben das übrigens auch vergangene Woche im Plöner Kreistag auf Antrag der CDU und auf meinen Antrag hin alles so beschlossen.

Der vierte Punkt ist die Frage der Kreuzungen. Die Kreuzungen sind zunehmend Verkehrsunfall-schwerpunkt. Die Leute rauschen zum Teil mit hoher Geschwindigkeit durch. Wir haben bei uns auf der Strecke Lütjenburg-Schönberg auf der Höhe Stakendorf Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. 200 Leute wurden kontrolliert, 98 % sind zu schnell gefahren. Das ist nicht nur dort, das ist in vielen Bereichen so.

Ich möchte den Blick bei Ihnen zum Thema Kreisel schärfen. Ich glaube, dass Kreisel eine Möglichkeit sind. Wir haben sehr viele bei euch in Schleswig-Flensburg, Herr Kollege Callsen. Kreisel federn den Verkehr ab und sind eine Möglichkeit, den Verkehr entsprechend zu drosseln. Ich wollte die Chance nutzen, Ihnen dieses ein Stück näherzubringen.

Die letzte Bemerkung, Frau Präsidentin, gilt dem Thema Wildunfälle. Unser Kreis ist einer der wildreichsten in Deutschland. 41 % der Unfälle sind bei uns Wildunfälle. Wir haben im Rastorfer Passau eine Verkehrswarnanlage, von der die Polizei -

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Wie bitte? - sagt, dass sie sich durchaus nach einigen Jahren bewährt hat. Das ist auch unsere Erfahrung.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Werner Kalinka [CDU]:

Meine Anregung geht dahin, weil wir davon im Grunde genommen in jedem Kreis 15 bis 20 gebrauchen könnten, auch an anderen Stellen zu empfehlen, diese zu installieren.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollte ich gern vorgetragen haben, weil es nicht um Bundestagswahlen, nicht um Ideologie geht, sondern um die praktischen Probleme vor Ort. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/3213 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Die Reden zum Tagesordnungspunkt 15 werden zu Protokoll gegeben.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen, 10 Uhr, und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:07 Uhr